

# *Welches Europa?* Quale Europa?

VILLA VIGONI

COMUNICAZIONI / MITTEILUNGEN

*Eine Diskussion mit / Una discussione con*  
Johannes Rau - Carlo Azeglio Ciampi

*Deutsch-Italienisches Journalistentreffen*  
Incontro dei giornalisti italiani e tedeschi

*organisiert vom / organizzato dal*  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Ufficio Federale della Stampa

*in Zusammenarbeit mit der / in collaborazione con*  
Italienischen Botschaft in Berlin / Ambasciata d'Italia a Berlino



Villa Vigoni

18. April 2002

18 aprile 2002

VI, 2 Ottobre / Oktober 2002

## EINLEITUNG

Ein *Forum der europäischen öffentlichen Meinung* war das Treffen der Journalisten und Politik-Experten aus Deutschland und Italien, die sich am 17. und 18. April im Deutsch-Italienischen Zentrum Villa Vigoni getroffen haben. Die Beschäftigung mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen im jeweils anderen Land und die freundschaftliche, intensive Diskussion der Standpunkte haben bei dieser Gelegenheit eine allgemeine europäische Perspektive sichtbar gemacht. Die großen Entscheidungen, die bis 2004 in der Europäischen Union anstehen, waren in diesem Rahmen keine entfernten Fluchtpunkte einer theoretischen Debatte, sondern bezogen sich sehr konkret auf die aktuelle Politik in den einzelnen europäischen Ländern, in diesem Fall Italien und Deutschland. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Leben des anderen Landes bedeutete folglich auch keine Einmischung, sondern bildete die Folie, vor der sich eine Reihe übergreifender Tendenzen beleuchten ließ, mit denen sich die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in naher Zukunft beschäftigen müssen. Das Diskussionsforum gewann seine herausragende Bedeutung dadurch, dass der deutsche Bundespräsident und der italienische Staatspräsident an der Schluss-

sitzung teilnahmen. Die beiden Staatsoberhäupter haben die Villa Vigoni in Loveno di Menaggio am Comer See zum Abschluss des Staatsbesuchs von Bundespräsident Rau in Italien besucht. Dieser Besuch hat die von Freundschaft und Wertschätzung geprägte Beziehung zwischen den beiden Präsidenten noch verstärkt. Er sollte aber auch ein konkretes Modell für die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten bieten, die einen gemeinsamen Standpunkt entwickeln und die Brüche und Konflikte der Vergangenheit durch intensive Zusammenarbeit überwinden wollen. Die beiden Präsidenten haben eine gemeinsame Erklärung zu Europa unterschrieben; Johannes Rau hat auf dem römischen Kapitol gesprochen, beide haben zusammen den Ort Marzabotto besucht, wo der Bundespräsident in Begleitung von Carlo Azeglio Ciampi mit Überlebenden eines der tragischsten Momente des II. Weltkriegs gesprochen hat: Dies waren die bedeutendsten Stationen des Staatsbesuchs von Johannes Rau in Italien und seiner zahlreichen Begegnungen mit dem italienischen Staatspräsidenten im Rahmen dieses Besuchs.

Zum Abschluss der Reise haben die beiden Staatsoberhäupter an dem Treffen der Journalisten in der Villa Vigoni teilgenommen. Sie wollten sich ein Bild von deren Vorstellungen und Vorschlägen zu den großen Entscheidungen machen, die auf den Konvent und die Europäische Union vor der Erweiterung zukommen. Mit ihrer Teilnahme wollten sie nicht zuletzt die Tatsache unterstreichen, dass die Schaffung neuer Strukturen für die Union nicht nur Sache der Regierungen oder kleiner, erlesener Einrichtungen ist, sondern dass sie immer weitere interessierte, informierte Kreise der öffentlichen Meinung einbeziehen muss. Auf diese Weise sollte zumindest ein Anfang gemacht werden, aus dem ein echtes, gemeinsames europäisches Bewusstsein hervorgehen kann. Das war das Ziel dieser Veranstaltung.

Dass man dafür die Villa Vigoni gewählt hat, hängt unmittelbar mit deren besonderer Geschichte zusammen. Denn diese enthält

tatsächlich eine Art spezieller *verstärkter Zusammenarbeit* zwischen den beiden Ländern: Die Villa Vigoni wurde 1829 von dem Tuchhändler Heinrich Mylius erworben. Mylius stammte aus Frankfurt, hatte sich aber in Mailand als Geschäftsmann niedergelassen. Sein Haus am Comer See war in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Bühne eines intensiven Kulturaustauschs zwischen Italien und Deutschland, von dem nicht zuletzt wichtige Impulse für die ökonomische, technologische und politische Erneuerung der beiden Länder ausgingen. Mylius pflegte gute Beziehungen zu Großherzog Karl August von Weimar und zu dem Weimarer Kreis um Johann Wolfgang Goethe. Auch Dank dieser Verbindungen entwickelte er sich zu einem kenntnisreichen Mäzen und wichtigen Vermittler zwischen der großen Kultur der Weimarer Klassik und den aufstrebenden, innovativen Kräften der kulturellen und künstlerischen Kreise in der Lombardei, in deren Mittelpunkt Alessandro Manzoni stand. Mylius' Haus am Comer See gelangte später in den Besitz der Familie Vigoni, deren Geschichte mit derjenigen der Mylius' durch Heirat gleich zweifach verbunden ist. Der letzte Erbe, Ignazio Vigoni, starb 1983. In Erinnerung und im ehrenden Andenken an die große kulturelle Tradition seiner Familie hatte er zuvor der Bundesrepublik Deutschland den Besitz am Comer See testamentarisch vermacht und bestimmt, dass daraus ein *Centre of Excellence* für die kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien geschaffen werden solle. Die konkrete tägliche Zusammenarbeit beider Länder bei der Leitung dieses Zentrums hat dafür gesorgt, dass sich dessen internationale, europäische Eigenschaften verstärkt haben: Es hat sich zu einem unentbehrlichen Bezugspunkt entwickelt, wenn es darum geht, in einem europäischen Kontext den Dialog und die Gegenüberstellung der beiden Gesellschaften und Kulturen zu vertiefen. Das jährliche Treffen italienischer und deutscher Journalisten, an deren diesjähriger Abschlussveranstaltung die

beiden Staatsoberhäupter teilgenommen haben, ist einer der wichtigen Momente im Dialog zwischen Vertretern beider Länder, wie er in der Villa Vigoni kontinuierlich gepflegt wird. Die Veranstaltung wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit der Italienischen Botschaft in Berlin organisiert.

Der vorliegende Band enthält die Beiträge der dritten und letzten Sitzung des Treffens, die dem Thema "Die Europäische Union aus deutscher und italienischer Sicht" gewidmet war. An dieser Sitzung haben Johannes Rau und Carlo Azeglio Ciampi mit wichtigen Beiträgen teilgenommen. Zugleich kamen in dieser Schlussrunde des Treffens auch die Ergebnisse der lebhaften Debatten vom Vortage zur Sprache. Diese standen unter dem Titel "Perspektiven nach der Einführung des Euro" und "Die Zukunft Europas". Aus diesen Sitzungen stammen die hier abgedruckten Einführungsvorträge von Fabrizio Saccomanni, Wolfgang Schill, Axel Siedenberg, Antonio Padoa Schioppa und Heinrich August Winkler. Die Diskussionsbeiträge der dritten, abschließenden Sitzung, die wir hier wiedergeben, stellen somit die Synthese einer sehr viel breiteren Debatte dar, an der einige der wichtigsten italienischen und deutschen Journalisten und Politik-Experten beteiligt waren.

Betrachtet man die Ergebnisse dieser intensiven Auseinandersetzung, deren krönender Abschluss die aktive Teilnahme der beiden Staatsoberhäupter war, so wird eines nachdrücklich evident, nämlich die Notwendigkeit, die Schaffung Europas als ein umfassendes Projekt zu verstehen, das heißt, als ein politisches, ökonomisches, kulturelles und soziales Geflecht mit eigener innerer Dynamik und eigenem Tempo, dessen Dimensionen sich nicht auf zufällige Diskussionen oder vorschnelle Lösungen reduzieren lassen.

Von heute an bis zu den kommenden Europawahlen 2004 besteht somit ein präziser Fahrplan mit Terminen und Fristen, die

Europa zu beachten hat: etwa die Ergebnisse des Verfassungskonvents, die Reform der Institutionen der Union und die Perspektiven der Erweiterung. Jeder dieser Momente bringt schwierige, komplizierte Entscheidungen mit sich, wobei man allerdings eines nicht vergessen darf: Die Kosten, die bei einer Verzögerung dieser Entscheidungen anfallen, sind vermutlich erheblich höher als die unmittelbaren kurzfristigen Vorteile, die der ein oder andere möglicherweise durch einen Aufschub hätte.

Das ist vielleicht der klarste Beitrag dieser lebhaften Debatte in der Villa Vigoni: der Appell an die Verantwortung der diversen *Akteure*, Regierungen, nationale und europäische Institutionen, Politiker, öffentliche Meinung, Experten und Protagonisten in Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist die Verantwortung angesichts einer europäischen Perspektive, die jenseits ihrer komplexen Realisierung im Detail sehr konkret und mit weitreichenden, uns alle betreffenden Konsequenzen vor unseren Augen entsteht. Vor diesem Hintergrund muss man beispielsweise auch die Einführung des Euro als Auftakt des umfassenderen Prozesses der Integration der Finanzmärkte und der schrittweisen Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der einzelnen Staaten sehen, einschließlich einer neuen Kräfte-Verteilung und eines neuen Gleichgewichts zwischen nationaler und europäischer Politik. Besonders deutlich tritt auch die Notwendigkeit zu Tage, dass es Europa gelingen muss, eine einzige Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik zu gewinnen. Die schrittweise Wandlung der Europäischen Union in ein kompaktes politisches Subjekt führt dann zurück zur Frage nach der demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen und nach ihrer Präsenz und Effizienz. Mit dieser Frage hängt ein klareres Bewusstsein der gemeinsamen kulturellen Identität Europas zusammen, wobei gerade die Vielfalt in deren Ausdrucksformen das einigende Merkmal Europas ist.

Die Villa Vigoni ist ein kleines, wichtiges Zeugnis dieser ge-

meinsamen kulturellen Identität. Auf der Basis solcher Überlegungen zu einer historischen Tradition, die sich zugleich als Labor für neue, zukunftsgerichtete Projekte versteht, will das Deutsch-Italienische Zentrum mit der Publikation der Akten des Treffens der Journalisten der beiden Länder und des Gesprächs mit den beiden Staatsoberhäuptern einen Beitrag zu den Ideen und Vorschlägen in der allgemeineren europäischen Diskussion leisten, die die Arbeit des Konvents begleitet.

ALDO VENTURELLI  
(Generalsekretär der Villa Vigoni)

## INTRODUZIONE

Un forum dell'opinione pubblica europea: è questo ciò che l'incontro dei giornalisti, opinionisti ed esperti provenienti dalla Germania e dall'Italia e riunitisi nei giorni 17 e 18 aprile presso il Centro Italo-tedesco di Villa Vigoni, ha tentato di realizzare. La partecipata, reciproca osservazione delle vicende politiche ed economiche dell'altro paese, una discussione serena e rigorosa sui reciproci punti di vista hanno lasciato così affiorare una prospettiva europea più generale: le grandi scelte, che attendono l'unione europea da qui al 2004, non sono apparse in tal modo prospettive lontane, ma sono state calate nel concreto delle politiche attuali nei singoli paesi europei presi in considerazione, in questo caso Italia e Germania. Osservare la vita politica dell'altro paese non ha dunque significato ingerenza o intrusione, ma ha fornito l'occasione per far emergere alcune tendenze generali con le quali i diversi stati membri dell'Unione Europea devono necessariamente confrontarsi in un prossimo futuro.

Questo forum aperto di discussione ha acquisito un particolare rilievo per la partecipazione alla sua sessione conclusiva del Presidente della Repubblica Federale di Germania, Johannes Rau e del Presidente della Repubblica Italiana, Carlo Azeglio

Ciampi. I due Capi di Stato hanno visitato Villa Vigoni a Loveno di Menaggio, sul lago di Como, al termine della visita di Stato del Presidente tedesco in Italia. Questa visita non solo ha rafforzato il rapporto di stima ed amicizia che lega tra loro i due Presidenti, ma ha inteso fornire un preciso modello di relazioni tra paesi europei che vogliano costruire una prospettiva comune e intendano superare, con una loro più intensa collaborazione, divisioni e conflitti del passato. La firma a Roma di una comune dichiarazione sull'Europa, il discorso al Campidoglio di Johannes Rau, la comune visita a Marzabotto dove il Presidente della Repubblica Federale, accompagnato da Carlo Azeglio Ciampi, ha incontrato i superstiti di uno degli episodi più tragici della II Guerra Mondiale, sono stati i momenti più significativi di questa visita in Italia di Johannes Rau e dei suoi ripetuti incontri durante tale occasione con il Presidente italiano.

Al termine di questo viaggio, i due Capi di Stato hanno voluto prendere parte all'incontro dei giornalisti riuniti a Villa Vigoni per ascoltare le loro posizioni, le loro idee e le loro proposte in merito alle grandi scelte che sono di fronte alla Convenzione di Laeken e che attendono l'Unione Europea prima dell'ammissione di nuovi paesi candidati. Tale partecipazione ha voluto ribadire che la costruzione di nuove strutture dell'Unione Europea non può realizzarsi solo attraverso le scelte dei governi o di ristrette istituzioni, ma deve coinvolgere strati sempre più ampi, articolati e qualificati dell'opinione pubblica. Si devono così incominciare a gettare almeno i semi per la formazione di una autentica comune coscienza civile europea: questo è il lavoro iniziato in questa significativa occasione.

La scelta di Villa Vigoni è conseguente alla particolare storia di questo Centro italo-tedesco, che ne fa il luogo di originale sperimentazione di una particolare *collaborazione rafforzata* tra i due paesi. Acquistata dal 1829 dal commerciante di sete Heinrich Mylius, nativo di Francoforte ma attivo a Milano, essa fu scenario

nei primi decenni del XIX secolo di un intenso scambio culturale tra Italia e Germania, non privo di significati e ricadute sul rinnovamento economico, tecnologico e politico di entrambi i paesi. Legato a Carl August di Weimar e all'ambiente culturale operante attorno a Johann Wolfgang Goethe, Mylius divenne un mecenate attento e un informato intermediario tra la grande cultura del classicismo weimariano e i fermenti innovativi dei circoli culturali lombardi, riuniti in particolare attorno ad Alessandro Manzoni. Passata in proprietà successivamente alla famiglia Vigoni, la cui storia più volte si intrecciò con quella dei Mylius, venne donata – in ricordo e in omaggio a questa grande tradizione culturale – dall'ultimo erede Ignazio, scomparso nel 1983, alla Repubblica Federale di Germania, perché essa divenisse sede di un *centre of excellence* per le relazioni culturali, politiche e scientifiche tra Italia e Germania. La collaborazione quotidiana dei due paesi nella gestione di questo centro ne ha rafforzato le sue caratteristiche transnazionali ed europee e ne ha fatto un punto di riferimento obbligato per incentivare e approfondire, in una più vasta costellazione europea, il dialogo e il confronto tra due società e due culture. L'incontro annuale dei giornalisti italiani e tedeschi, che si è svolto quest'anno nella sua riunione conclusiva alla presenza dei due Capi di Stato, è una delle principali occasioni di tale confronto tra i rappresentanti dei due paesi, che si svolgono abitualmente a Villa Vigoni. Esso è organizzato dall'*Ufficio Federale della Stampa* in stretta collaborazione con l'Ambasciata d'Italia a Berlino.

Quello che viene riprodotto in questo volume è il resoconto della terza e ultima sessione dell'incontro, dedicato al tema *L'unione europea nella prospettiva italiana e tedesca*; ad essa appunto hanno partecipato di persona con interventi di rilievo Johannes Rau e Carlo Azeglio Ciampi. Tale sessione è stata il risultato anche dell'intenso dibattito svolto nelle due sessioni precedenti dedicate a *Le prospettive aperte dall'attuazione del-*

*l'euro e a Il futuro dell'Europa*; di queste sessioni vengono qui riportate le relazioni introduttive di Fabrizio Saccomanni, Wolfgang Schill, Axel Siedenberg, Antonio Padoa Schioppa e Heinrich August Winkler. La discussione della terza sessione qui riprodotta è quindi da intendersi come la sintesi – densa e appassionata – di questo più vasto lavoro di gruppo, che ha coinvolto alcuni dei maggiori giornalisti ed esperti italiani e tedeschi.

Riguardando i risultati raggiunti da queste giornate di lavoro, coronati dagli interventi e dall'alta presenza dei due Capi di Stato, un dato soprattutto emerge con chiarezza: la necessità di guardare alla costruzione europea come ad un progetto complessivo, un intreccio di politica, economia, cultura e società, dotato di una sua interna dinamica e di un tempo suo proprio, la cui portata non si lascia ridurre a discussioni contingenti o a soluzioni provvisorie. Da qui alle prossime elezioni europee del 2004 vi è quindi un calendario preciso di appuntamenti e scadenze che attendono l'Europa: tra questi i risultati della conferenza di Laeken, la riforma delle istituzioni dell'Unione, la prospettiva del suo allargamento. Ognuna di queste scadenze comporta decisioni difficili e laboriose, ma un dato non deve essere dimenticato: i costi di un rinvio di tali decisioni rischiano di essere molto superiori rispetto ad eventuali piccoli vantaggi immediati, che alcuni potrebbero trarre da tale ritardo.

Il contributo, che con maggior chiarezza emerge da questa attenta e vivace discussione svoltasi a Villa Vigoni, consiste quindi in questo richiamo al senso di responsabilità che tutti i diversi *attori* – governi, istituzioni nazionali ed europee, politici, opinione pubblica, esperti, protagonisti della vita economica e sociale – hanno di fronte a una prospettiva europea che, al di là della sua complessa articolazione, si staglia di fronte a noi con forte concretezza e con conseguenze rilevanti, che ci riguardano tutti da vicino. In questa prospettiva si deve ad esempio riconsiderare l'introduzione dell'euro come il momento iniziale di un processo

più vasto di integrazione dei mercati finanziari e di graduale coordinamento delle politiche economiche dei singoli paesi, con una diversa ripartizione e un nuovo equilibrio tra politiche nazionali e politiche europee. Emerge inoltre l'urgente necessità, che l'Europa riesca quanto prima a darsi una voce unitaria nella sua politica estera e nella sua politica di sicurezza. Questa graduale trasformazione dell'Unione Europea in un soggetto politico unitario riconduce infine al problema della legittimazione democratica delle sue istituzioni e della loro incisività e efficienza. Tale problema induce altresì a una più chiara consapevolezza della comune identità culturale dell'Europa, che proprio nella sua pluralità di espressioni trae il suo più autentico tratto unificante.

Di questa comune identità culturale Villa Vigoni è una piccola e significativa testimonianza. Nello spirito di queste riflessioni su una tradizione storica, che vuole divenire laboratorio di sperimentazione di nuovi progetti futuri, il centro italo-tedesco ha inteso offrire – con la pubblicazione degli atti di questo incontro dei giornalisti dei due paesi, ai quali la partecipazione di Johannes Rau e di Carlo Azeglio Ciampi ha conferito un particolare significato –, un contributo di idee e di proposte a quella più generale discussione europea che deve accompagnare i lavori, sicuramente proficui, della Convenzione di Laeken.

ALDO VENTURELLI  
(Segretario Generale di Villa Vigoni)



















*TEILNEHMER DES  
DEUTSCH-ITALIENISCHEN JOURNALISTENTREFFENS*

*PARTECIPANTI  
ALL'INCONTRO DEI GIORNALISTI ITALIANI E TEDESCHI*



TEILNEHMER / *PARTECIPANTI*

Dr. Lucia ANNUNZIATA  
ApBiscom

Dr. Roman ARENS  
Frankfurter Rundschau

Patrizia ARNOLD  
ARD, Hörfunk

Dr. Carlo BASTASIN  
La Stampa

Amb. Boris BIANCHERI  
ANSA

Prof. Angelo BOLAFFI  
Università La Sapienza, Roma

Rainer BURCHARDT  
DeutschlandRadio

Prof. Ilvo DIAMANTI  
Università di Urbino

Dr. Silvio Fagiolo  
Ambasciatore della Repubblica italiana in Germania

Amb. Luigi Vittorio FERRARIS  
Presidente Associazione Villa Vigoni

Dr. Lilli GRUBER  
RAI TG1

Dr. Gunter HOFMANN  
Die ZEIT

Hans HOYNG  
Der Spiegel

Josef JANNING  
Institut für angewandte Politikforschung; Bertelsmann Stiftung

Christiane KOHL  
Süddeutsche Zeitung

Jürgen KRAMER  
WDR

Erich B. KUSCH  
Präsident des Vereins Villa Vigoni

Dr. Ursula von LANGERMANN  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Klaus NEUBERT  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Italien

Prof. Antonio PADOA SCHIOPPA  
Università Statale, Milano

Dr. Mario PIRANI  
La Repubblica

Dietmar POLACZEK  
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frank RAFALSKI  
Deutsche Presseagentur

Dr. Beda ROMANO  
Il Sole 24 Ore

Dr. Salvo RICCI MAZZOLINI  
Il Giornale; Mediaset

Prof. Gian Enrico RUSCONI  
Università di Torino

Dr. Fabrizio SACCOMANNI  
Banca d'Italia, Roma

Wolfgang SCHILL  
Europäische Zentralbank/Banca Centrale Europea

Sabine SEEGER-BAIER  
Freie Presse Chemnitz

Dr. Axel SIEDENBERG  
Deutsche Bank Research

Prof. Giacomo VACIAGO  
Università Cattolica, Milano

Dr. Franco VENTURINI  
Corriere della Sera

Prof. Dr. Heinrich August WINKLER  
Humboldt-Universität, Berlin

*DIE EUROPÄISCHE UNION  
AUS DEUTSCHER UND ITALIENISCHER SICHT*

*Gesprächsrunde mit  
Johannes Rau und Carlo Azeglio Ciampi*

*L'UNIONE EUROPEA  
NELLA PERCEZIONE ITALIANA E TEDESCA*

*Tavola rotonda con  
Johannes Rau e Carlo Azeglio Ciampi*

## GESPRÄCHSRUNDE

NEUBERT - Aktueller Anlass unserer Reflexionen sind die Verlautbarungen von Bundespräsident Johannes Rau zu Europa sowie die gemeinsame Erklärung zu europäischen Themen, die der Bundespräsident und Staatspräsident Ciampi in Rom unterzeichnet haben. Diese gilt es in einem weiteren Kontext zu erörtern, der nicht zuletzt von den Arbeiten des Verfassungskonvents gebildet wird. Selbstverständlich bringt jeder von uns auch seine eigene Idee von Europa mit, und so wollen wir die Gelegenheit wahrnehmen, in diesem Kreis einen Strauss aus Überlegungen zusammenzustellen, den wir den beiden Präsidenten überreichen können.

FAGIOLO - Wenn ich die heutige Diskussion eröffne, denke ich vor allem an die wichtige Gedenkzeremonie in Marzabotto, ein hochbedeutsames Ereignis, das, um die Worte von Präsident Ciampi aufzugreifen, "den Zement des Fundaments des neuen Europa bildet: unseres Europas der Werte, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Respekts, der menschlichen Würde, der Solidarität, des Friedens, der selbstverständlichen Stärke demokratischer Staaten, die sich mit einer gemeinsamen Verfassung und einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft identifizieren".

Ich erteile jetzt denjenigen das Wort, die etwas dazu sagen möchten.

KRAMER - Es ist ein Glücksfall, dass mit den beiden Staatspräsidenten Rau und Ciampi zwei engagierte Befürworter der europäischen *Einigung*, der *Erweiterung*, überhaupt der gesamten europäischen *Idee* an unserer Diskussion teilnehmen. Gewiss kann man bei ihnen von einem Gleichklang der deutschen und italienischen Vorstellungen ausgehen. Dennoch sollten wir auch über die Dissonanzen in der deutsch-italienischen Freundschaft im Zeichen der Regierung Berlusconi sprechen und auch darüber, dass es in Deutschland - aber auch anderswo - erhebliche Sorgen gibt, dass die italienische Entwicklung, in Zeiten der Ära Berlusconi, nachteilige Auswirkungen auf Europa haben kann. In Deutschland hat man mit der Wahl Berlusconis zunächst einmal die Vorstellung verknüpft, dass man sich - ähnlich wie gegenüber Haider in Österreich - in gewisser Weise umorientieren müsse. Mit Blick auf die Größe Italiens hat man auf der politischen offiziellen Ebene in Berlin diese Überlegungen unterdrückt, weil man gesagt hat, dass sonst die Schwierigkeiten für Europa zu groß würden. Aber unterhalb der Ebene der offiziellen Politik bleiben diese Sorgen groß. Heinrich August Winkler hat gesagt, Berlusconi sei als a-historischer und Technokratie-orientierter Politiker im Grunde eine Ausnahmeerscheinung. Es wäre gut, wenigstens stichwortartig zu diskutieren, ob die Regierung Berlusconi für Europa negative Auswirkungen hat. Dabei geht es weniger um die inneritalienische Wirkung, denn das müssen die italienischen Kollegen aus ihrer Sicht beurteilen. Es geht vielmehr um die Frage, ob das *Modell Berlusconi* mit seiner Ballung von politischer Macht und Medienmacht bei gleichzeitiger Schwächung der Justiz und damit der dritten Gewalt im Staate, Folgewirkungen haben kann, insofern diese Art von Populismus im Medienzeitalter Schule machen könnte.

VACIAGO - Das Problem heute in Europa ist nicht nur die Regierung Berlusconi oder ganz allgemein jede *anomale* Regierung innerhalb Europas. Man muss bedenken, dass dank des Euro, dank des geeinten Europa, in dem wir alle heute leben, jedes einzelne Land über mehr Spielraum als vorher verfügt, mit seinen eigenen Stärken oder Schwächen umzugehen. Vor der Euro-Einführung hätte sich eine *anomale* Regierung in Europa negativ auf die Währung ausgewirkt. Wenn ein Staat eine *seltsame* Politik betrieben hätte oder ein Minister Dummheiten verkündet hätte, wäre der Wechselkurs gesunken. Heute haben wir zum Glück den Euro: Nichts schützt uns stärker vor eigenen Fehlern. Jetzt verfügen wir über die Reputation der deutschen Währung, jetzt können wir uns eine *anomale* Regierung erlauben. Aber Achtung: Dies ist die typische Situation, wenn man über ein gemeinsames Gut verfügt und ein *free riding* möglich ist. Der Euro garantiert nicht, dass wir besser sind, ebenso wenig wie er die Qualität unserer Regierungen garantieren kann. Durch den Euro ist es jetzt eher möglich als vorher, dass kritisierbare Regierungen gewählt werden. Das bedeutet, dass es aufgrund des Euro – was paradox erscheint – ein *Defizit* bei der demokratischen Kontrolle in Europa gibt: Die Bürger sind gewarnt, und sie sollten vorsichtig sein, denn sie können sich jetzt stärker als zuvor verletzen.

KOHL - Ich glaube nicht, dass der Euro der Grund dafür ist, dass in Italien eine Regierung an die Macht gekommen ist, die in Europa eine Ausnahme darstellt. Der Euro ist ja schließlich erst jetzt eingeführt worden. Er ist seit Januar 2002 da, während die Regierung Berlusconi im Mai 2001 gewählt wurde und dies sicherlich nicht aufgrund des Euro. Ich erinnere mich daran, dass mit der ersten Regierung Berlusconi die Lira stark an Wert verlor. Das ist bei der zweiten Regierung Berlusconi nicht der Fall. Wenn man also fragt, wie es zu dieser Regierung gekommen ist, dann liegt die Antwort meines Erachtens nicht beim Euro.

PIRANI - Ich möchte darum bitten, semantische Missverständnisse zu vermeiden: Ich finde nicht, dass man die Regierung Berlusconi *seltsam* nennen kann. Es ist eine rechtsgerichtete Regierung, und es ist möglich, dass es sich, nach den Wahlen in Spanien, Österreich und Dänemark, um ein Zeichen für einen allgemeinen Trend in Europa handelt, der sich auch auf Frankreich und Deutschland ausdehnen könnte. Man sollte die Betrachtung nicht nur auf die inneritalienische Polemik beschränken, sondern in einen größeren Zusammenhang stellen. Eine Gefahr besteht, aber sie geht über das, was bis jetzt gesagt wurde, hinaus: Rechtsgerichtete Regierungen und vor allem die Italiens widersetzen sich im allgemeinen der sogenannten *Devolution* der Souveränität gegenüber Europa, in dem Moment, wo jedes europäische Gesetz automatisch auch ein nationales Gesetz nach sich zieht. Solche Regierungen (und die Regierung Berlusconi ganz besonders) haben keinen *politischen*, sondern einen *klein-industriellen* Charakter. Mit dem Instinkt des lombardischen Kleinindustriellen halten sie jedes Gesetz für schlecht: Europa ist nützlich, um den Handel zu vereinfachen, aber es ist ein Risiko, da es Regelungen aller Art mit sich bringen kann, z.B. zum Wettbewerb sowie juristische und soziale Regeln. Darin liegt die Gefahr. Nicht zufällig sucht Berlusconi die Unterstützung Englands. Sicherlich nicht wegen Englands Labour-Regierung, sondern weil England im wesentlichen eine sehr restriktive Europapolitik betreibt und in Europa nichts anderes als eine Freihandelszone sieht. Es gibt den Euro nicht erst seit drei Monaten, sondern seit zwei Jahren, seitdem Italien zur Euro-Zone gehört. Und es ist kein Zufall, dass Italiens Eintritt in die Euro-Zone durch eine Mitte-Links-Regierung vollzogen wurde, die in der Übernahme der Einheitswährung den Weg sah, die Regeln der Haushaltssanierung durchzusetzen, die andernfalls nicht hätten angewendet werden können. Die italienische Rechte ist keine klassische freiheitlich orientierte Rechte. Sie setzte von Anfang an, wie die Unternehmerwelt, auf Abwertung.

Übrigens hat auch die Linke auf Abwertung zum Wettbewerbsausgleich gesetzt, jedenfalls nicht auf die Anwendung von eisernen Gesetzen der Bilanz. Darin liegt das gefährliche Element, das, über die derzeitige Polemik hinaus, in internationaler Tragweite die Europäische Einheit schwächen kann. Das wird uns voll und ganz bewusst werden, wenn im Konvent über das Thema des europäischen Rechtsraumes verhandelt werden wird: Man wird keine Gesetze wollen, die diese absolute Freiheit einschränken, wie sie ideal für jenes Kleinunternehmertum ist, das bei uns an die Regierung gekommen ist.

FAGIOLO - Ich erteile das Wort zunächst Josef Janning, dann Gian Enrico Rusconi, Salvo Ricci Mazzolini, Boris Biancheri und Rainer Burchardt.

JANNING - Ich möchte die Frage, die Jürgen Kramer aufgeworfen hat, nicht dadurch relativieren, dass ich sie in einen europäischen Kontext stelle. Dennoch glaube ich, dass es sich um mehr handelt als um ein rein italienisches Phänomen. Wir haben es mit einer gewissen Divergenz zu tun zwischen den Erfordernissen der Politikentwicklung und der Politikgestaltung auf europäischer Ebene einerseits und den Befindlichkeiten und den Diskursen auf der Ebene der nationalen politischen Debatten andererseits. Ich erinnere an die Debatten, die es nicht in Italien, wohl aber in Deutschland, in Frankreich und in anderen Staaten der Europäischen Union um die Zukunft der Politiken gibt. Wie weit soll man sich auf Reformen in der Struktur-, Regional- und Agrarpolitik einlassen? Wie weit soll man zurückstehen etwa bei nationalen Prioritäten der Industriepolitik oder der Gestaltung der Wirtschaftsstruktur? Dahinter scheint mir bisweilen die Vorahnung künftiger Konflikte zu liegen, das heißt die Vorahnung der Politik, dass mit dem weiteren Wachstum dieser europäischen Union

eine Ära kommt, in der es nicht mehr möglich sein wird, in jeder der größeren Fragen Ergebnisse zu erreichen, die jeden der lautstarken Beteiligten zufrieden stellen. Das heißt, dass wir in einer Union leben werden, in der nicht an jedem Kompromisspaket jeweils die Interessen aller zu befriedigen sein werden. Wir haben bisher schon die Erfahrung gemacht, dass diese Pakete die Tendenz haben, sehr teuer zu werden und die Union nicht *mehr* handlungsfähig, sondern im Zweifel *weniger* handlungsfähig zu machen. Ich glaube also, dass diese Entwicklung – die noch dadurch begünstigt wird, dass das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit einer Mediendemokratie ein anderes als das sein wird, was wir traditionell kennen – Klärungen und politische Grundsatzentscheidungen nicht nur in Italien, sondern auch in anderen größeren und kleineren Staaten der Europäischen Union verlangt.

RUSCONI - Zunächst eine Betrachtung zur Methode: Es ist seltsam, dass wir erst jetzt ganz direkt das Thema diskutieren, das in der deutschen Presse dominiert, aber auch in der französischen Presse, bis hin zur Apotheose beim *Salon du Livre* in Paris. Es ist kein ausdrücklich deutsch-italienisches Problem. In Italien gehen die Meinungen über diese Regierung weit auseinander, vielleicht weiter und zu Recht weiter als in anderen Ländern. Giacomo Vaciano hat eine Frage von besonderem Interesse aufgegriffen, die mit der sehr wichtigen – auch politischen – Rolle des Euro verknüpft ist. Es hat mich erstaunt, dass auch die Ökonomen die politische Rolle des Euro stark betonen. Andererseits hat ein Journalist wie Mario Pirani, der jeden Tag über und gegen Berlusconi schreibt, ein eher beruhigendes Bild gezeichnet: Macht Euch keine Sorgen, wir haben eine rechtsgerichtete Regierung, die eine dementsprechende Politik verfolgt wie andere auch. Bis jetzt sind wir noch nicht auf die Kritik der deutschen Kollegen einge-

gangen, die sich vor allem gegen diesen *Medienpopulismus*, wie er genannt worden ist, richtet. Da scheint eine gewisse Hemmung zu bestehen. Es ist eine positive Entwicklung, wenn innerhalb von sechs Monaten das Bild unserer Regierung und ihres Regierungschefs nicht mehr von absolut inakzeptablen Kommentaren begleitet wird, wie es noch bis vor kurzem der Fall war. Aber ein Problem bleibt: Inwiefern stellt dieser besondere Regierungsstil eine neue Entwicklung hinsichtlich der traditionellen Rechten dar? Man hat ihn im Umgang mit einem klassischen *Klassenkonflikt* (einschließlich Generalstreik) erlebt, wenn Sie mir diesen uralten Begriff aus der Geschichte Europas gestatten. Der Umgang mit diesem Konflikt war eigenartig, aber eine Lösung wurde bis heute nicht gefunden. Hier handelt es sich nicht bloß um rechtsgerichtete Politik; es ist etwas Neues, Beunruhigendes, Peinliches, und das muss gesagt werden.

Noch ein weiterer Kommentar: Wir sprechen von Europa, und schon in früheren Diskussionen wurde ironisch und oberflächlich vom *Dilettantismus* derjenigen gesprochen, die, wie unser Regierungschef, Russland in die Euro-Zone, nach Europa, in die Europäische Union integrieren wollen. Ist das nur Dilettantismus oder ist es mehr? Zum Beispiel die Unfähigkeit dieser Regierung, sich dem Rhythmus in Europa anzupassen: Das ist das Problem. Es ist noch nicht klar, welche Haltung diese Regierung Europa gegenüber einnimmt. Sie kann sich aus verschiedenen Gründen auf keinen Fall dagegenstellen. Aber sie könnte eine Reihe von *Bremsmechanismen* anwenden, deren Konsequenzen wir im Moment noch nicht überblicken können. Verteufeln wir diese Regierung also nicht weiter. Es ist natürlich eine rechtsgerichtete Regierung, wie Mario Pirani gesagt hat, aber es gibt einige Variablen, von denen wir im Moment noch nicht vorhersagen können, welche Konsequenzen sie haben.

BIANCHERI - Ich bin immer etwas erstaunt, wenn ich das Wort

*anomal* in bezug auf eine Regierung höre – und ich habe es in dieser Diskussion mehrmals gehört. Ich frage mich: Wer bestimmt die Normalität von Regierungen? Nach welchen Kriterien können wir von *Normalität* sprechen? Ich bin auch skeptisch, wenn gesagt wird, dass eine Regierung, insbesondere die Regierung Berlusconi, das Produkt der spezifischen Klasse der Kleinunternehmer sei oder das eines spezifischen Teils der Gesellschaft. Ich war in England, als Margaret Thatcher ihre politische Laufbahn begann, und ich erinnere mich daran, wie die seriöse Konservative Partei Frau Thatcher für ein Produkt der kleinbürgerlichen Gesellschaftsschicht hielt. Vielleicht war sie das auch, zumindest mental, aber dann hat diese kleinbürgerliche Schicht Ergebnisse erzielt, die, wie wir gesehen haben, im guten wie im schlechten den Lauf der Ereignisse entscheidend beeinflusst haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Regierung in Bezug auf die europäischen Fragestellungen eine klare Strategie verfolgt. Das ist übrigens recht typisch für die Rechte, die im allgemeinen jeden Fall für sich entscheidet und nicht, wie es für die Haltung der Linken oft gilt, in eine allgemeine Perspektive stellt. Außerdem handelt es sich um eine Regierung, die innerhalb des italienischen Politpanoramas etwas völlig Neues ist und die seit ihrer Gründung als politische Klasse nur kurze Zeit in der Opposition verbracht hat. Und wer in der Opposition ist, kümmert sich nur wenig um außenpolitische Fragen und ebenso wenig um Fragen der Europapolitik, weil er hauptsächlich über Innenpolitik nachdenkt und darüber, wie er an die Macht kommt. Genau das ist auch passiert, als Berlusconi in der Opposition war.

Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, der zuvor behandelt worden ist, um zu überprüfen, ob die italienischen Wahrnehmungen bestimmter Fragen mit denjenigen der Deutschen übereinstimmen oder nicht. Und zwar komme ich auf die Überlegung von Antonio Padoa Schioppa hinsichtlich der Möglichkeit zurück, dass sich der Konvent anschickt, Kompromisse zwischen

den Ländern zu finden, die große Schritte machen wollen, und denjenigen, die das nicht wollen. Allerdings gibt es, so glaube ich, Punkte, bei denen die Kompromisse sehr schwer zu erreichen sind, und der schwierigste Punkt überhaupt ist die Außenpolitik. Man kann sich selbst in der Verteidigungspolitik eine europäische Verteidigung vorstellen, die neben den nationalen Verteidigungen besteht. Wir stehen vor der Notwendigkeit einer europäischen Außenpolitik, die zugleich mit der nationalen Außenpolitik gegeben sein soll. Aber was folgt aus dieser Konstellation? Entweder gibt es eine europäische Politik, und dann gibt es keine nationalen Politiken, oder es gibt keine europäische Politik. Diese Frage wird bei der Schaffung der Struktur des neuen Rechtssubjekts ausschlaggebend sein, denn wenn ein Rechtssubjekt seine eigene Außenpolitik hat, dann ist es eine Föderation (it. *federazione*), während es, wenn es diese nicht hat, keine Föderation ist, unabhängig davon, wie man es nennen will.

Wenn es zu diesem Punkt unterschiedliche Auffassungen gibt – und mir erscheint ein Kompromiss in diesem Fall schwierig – möchte ich in jedem Fall gern eine deutsche Meinung dazu hören. Ist es sinnvoll oder nicht, dass man getrennte Wege geht? Ist es sinnvoll, dass einige, die fortschrittlicher denken, vorangehen und dass die anderen hinterherkommen? Um Klarheit zu haben: Ist eine lockere Union oder Konföderation mit einer eng verbundenen Föderation in ihrem Inneren denkbar? Es wäre mir wichtig, dazu verschiedene Meinungen zu hören, denn zu vielen anderen Themen, die im Konvent behandelt werden, finde ich immer wieder Gelegenheit zum Gespräch, während mir die vorliegende Frage besonders heikel erscheint, und die deutsche Meinung dazu erscheint mir absolut wesentlich.

RICCI MAZZOLINI - Zunächst möchte auch ich meiner Überraschung darüber Ausdruck verleihen, dass ein so wichtiges Thema wie das Urteil über die aktuelle Regierungskoalition in Italien erst

heute zur Sprache kommt. Das wundert mich, denn es ist ein Thema, das eigentlich eine ganze Tagung für sich verdiente, da es außerordentlich facettenreich ist. Ich möchte mich darauf beschränken, nur einen Aspekt anzusprechen, und zwar den, der das Fernsehen betrifft, denn ich stelle fest, dass die deutschen Journalisten jedes Mal, wenn sie – wie es natürlich ihr vollstes Recht ist – ein Urteil über Berlusconi und die italienische Mitte-Rechts-Koalition abgeben, das Problem *Fernsehen* ansprechen und sich sehr besorgt zeigen. Es ist richtig, dass der Kollege Kramer den Ausdruck *Mediendiktatur* nicht gebraucht hat, aber wir wissen alle, dass das ein Ausdruck ist, der häufig in den deutschen Medien verwendet wird. Wenn sich diese Sorge auf mögliche künftige Entwicklungen bezieht, sollten wir die Zukunft abwarten (in der möglicherweise diese Sorgen bestätigt werden, obwohl ich glaube, dass das nicht der Fall sein wird); wenn diese Sorgen sich auf die derzeitige Situation beziehen, glaube ich, dass es erforderlich ist, sich bewusst zu machen, womit wir es tatsächlich zu tun haben. Am Tag des Generalstreiks wurde deutlich, dass fünf von sechs nationalen Abendnachrichten gestreikt haben, und zwar *gegen* die Regierung Berlusconi. In den Nachrichten der *Mediaset* hat es eine starke Arbeitsenthaltung gegeben, und das war ein Akt des Protestes gegen die Regierung Berlusconi. Blickt man auf die Printmedien, so glaube ich nicht, dass die Mehrheit der italienischen Zeitungen unter der direkten Kontrolle von Berlusconi ist, wie man annehmen könnte, wenn man gewisse Artikel in deutschen Zeitungen über die politische Situation in Italien liest. (Dabei denke ich vor allem an Artikel, die in Deutschland geschrieben werden, und weniger an Artikel, die von deutschen Kollegen in Rom verfasst werden). Mir scheint, dass man diese Situation zur Kenntnis nehmen sollte. Es lässt sich folglich keinesfalls sagen – und man sollte es auch nicht ständig wiederholen – dass das Informationswesen unter der Kontrolle der Regierung steht. Ich habe vierzig Jahre meines Lebens bei



der RAI verbracht, und ich kann sagen, dass sich tatsächlich im Vergleich zur Vergangenheit nichts geändert hat. Außerdem: Ich lebe in Deutschland und habe immer gesehen, dass einer der Einwände gegenüber den italienischen Regierungen lautete, dass sie so kurzlebig und schwach seien, "unberechenbar", wie Helmut Schmidt einmal gesagt hat, weil sie an einem Tag gewählt wurden und am nächsten schon nicht mehr im Amt waren. Das ist übrigens eine Kritik, die ich voll und ganz teile. Heute nun wird eine Regierung *abnormal* genannt, die Dauerhaftigkeit garantiert, eine Regierung, die eine solide Mehrheit im Parlament hat, während in der Vergangenheit nicht nur Regierungen akzeptiert worden sind, die von der Mehrheit der Italiener gewählt worden waren, sondern es sind auch keine Einwände erhoben worden gegen Regierungen, denen Personen vorstanden, die von den Bürgern überhaupt nicht gewählt worden waren.

BURCHARDT - Auch ich bin davon überzeugt, dass das Thema *Medien in Europa*, insbesondere im Verhältnis Deutschland-Italien, eine sehr große Rolle spielt. Ich denke, dass Salvo Ricci Mazzolini das etwas zu sehr heruntergespielt hat. In Deutschland ist das Kirch-Imperium zusammengebrochen, und im Moment findet ein Machtpoker um die Frage statt, wer diese Lücke füllen kann. Und man liest in Deutschland durchaus "Berlusconi ante portas" oder "Murdoch ante portas". Das halte ich nicht für eine *quantité négligeable*. Die Frage treibt uns in Deutschland schon ein wenig um. Davon ausgehend glaube ich, dass es sich um eine der großen Fragen der nächsten Zeit handelt, neben den Verfassungsfragen, die im Konvent eine Rolle spielen: Konkret geht es um die Frage, wie weit eine europäische Medienpolitik in irgendeiner Form *kartellrechtlich* kontrolliert werden muss.

Wir haben das *Grünbuch* in der Europäischen Union über die neuen Medien; darin geht es insbesondere um die Medienkonvergenz im Multimedia-Bereich; das ist schlicht und einfach ein

Machtfaktor, den man nicht leugnen kann. Es muss einen doch ein wenig unruhig machen, und man muss sich fragen, welchen Weg wir beschreiten, wenn sich die politische Macht – also die Staatsmacht – wie im Falle Berlusconis, mit einer solchen Medien-Allmacht verbindet. Wir haben in Deutschland – und das sicherlich auch nicht zu Unrecht – immer wieder vom *Medienkanzler* gesprochen. Man spricht auch von einer *Mediokratie*, insofern tatsächlich derjenige (wahrscheinlich) die Macht hat, der sich am Besten in den Medien, besonders im Fernsehen, präsentieren kann. Dabei geht es nicht um irgendein Nebenproblem, sondern darum, dass die Medienmacht inzwischen zu einer sich verselbständigenden politischen Macht geworden ist, die man auch nicht damit herunterspielen kann, dass man sagt, Silvio Berlusconi sei nun einmal gewählt worden. Warum wird er denn gewählt? Er wird ja nicht gewählt, weil der italienische Wähler die Zusammenhänge nicht begreift, sondern weil es tatsächlich zahlreiche Manipulationsmöglichkeiten gibt – ich sage ganz bewusst: *Möglichkeiten*.

Wir haben in Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren über den Springer-Konzern gestritten. Dabei ging es auch um die Frage, inwieweit die Bevölkerung im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung durch die rechtsgerichtete Presse manipuliert worden ist. Und vor diesem Hintergrund glaube ich, dass man tatsächlich wachsam sein muss, wenn sich jetzt in Italien diese beiden Machtkomponenten in einer Person oder in einer Institution konzentrieren.

ARNOLD - Ich möchte jetzt Silvio Berlusconi einfach einmal verteidigen. Was ist denn mit Europa passiert, nachdem er gewählt worden ist? Ich finde, dass in Europa die Diskussion sehr viel interessanter geworden ist. Man hatte den Eindruck, dass in Brüssel eigentlich alle eingeschlafen waren. Man erreichte die Menschen nicht mehr. Dank Silvio Berlusconi ist es interessanter geworden.

Er hat den Laden aufgemischt. Was ist mit Italien passiert? Millionen Italiener haben Silvio Berlusconi bei demokratischen Wahlen gewählt. Sie wussten ganz genau, wen sie gewählt haben. Ich schätze das Problem der Manipulation durch die Medien anders ein als meine Vorredner. Ich glaube, dass Berlusconi gewählt worden ist, weil er öffentliche Hoffnung verbreitet hat. Deswegen wollten die Italiener die Regierung Berlusconi ausprobieren. Vielleicht wählen sie ihn das nächste Mal nicht mehr. Aber in Italien ist es wieder spannender geworden. Ganz normale Bürger gehen wieder auf die Strasse, protestieren, haben ein Bewusstsein für ihr Demokratiegefühl bekommen. Sie denken darüber nach, was es eigentlich bedeutet, wenn Silvio Berlusconi direkt oder indirekt 95% der Medien kontrolliert. Dadurch ist insgesamt die Diskussion in Italien lebendiger geworden, ebenso wie in Europa überhaupt. Die italienischen Bürger und alle Europäer haben die Chance, wieder mitzudiskutieren. Seit dem 1. Januar haben wir zudem den Euro. Er ist das Wichtigste an Gemeinsamkeit, was wir bislang haben. Seither bin ich in Rom, wenn man so will, keine Fremde mehr. Der Zeitungsmann und der Barmann haben plötzlich das gleiche Problem wie ich, um mit dem Euro zurecht zu kommen.

Da haben wir plötzlich diese Gemeinsamkeit, und nun könnte man eigentlich endlich mit einer deutsch-italienischen Auseinandersetzung beginnen. Meiner Ansicht nach gibt es Grund dafür. Meistens wird gesagt, das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien sei wunderbar. So sagen es jedenfalls die deutschen Politiker, und so sagen es die italienischen Politiker. Auch wir, die wir uns kennen, reden so. Aber gibt es überhaupt eine deutsch-italienische Auseinandersetzung? Ich behaupte: nein! Früher gab es eine sehr intensive deutsch-französische Auseinandersetzung. Es gab den Jugendaustausch, der sie gefördert hat. Zwischen Deutschland und Italien gibt es das jedoch nicht. Da gibt es lediglich ein paar kleine Gruppen, die sich treffen: Literatur-Professo-

ren oder vielleicht Kunst-Professoren oder Philosophen und ab und an Journalisten und Politiker. Es gibt aber keine Auseinandersetzung, und ich glaube, in dem Kontext, der durch Silvio Berlusconi lebendiger geworden ist, muss so etwas stattfinden. Ich frage mich, wie man diesen Geist durch Gespräche fördern könnte, damit der Europa-Diskurs und der deutsch-italienische Diskurs weniger technizistisch sind.

SACCOMANNI - Ich möchte denjenigen antworten, die, wie Christiane Kohl, nach den Gründen fragen, warum in Italien bei den letzten Wahlen eine Mitte-Rechts-Regierung gewählt wurde. Es scheint mir, dass die wahren Gründe mit der wirtschaftlichen Strategie zusammenhängen, die unser Land verfolgt hat, um die Maastrichtkriterien zu erfüllen. Diese Strategie bestand hauptsächlich darin, das Defizit zu reduzieren, indem die Steuern erhöht wurden und durch einige Privatisierungen. In die Mechanismen der öffentlichen Ausgaben ist nicht eingegriffen worden, ebenso wenig wie es strukturelle Reformen gegeben hat, um die Hindernisse für das Funktionieren der Märkte zu beseitigen. Dank dieser Strategie ist Italien nun in der Europäischen Währungsunion, ohne auf kreative Buchhaltung zurückgreifen zu müssen. Die Steuererhöhungen ohne wesentliche Minderung der Ausgaben haben sich direkt auf die Geldbeutel aller Italiener ausgewirkt. Das Resultat war einerseits die Teilnahme an der Währungsunion, andererseits aber auch eine starke Depression der Wachstumsmechanismen. Die neunziger Jahre sind das Jahrzehnt mit dem geringsten Wachstum innerhalb dieses Jahrhunderts; es ist also offensichtlich, dass die Wirtschaftskrise die Hauptfrage bei den Wahlen gewesen ist. Die vorherige Mehrheit hat sich bei den Wahlen präsentiert als diejenige, die Italien nach Europa geführt hat, also mit einer retrospektiven Sichtweise. Die Opposition hat dagegen ein völlig neues Programm vorgeschlagen.

*[Die beiden Staatsoberhäupter betreten den Tagungssaal.]*

FAGIOLO - Herr Bundespräsident, Herr Staatspräsident, meinem Kollegen Klaus Neubert und mir wurde das Privileg zuteil, Sie bei diesem Treffen zum Thema "Die Europäische Union aus deutscher und italienischer Sicht" begrüßen zu dürfen. Europa war die Leitlinie des Staatsbesuchs von Bundespräsident Johannes Rau in Italien – sowohl in seiner Rede im Römischen Rathaus auf dem Kapitol als auch gestern bei der Gedenkfeier in Marzabotto; Europa ist für beide Präsidenten ein Feld gemeinsamen Handelns, und es ist auch ein Bestandteil ihrer persönlichen Freundschaft. Europa ist schließlich die Hauptausrichtung der deutschen und der italienischen Außenpolitik. Deutschland und Italien sind die beiden Länder, denen es vielleicht wie keinem anderen Land des alten Kontinents gelungen ist, nationale Interessen mit dem Aufbau Europas zu verknüpfen. Ich glaube, dass diese kurze Einleitung die Gründe für die Anwesenheit der beiden Staatsoberhäupter bei unserem Treffen verdeutlicht hat, das dadurch eine außerordentliche Bedeutung erhält.

NEUBERT - Vielen Dank. Zunächst darf ich Sie, Herrn Staatspräsidenten, und Sie, Herrn Bundespräsidenten, sehr herzlich auch meinerseits begrüßen. Ohne Umschweife möchte ich die beiden *rapporteurs* bitten, über den bisherigen Verlauf der Tagung zu berichten. Josef Janning und Giacomo Vaciago haben das Wort.

JANNING - Ich möchte über die Debatte berichten, die wir über die Zukunft Europas geführt haben: also kein kleines Thema, wie Sie sich vorstellen können! Wir haben in den Abendstunden weiterdiskutiert, weil häufig am Abend die Gedanken etwas klarer werden und vielleicht etwas schärfer zu Tage treten als in den frühen Morgenstunden. Wir haben festgestellt, dass es zum Charakter unseres europäischen Verbundes gehört, dass eigentlich keine

zwei Debatten gleich verlaufen. Das hat mit der Vielfalt der Perspektiven, der Positionen und der Prioritäten zu tun. Ebenfalls gehört dazu, dass die Frage nach der Gestaltung der europäischen Ordnung immer mit der Frage verknüpft ist, was dieses Europa leisten soll.

Wir haben gesagt, Europa solle Handlungsfähigkeit herstellen, wo diese verloren gegangen ist oder wo ihr Fehlen als besonders schmerzlich empfunden wird. In unserer Debatte war dies vor allem anderen die Frage nach der Außen- und der Sicherheitspolitik der Europäer einschließlich der Frage der Verteidigung. Wir Europäer, so mein Fazit dieses Teils unserer Debatte, müssen von der Harmonisierung unserer Sichtweisen und Positionen zu einer Handlungseinheit finden. Wir müssen uns klarmachen, dass die Vielfalt unserer Selbstverständnisse, unserer Kulturen und Erfahrungen einschließlich der Vielfalt unserer Sprachen einer Europäischen Identität nicht entgegensteht; sondern dass sie vielmehr konstitutiv für diese ist. Sie macht die Identität der Europäer mit aus. Wir haben dabei über die Grenzen Europas gesprochen und über die kulturelle Herausforderung Europas durch den Islam. Wir haben festgehalten, dass Europa so weit reicht wie das durch die Aufklärung entstandene Verständnis der Ordnung des Weltlichen und des Geistlichen – dass es so weit reicht, wie die Teilung der Gewalten im Staat reicht, und so weit wie die Anerkennung der Differenz von Individuum, Gesellschaft und Staat. Diese ist bei uns aus dem Christentum entstanden, ist aber nicht darauf beschränkt. Wir haben ausdrücklich gesagt, dass wir uns auch einen islamisch-europäischen Staat vorstellen können, sofern er diesen Prozess und diese Klarstellung für sich und seine Gesellschaft mitvollzieht. Wir haben schließlich über die Entwicklung Europas als politisches System gesprochen sowie über die Kompliziertheit des Verbundes von Staaten auf der einen Seite und des Regierens auf mehreren Ebenen auf der anderen Seite. Wichtig scheint uns – im Blick auf die große Europäische Union

von 27 und mehr Mitgliedern – die Herstellung echter Regierungsfähigkeit. Dies betrifft die Klärung des Gesetzgebungsverfahrens genauso wie die Differenzierung von legislativer und exekutiver Funktion. Es schließt die Sicherung der demokratischen Qualität ebenso ein wie die Überwindung von Veto-Oppositionen und von ineffizienter Aufgabenverdoppelung.

Wir haben auch über die Aufgaben der großen Staaten diskutiert. Sie sollen sich für die Vollendung Europas engagieren und dürfen auch besondere Rollen übernehmen. Vielleicht müssen sie sogar Raum haben, um die Möglichkeiten, die sie besitzen, in den Dienst der Integration stellen zu können – doch bitte nicht als *Direktorium*, sondern als *Avantgarde*! In diesem Engagement liegt heute, wo es die alte Deutsche Frage nicht mehr gibt, die Europäische Frage an Deutschland, die zugleich eine Französische Frage, eine Britische Frage und natürlich auch eine Italienische Frage ist. Nämlich: Sind wir bereit, dieses Europa zu bauen? Sind wir bereit, uns voll in unsere Gemeinschaft zu integrieren? Die Qualität der Antwort auf diese Frage und die Stetigkeit ihrer Artikulation werden über die Zukunft Europas entscheiden.

VACIAGO - Herr Staatspräsident, Herr Bundespräsident, es ist eine Ehre für mich, für Sie die Ergebnisse der vorangegangenen Arbeitssitzungen zusammenfassen zu dürfen. Wie es häufig der Fall ist, haben wir zunächst wirtschaftliche Themen diskutiert, wobei wir fast sofort festgestellt haben, dass man die Politik dabei nicht ausklammern kann. Die erste Arbeitssitzung betraf die Perspektiven, die sich durch die Euroeinführung ergeben haben - eine Aufgabe, der Sie beide viel Zeit Ihres Lebens gewidmet haben. Gleich zu Beginn haben wir an den Erfolg des *change over* erinnert, der in den vergangenen Monaten für die Bürger von 12 europäischen Ländern Realität wurde. Heute ist es schon normal, die neue Währung zu benutzen, die alle zu schätzen gelernt haben. Unsere deutschen Freunde haben uns daran erinnert, wie

leicht sie die neue Währung ausgeben, und wir freuen uns natürlich, wenn sie sie in Rom ausgeben. Aber selbstverständlich haben wir auch über die vielen Dinge geredet, die noch zu tun sind – von den geringfügigeren Aspekten wie den Kosten der Banküberweisungen zwischen den einzelnen Ländern, die immer noch höher sind als innerhalb der Staaten, auch wenn sie natürlich nicht von der Entfernung abhängen, bis zu den großen Problemen wie der Tatsache, dass das europäische Bankensystem noch nicht vollständig über die Möglichkeiten verfügt, die die gemeinsame Währung bietet. Dann ist da vor allem die Tatsache, dass die Finanzmärkte heute noch so sehr voneinander getrennt sind. Die Währungssouveränität ist keine Finanzsouveränität, denn bis heute gibt es kein europäisches Finanzsystem. Drei Hauptaspekten haben wir uns besonders zugewandt: Erstens ging es darum, einzuschätzen, wie der Profit der Währungsunion besser über wettbewerbsfähige Märkte verbreitet werden kann (daher die Notwendigkeit von Reformen und von einer Politik, die die Konkurrenz als ein Mittel der Funktionstüchtigkeit unserer Ökonomien unterstützt); zweitens ging es um die Integration der Finanzmärkte und die Ausbreitung von wettbewerbsfähigen Märkten zur Verstärkung der internationalen Rolle der gemeinsamen Währung, die bislang noch sehr eingeschränkt ist und vor allem der finanziellen Stärke des Dollars stark untergeordnet ist. Und drittens ging es um die Erweiterung der Europäischen Union, die für uns alle eine unbestreitbare Notwendigkeit ist, wenn wir uns auch der vielen und neuartigen Probleme bewusst sind, die damit verbunden sind. Man wird also in den nächsten Jahren vieles ändern müssen, um zu garantieren, dass diese Erweiterung zum gemeinsamen Nutzen führt. Wir haben auch darüber diskutiert, ob der Beitritt *en bloc* oder schrittweise erfolgen soll, mit einer leichten Präferenz für die erste Variante, um Unsicherheiten hinsichtlich der Beitrittstermine und -modalitäten zu vermeiden. Ein weiterer Aspekt betrifft die Frage nach der Teil-

nahme dieser neuen Beitrittsländer an der Euro-Währung, die nicht unbedingt innerhalb kurzer Zeit und für alle erfolgen muss.

FAGIOLO - Ich danke den beiden Referenten für diese knappe und präzise Zusammenfassung der vorangegangenen Diskussion. Ich möchte Staatspräsident Ciampi bitten, uns kurz seine Meinung zu diesen Themen darzulegen.

STAATSPRÄSIDENT CIAMPI - Ich möchte zunächst einmal die besondere Wichtigkeit hervorheben, die der Staatsbesuch von Bundespräsident Rau in diesem Moment besitzt; ich möchte auch betonen, dass dieses Treffen ein wesentlicher Bestandteil des Staatsbesuchs ist, da es konkret die Themen anspricht, für die Bundespräsident Rau und ich uns einsetzen und zu denen unsere Ansichten im wesentlichen übereinstimmen.

Ich glaube, dass die öffentliche Meinung mittlerweile verstanden hat, dass wir uns an einem entscheidenden Abschnitt befinden, der sich aus zwei Teilbereichen zusammensetzt, die – mehr oder weniger gleichzeitig – in Angriff genommen und gelöst werden müssen: Der Bereich der EU-Erweiterung und – auch und vor allem im Zusammenhang mit der Erweiterung – der Bereich der Schaffung von Institutionen, die der neuen Dimension der Union und ihren größeren Verantwortung angemessen sind. Man muss außerdem der Tatsache Rechnung tragen, dass es inzwischen europaweit – und ich würde sagen, sogar weltweit – ein Bewusstsein für die Notwendigkeit eines vereinten Europas gibt. Die Bürger Europas merken es und haben es konkret bewiesen mit ihrer – ich sage nicht: *Akzeptanz*, sondern mehr noch: mit ihrer unsere Erwartungen übertreffenden *positiven Aufnahme* der gemeinsamen Währung, des Euro; die anderen Völker der Erde sagen es uns überall, wo wir hingehen. Ich denke beispielsweise an die Reisen, die ich in den letzten Monaten nach Südamerika und Südafrika gemacht habe. Die Völker erwarten eine größere Präsenz

Europas: Man denke nur an die Tragödie des Nahostkonflikts und an den Eindruck der Inadäquatheit Europas, gerade wegen der fehlenden geeigneten Institutionen, die es gestatten würden, die Maßnahmen zu treffen, die von der internationalen Gemeinschaft in solch schwierigen und dramatischen Momenten erwartet werden.

Die Ratssitzung von Laeken war meines Erachtens ein Erfolg, denn sie hat gezeigt, dass diese Situation richtig verstanden worden ist: Weil der notwendige Prozess auf den Weg gebracht wurde, der es gestattet, den entscheidenden Schritt nach vorn zu tun. Der Konvent ist eingerichtet worden und hat die Arbeit aufgenommen; die Ansätze sind vielversprechend. Wir wissen, dass der Konvent, die Regierungskonferenz und der neue Vertrag drei Etappen sind, die unbedingt zu einem guten Ausgang führen müssen. Das Thema der Erweiterung entwickelt sich selbstständig weiter; die Verfahren und Verhandlungen mit den einzelnen Staaten sind schon recht weit vorangeschritten, und wir hoffen, dass sie noch rechtzeitig zum Abschluss kommen, damit die neuen Mitgliedsstaaten sich auch an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühling 2004 beteiligen können. Richtig war es gewiss, die neuen Mitgliedsstaaten einzuladen, an den Arbeiten des Konvents teilzunehmen. Aber es ist ebenso wichtig, dass noch vor diesem Datum die Arbeiten des Konvents und der Konferenz und der Vertrag abgeschlossen werden; sonst befinden wir uns in einer noch schwierigeren Situation als jetzt. Schon heute, mit fünfzehn Mitgliedern, merken wir, dass die Vorgehensweise unserer Institutionen unangemessen ist. Wir bemerken diese Mängel in der Wirtschaft, bei der Sicherheit und auch bei der Verteidigung. Es sind Bereiche, in denen es Europa gerade aufgrund des Mangels an Institutionen nicht gelingt, sich in ausreichendem Maße zu koordinieren und mit einer Stimme zu sprechen. Es ist also unbedingt notwendig, dass der klar vorgezeichnete Weg über Konvent, Konferenz und Vertrag noch vor den Wahlen

zum Europäischen Parlament 2004 mit Erfolg beschritten wird. Um zum Kern zu kommen: Der schwierigste Schritt ist die Reform der Institutionen.

Ich denke, dass die Möglichkeit zur Teilnahme an der Union auch im Europa der 25 (wie wir es in noch nicht einmal zwei Jahren haben könnten) genauso wie im Europa der 15 über Institutionen organisiert sein wird. Wir werden also einen großen Teilnehmerkreis mit einer Vielzahl von Mitgliedsländern haben, der *de facto* fast das ganze geographische Europa umfasst. Gleichzeitig wird es innerhalb dieses großen Teilnehmerkreises die Möglichkeit geben, an einem kleineren Europa teilzuhaben: ein durch *verstärkte Zusammenarbeit* besser integriertes, aber nicht abgeschlossenes Europa, das weiteren Teilnehmern offen steht. Man kann es nennen, wie man will, einige nennen es *Avantgarde*. Das ist keine neue Erfindung, das hat es schon mal gegeben, und zwar beim Euro. Ich werde nie den 2. Mai 1998 vergessen, als der Europarat – mit fünfzehn Mitgliedern – einstimmig dessen Einführung beschlossen hat. Der damalige Ratspräsident, der Brite Tony Blair, eröffnete die Sitzung mit den Worten: “Heute ist ein historischer Tag”. Die fünfzehn Europaratsmitglieder beschlossen die Einführung des Euro, an dem damals nur elf Länder beteiligt waren; und der Euro begann, mit elf Mitgliedsländern zu funktionieren. Unmittelbar im Anschluss haben dann die Wirtschaftsminister der elf beteiligten Länder Versammlungen für die Euro-Teilnehmer einberufen, in vollem Einverständnis mit dem Rat der ECOFIN, mit den fünfzehn Mitgliedsstaaten, dem sie die Diskussionsergebnisse ihrer Runde aus elf Mitgliedern vortrugen.

Ich erinnere mich an meine erste Auslandsreise als Staatspräsident der Republik Italien nach Finnland zu Präsident Ahtisaari. Ich hatte Gelegenheit, auf den Hafen und die Bucht von Helsinki zu schauen, und sagte damals, man müsse an ein Europa denken, das so breit sei, wie eine große Bucht, an der eine Schiffsflotte an-

gekommen ist; ein Teil dieser Flotte lege dann im Hafen an, weil er dort anlegen *will*, andere dagegen zögen es vor, vor Anker zu treiben. Das ist für mich das Verhältnis, das zwischen einem integrierten Europa und einem weiter gefassten Europa herrschen sollte, in dem denen, die vor Anker liegen, immer die Möglichkeit offen steht, in den Hafen einzulaufen: Der Platz am Kai steht immer zur Verfügung, sofern die Voraussetzungen erfüllt werden, die für ein Anlegen im Hafen vorgesehen sind. Wie diese beiden Möglichkeiten definiert werden sollen und welche institutionellen Inhalte sie haben sollen, das zu definieren, ist die Aufgabe, vor der der Konvent heute steht.

Aber es ist wichtig, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass effiziente, bewegliche, entscheidungsschnelle und handlungsfähige Institutionen geschaffen werden müssen.

Was ich sagen wollte, ist folgendes: Es ist wichtig, die Debatte, die im Konvent stattfindet, durch eine offene Diskussion zu ergänzen, wie sie zum Beispiel bei diesem Treffen stattfindet. Diese Themen sollten nicht nur im Konvent, sondern auch bei möglichst vielen anderen Gelegenheiten diskutiert werden, damit sie heranreifen können; der Schritt von der Konferenz zum Vertrag wird um so schneller vollzogen sein, je mehr das Thema schon durch die öffentliche Meinung vertieft worden ist.

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Satz schließen, den ich schon des öfteren in Italien zitiert habe. Es ist ein Satz aus dem Traktat von Vincenzo Cuoco über die erfolglose, aber glorreiche neapolitanische Revolution von 1799: “Für das Glück der Völker sind die Gesetze wichtiger als die Menschen.” Nun ist es ja offensichtlich, dass Gesetze und Institutionen von Menschen geschaffen werden – was besagt also Cuocos Botschaft? Sie besagt, dass Menschen vergehen, während die Institutionen bleiben. Es ist Aufgabe der Menschen, sich Gesetze zu geben – das heißt, sich Institutionen zu geben, die der Zeit und den Problemen angemessen sind, denen sie sich stellen müssen. Wir befinden uns in einer

jener Phasen, in denen die Menschen Entscheidungen treffen und für unser Europa neue Institutionen erfinden müssen.

BUNDESPRÄSIDENT RAU - Die Europäische Union hat mit sechs Mitgliedern begonnen. Sie hat binnen fünf Jahrzehnten neun weitere aufgenommen, in Einzelschritten, mal einen, mal zwei. Jetzt steht sie vor der Aufgabe, mutmaßlich etwa zehn neue Mitglieder aufzunehmen. Das ist eine Situation, die es so nie zuvor gegeben hat, zu der es aber keine Alternative gibt. Die Tatsache, dass es keine Alternative gibt, ist das Ergebnis eines Glückfalls in unserer Geschichte. Es ist das Ergebnis der Tatsache nämlich, dass ein ideologischer Block wirtschaftlich zugrunde gegangen und politisch aufgegeben worden ist. Das waren die Ergebnisse der Jahre 1989/90. Damit wird die Herausforderung gewaltig, die auf die neue Europäische Union zukommt. Jeder Besucher aus den Beitrittsländern, der zu mir kommt, spricht über den Stand der Verhandlungen, fragt danach, wie ich seine Chancen und Aussichten sehe, ob ich näheres weiß aus Brüssel, und hofft, dass er ein positives Signal bekommt. Wir, die wir schon in der Europäischen Union sind, machen uns zu wenig bewusst, dass nicht nur etwa zehn Länder beitragsfähig sein müssen, sondern dass die Europäische Union auch aufnahmefähig sein muss, das heißt, dass die Institutionen Europas – dass der *Hafen*, von dem Präsident Ciampi gesprochen hat – genug Anlegestellen haben muss und haltbare Anker, dass er Platz hat für den Güterumtausch und -austausch.

Und deshalb glaube ich, dass wir eine zweifache Aufgabe haben: Das eine ist die Aufgabe der Reformstaaten, sich beitragsfähig zu machen; und das zweite ist die Aufgabe der europäischen Union, sich aufnahmefähig zu machen. Dabei gibt es in den Phasen vor den Beitrittsdaten nach aller Erfahrung immer einen Anstieg des kritischen Pegels auf beiden Seiten. Das haben wir erlebt bei Spanien und Portugal. Das haben wir erlebt bei

Griechenland. Da ist auf einmal die Sorge: Da kommen Neue hinzu, die stören unsere Volkswirtschaft. Genau so groß ist die Sorge in den Aufnahmeländern: Wir kommen in ein System, dem wir noch nicht gewachsen sind. Das ist eine normale Entwicklung vor dem Beitritt.

Was wir uns bewusst machen müssen, ist nach meiner Überzeugung, dass die Europäische Union zwei große Herausforderungen zu meistern hat: Das eine ist die institutionelle Neuordnung, die wir mit dem Konvent und seinen hoffentlich guten Ergebnissen voranzubringen versuchen. Und das zweite ist die Formulierung einer einheitlichen Politik in vielen Fragen. Präsident Ciampi und ich haben seit drei Jahren immer wieder diese Reform der Institutionen angemahnt und gesagt, es muss entschieden werden über *Staat* und *Bund* oder *Bundesstaat*, über *Föderales Europa* oder *Europa der Nationalstaaten*. Das sind abstrakte Entscheidungen, aber sie sind substantiell und müssen entschieden werden, bevor es fünfundzwanzig sind, die das zu entscheiden haben. Darum ist es wichtig, dass die beitretenden Länder jetzt schon an der Diskussion teilnehmen.

Das ist das eine. Das andere, was wir nicht haben, ist auf vielen Feldern eine gemeinsame Politik. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik in erster Linie, aber auch für andere Felder. Als die Balkankrise begann und die Europäische Union drei Außenminister nach Belgrad schickte, war das nicht ein Symbol der Vielfalt, sondern ein Zeichen der Zerstrittenheit. Und bis heute gibt es die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht oder doch zu wenig, und wer sich die Dokumente ansieht – auch zum Nahen und Mittleren Osten – der stellt fest, dass es sehr oft Formelkompromisse sind und dass es keine substantielle Einigung gibt. Dabei besteht natürlich die Gefahr, dass das einzelne Mitgliedsland sagt: "Wir brauchen eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik!" – und hinzudenkt: "Und die muss identisch sein mit meiner!" Das bedeutet, dass nicht mehr die Bereitschaft

zum Kompromiss konstituierend ist, sondern die Fiktion, Gemeinsamkeit sei identisch mit der Bekehrung der Anderen zum eigenen Standpunkt. Und da ergibt sich ein Problem, das weit über Europa hinausgeht, das aber für die europäische Identität besonders gilt: Sie haben darüber gesprochen, was Europa ausmacht. Ich gehöre einer Generation an, die im Grunde noch hat lernen müssen, dass Prag und Warschau und Krakau und Budapest Teile Europas sind. Denn aufgewachsen bin ich mit einem Bild Westeuropas, und ich haben den anderen Teil Europas als fern und fremd empfunden. Das gilt nicht mehr für die Generation meiner Kinder oder unserer Enkel. Aber was gibt es denn für ein Europabild bei denen, die aus der Türkei oder aus Tunesien nach Europa kommen? Was gibt es für ein Europabild bei dem konventionellen Muslim, der ins christliche Abendland kommt? Hält er das für das Christentum, was er bei uns erlebt? Was ist eigentlich mit dem jungen Deutschen, der sieht, dass der erste Mensch, bei dem er erlebt, dass Glauben und Leben übereinstimmen, ein Muslim ist? Und wie wirkt sich das in einem Europa aus, das ja tiefe Brüche erlebt hat? Da kommen Menschen nach Westeuropa – ich sage bewusst: *Westeuropa* – und fragen uns, warum auf den Kirchtürmen bei uns Plus-Zeichen sind. Das ist ja kein Scherz! Wie gestalten wir Europa? Ist es das Europa der Reformation und der Aufklärung? Ist es so deutsch, wie das klingt? Oder ist es das Europa der klassischen Philosophie, des römischen Rechts? Ist es das der nordischen Liberalität? Wie kommt die Mixtur zustande, die dazu führt, dass Europa Strahlkraft entwickelt, statt Verwirrung zu stiften?

Das sind Fragen, die wir uns stellen und bei denen ich zu dem Ergebnis komme, dass die eigentliche Gefahr nicht der Islam ist, sondern der Fundamentalismus, nicht der islamische Fundamentalismus, sondern es ist jede Art von Fundamentalismus, auch der christliche, auch der jüdische. Jede Art von Fundamentalismus ist Gegnerschaft gegen eine christliche Botschaft, die von der Frei-

heit des Menschen spricht und die erkennt, dass Freiheit ein Modus der Bindung ist und nicht Beliebigkeit meint. Aber wie bringen wir eine solche Diskussion in die Köpfe der Menschen, die sich, notgedrungen, eher mit Wechselkursen als mit Menschenbildern beschäftigen? Und wie erreichen wir, dass nicht die einen mit Hilfe der Wechselkurse die Wirklichkeit bestimmen, während wir ihnen mit Diskussionen über das Menschenbild die Ruhe verschaffen, in der sie eine Globalisierung vorantreiben, die den Begriff der *Heimat* entwertet und die die Entwurzelung mit zusätzlichem Konsum belohnt? Und wie bekommen wir den Spannungsbogen hin zwischen einem Faszinosum Europa und dem Bewusstsein, zu Hause zu sein oder nach Hause zu kommen, für den einzelnen Menschen, und zwar für den jungen wie für den älteren?

Ich schließe mit einer persönlichen Erinnerung: Als ich ein Kind war, konnte man die weltanschauliche Topographie der Welt auf dem Globus nachvollziehen. Und der erste Farbige, den ich sah, war der kleine Neger, dem man Geld gab für die Mission, und er nickte dann dankbar. Heute haben wir die Weltreligionen nicht auf dem Globus verteilt, sondern in einer Straße: In ein und derselben Straße leben Menschen unterschiedlicher religiöser Bindungen und zugleich viele ohne ein weltanschauliches Profil. Das verändert unsere Wahrnehmung und hoffentlich auch unser Handeln, und das macht uns hoffentlich freier, unbefangener und gleichzeitig nachdenklicher.

FAGIOLO - Ich möchte Bundespräsident Rau und Staatspräsident Ciampi für die Beiträge danken, die sehr inhaltsreich waren und die die Herausforderungen beschrieben haben, vor denen wir stehen. In den Beiträgen kamen aber auch ihre persönlichen Erfahrungen mit Europa zum Ausdruck und das hellsichtige Engagement für Europa. Jetzt schlage ich vor, dass wir die Diskussion fortsetzen, die wir heute morgen zur Politik der italieni-



schen Regierung – vor allem zur Europapolitik dieser Regierung – begonnen haben. Das Wort hat Fabrizio Saccomanni.

SACCOMANNI - Vor der Ankunft der Präsidenten habe ich gerade versucht, die von den deutschen Kollegen aufgeworfene Frage zu beantworten, warum in Italien eine Mitte-Rechts-Regierung gewählt worden ist. Ich habe erläutert, dass die Strategie, die die italienische Regierung gewählt hatte, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, das Wirtschaftswachstum gebremst hat, was bei der Wahlentscheidung der Italiener den Ausschlag gegeben hat, denn auf der anderen Waagschale gab es die Perspektive einer Wirtschaftsentwicklung nach dem traditionellen liberalen Modell, durch Steuersenkung, strukturelle Reformen und Abbau der Hindernisse für Investitionen und private Initiativen. Das sind meiner Meinung nach die Hauptgründe, warum man, nachdem die Währungsunion erreicht war, die die Italiener – ich glaube, in überwältigender Mehrheit – mit großem Enthusiasmus angestrebt hatten, dieses Ziel in einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung verwandeln wollte. Aus diversen Gründen waren die neunziger Jahre das Jahrzehnt des geringsten Wirtschaftswachstums für Italien, möglicherweise des gesamten Jahrhunderts. Die Gründe sind vielfältig, angefangen beim Schock der deutschen Wiedervereinigung und bei den Kosten – angenehme Kosten, wohlge-merkt ! – die wir alle gern gezahlt haben, die aber dennoch für das Wachstum der europäischen Volkswirtschaften ihren Preis hatten. Unabhängig von aller Polemik über die im engeren Sinne *politischen* Gründe, zu denen ich mich nicht äußern will, haben meines Erachtens wichtige wirtschaftliche Gründe den Meinungswandel bei den Italienern bewirkt. Allerdings ist die Diskussion darüber, wie die vergangenen Wochen gezeigt haben, noch völlig offen. Ich glaube, dass ein hoher Prozentsatz der Italiener entschlossen ist, die in der Vergangenheit erreichten sozialen Errungenschaften beizubehalten, auf denen der Sozialstaat

beruht. Es handelt sich folglich um ein komplexeres Problem, das nicht allein auf die Frage nach dem Einfluss der Medien reduziert werden kann.

KOHL - Ich möchte noch einmal auf die Frage nach den Gründen für die Wahl der Regierung Berlusconi zurückkommen. Es wurde, wie ich finde, etwas leichtfertig von einer *seltsamen Regierung* gesprochen. Die Gründe für diese Wahl liegen gewiss nicht nur bei auswärtigen Kriterien, bei Maastricht oder beim Euro. Vielmehr spielen die inneritalienischen Kriterien eine große Rolle: Vor Berlusconi gab es eine große Aufbruchszeit. Es gab die Regierung Prodi mit einem sehr engagierten, großen Modernisierungsversuch, der dann am Ende in der Zerstrittenheit endete, und ich glaube, es ist nur normal, dass die Bürger danach gedacht haben: Nun unternehmen wir einen zweiten Modernisierungsversuch, und das ist nun der Versuch *Berlusconi*. Tatsächlich ist dieser Modernisierungsversuch ganz anders angelegt als der erste, und er wurde im übrigen Europa ein bisschen besorgt betrachtet. Ich gehörte nicht zu denen, die von Anfang an gesagt haben, Berlusconi stelle eine Gefahr dar. Wenn man allerdings das erste Jahr der Regierung Berlusconi betrachtet, scheint das Wort von der *Anomalie* angebracht, wobei ich versuchen will, es zu definieren. Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die eigentlich von Anfang an die Institutionen des Rechtsstaates demoralisiert hat. Das ist in meinen Augen ein entscheidender Punkt: Wir haben maßlose Angriffe gegen die Justiz erlebt, obwohl doch die Justiz ein Teil dieses Staates ist und seine Grundlage bildet. Der zweite Punkt ist gerade für uns Deutsche sicherlich ein sehr wichtiger Punkt: Es ist der Interessenkonflikt. Ich möchte nicht von *Mediendiktatur* sprechen, und ich finde es völlig falsch, die Medien zu dämonisieren. Andererseits ist es eine prinzipielle Frage, ob ich einen Regierungschef habe, der zugleich Besitzer von zahlreichen Medienunternehmen ist und so viel Medien-

macht repräsentiert. Ich glaube, da sollte man sich nicht bei der Frage aufhalten, ob nun hier ein Bericht so gestaltet ist und dort ein Bericht anders oder ob jetzt auch die Mitarbeiter von Berlusconi *Mediaset* streiken oder nicht. Das ist nicht der Punkt. Die Frage ist vielmehr eine prinzipielle Frage: Kann man die Organisation von Regierung und von sehr wichtigen Institutionen in diesem Land einfach so wildwüchsig belassen ?

Und der dritte Punkt ist folgender: Ich habe noch nie anderswo erlebt – und mir fällt das in den letzten Wochen und Monaten in Italien immer stärker auf – dass eine Regierung so oft erklärt, dass sie demokratisch gewählt sei. Das hört man inzwischen auf jedem Parteitag, in fast jeder Rede. Umfragen sind für diese Regierung extrem wichtig. Sie werden es zunehmend für jede Regierung. Auch in Deutschland ist eine Entwicklung zu beobachten, die in dieselbe Richtung geht und die ich für problematisch halte. Sie führt zu einer Art von Populismus, der natürlich auch wieder zurückwirkt auf die europäischen Strukturen und vor allen Dingen auf die europäischen Entscheidungen, deren Kriterium immer stärker dasjenige wird, was kurzfristig Erfolg verspricht. Dies waren die drei Punkte, die ich ansprechen wollte.

DIAMANTI - Die Diskussion betraf zunächst die Probleme der Europäischen Union und ihrer Erweiterung. Sie hat sich dann verlagert hin zu internen europäischen Fragen, und nun diskutieren wir die *italienische Frage*. Wir haben aber auch die gehaltvollen Beiträge der beiden Präsidenten vor uns, die uns zu allgemeineren Fragestellungen, die die europäische öffentliche Meinung betreffen, zurückführen. Ich will versuchen, die erste Fragestellung nicht auszuklammern, sondern sie wenigstens kurz mit der zweiten Frage zu verknüpfen. Die erste Frage lautet, warum Berlusconi gewählt wurde; warum Italien diese Regierung gewählt hat; ob dieses Regierung für Italien und für Europa ein Problem darstellt.

Die zweite Frage lautet, ob es eine öffentliche Meinung gibt, die derart beeinflusst werden kann, dass sie für Italien und für Europa ein Problem darstellt.

Zur ersten Frage möchte ich lediglich betonen, dass Berlusconi gewonnen hat, weil die von ihm geführte Koalition gewonnen hat. Das ist die Antwort auf die erste Frage, und sie ist weniger banal, als sie scheinen mag, denn sie impliziert eine weitere Überlegung: Berlusconi hat die Wahlen gewonnen, folglich sind die Italiener samt und sonders *berlusconisiert*, also ist dies ein von den Meinungsmachern abhängiges Land ?! Es gibt bezüglich der Medien auch das Problem des Interessenkonflikts. In diesem Fall gilt *in media non stat virtus*. Berlusconi hat mit seiner Koalition mit 1% Vorsprung auf das Mitte-Links-Bündnis gewonnen. Das sind 350.000 Stimmen, ungefähr 5% weniger als vor fünf Jahren, und die Mitte-Links-Kräfte hätten einer Regierung Berlusconi zumindest im Wege stehen können, wenn sie bloß dasselbe Bündnis wie bei den vorangegangenen Wahlen gebildet hätten. Zweitens muss man die Rolle der Medien in Betracht ziehen, auch wenn ich nicht glaube, dass sie den Einfluss haben, den man ihnen zuschreibt. Ich glaube, dass es eher ein Aberglaube ist, dessen sich sowohl Berlusconi als auch die Regierung Berlusconi bedient. Ich glaube, dass einer der Gründe für Berlusconis Sieg die Tatsache ist, dass er seine Gegner, also die andere Koalition, davon überzeugt hat, dass er gewonnen hatte, und zwar bereits ein Jahr im Voraus. Er zwang sie, die Rolle der Verlierer bei einer (auch noch angekündigten) Niederlage zu spielen. Dabei hat er ihre Unstimmigkeiten verstärkt, und sie haben einen Kandidaten gestellt, der in jedem Falle verloren hätte, weil er bereit war, die Auseinandersetzung ausschließlich auf der Ebene der Medien zu führen. Heute, ein Jahr später, gibt es die Probleme immer noch, die angesprochen worden sind, wie beispielsweise den Interessenkonflikt. Allerdings ist dies auch ein Land, in dem seit drei Monaten fast täglich öffentliche Kundgebungen

stattfinden. Es ist ein Land, in dem fast 70% der Arbeiter und Angestellten gestreikt haben und in dem – unabhängig von dem, was der Regierungschef behauptet – bei sämtlichen Umfragen ein Nachlassen der Popularität der Regierung spürbar ist, sei es hinsichtlich des persönlichen Vertrauens, sei es hinsichtlich der Orientierung der Wähler. Es heißt, dies sei ein *anomalies* Land. Das war es stets, für uns und für die anderen. Zum einen, weil es die größte kommunistische Partei Europas besaß; dann, weil es eine christdemokratische Partei gehabt hat, die in ihren Anfängen fast eine konfessionelle Partei war; dann, weil es die Lega Nord gab; dann, weil es Berlusconi gibt. Man sieht, dass unsere *Anomalie* die Unnormalität ist (oder die Normalität? Das ist schwer zu sagen). Ich bin davon überzeugt, dass die öffentliche Meinung eine demokratische Ressource ist (was auch die Tatsache beweist, dass diese Regierung so viel Wert auf die öffentliche Meinung legt) und dass sie auch im europäischen Maßstab eine Art gegenseitiger Kontrolle darstellt. Niemals wurde auf europäischer Ebene soviel über Italien gesprochen und über unsere nationalen Fragen wie derzeit. Das ist ein wechselseitiger Kontrollmechanismus zwischen uns und den anderen Ländern. Täglich hören wir, was die Medien der anderen Länder berichten. Die Medien der anderen Länder kontrollieren das, was in Italien geschieht. Das ist eine Sicherung der Demokratie auf Gegenseitigkeit. Wir haben hier von europäischer Identität gesprochen und gefragt: Gibt es eine europäische öffentliche Meinung? Ja, es gibt sie. Man beginnt, von europäischer Demokratie zu sprechen und von Fragen, die die europäische Demokratie betreffen. Das ist zweifellos eine Ressource.

Zur zweiten Frage: Mir ist wichtig, dass, wenn man von der Beziehung zwischen Italien und Europa spricht, folgendes klar ist: Wenn es eine Rahmenbedingung gibt, an die sich jede italienische Regierung und jedwede politische Kraft in Italien halten muss, auch wenn sie selbst anderer Ansicht ist – dann ist das der bei

den Italienern tatsächlich enorm verbreitete *Europäismus*. Die derzeitige Regierung umfasst diverse populistische und euroskeptische Positionen, und dies gilt nicht nur innerhalb der einzelnen Gruppierungen. (Dabei gilt es zusätzlich zu bedenken, dass in einem bipolaren System wie dem unseren, auch wenn es erst einmal nur eine Bipolarität des Wahlsystems kennt und noch keinen politischen Bipolarismus, jedes Lager eine große Bandbreite an Stimmen einschließt.) Es gibt vielmehr eine lagerübergreifende Euroskepsis. Man darf allerdings die Ausrichtung und die Haltung der Regierungen und der politischen Kräfte nicht mit denen der Italiener verwechseln. Alle Umfragen des Eurobarometers zeigen ebenso wie diejenigen, die ich selbst durchführe (soeben erst habe ich eine Vergleichsstudie über acht europäische Staaten vorgelegt), dass besonders nach dem letzten Herbst die Europa-begeisterte, Europa-überzeugte Haltung zugenommen hat. Das gilt in gewissem Maße für alle Länder, aber für Italien in besonderem Maße. Hier ist die Zustimmung mit Blick auf die europäische Integration am höchsten. Italien ist mittlerweile sogar das Land mit der höchsten Erwartung hinsichtlich der Erweiterung, nach zwei Jahren mit niedrigen Werten diesbezüglich. 84% der Italiener sind von der Nützlichkeit der Europäischen Verfassung überzeugt. 50% sehen eine Erhöhung der Macht der Union in Sachen *Militär* positiv; 70% in Sachen *Rechtsprechung*, 60% in Sachen *Außenpolitik*, 66% in Sachen *Einwanderung*. Keine Regierung kann gegen diese Daten arbeiten, und folglich ist im Grunde das eigentliche Problem der Exekutive unseres Landes die Tatsache, dass dieses Element nicht als Ressource genutzt wird und dass manchmal zu Unrecht die italienische Nation als ein Land dargestellt wird, das von Europa nicht so ganz überzeugt ist, obwohl die Hauptressource, die diese Land besitzt, eine absolut Europa-überzeugte öffentliche Meinung ist. Gian Enrico Rusconi hat zu Recht gesagt, dass man die Identität jedes Landes im Auge behalten muss sowie die Art und Weise, wie es Europa sieht. Der Grund dafür, dass die

Italiener Europa-Enthusiasten oder von Europa überzeugt sind, ist, dass sie Europa von Anfang an stets als eine Notwendigkeit betrachtet haben. Der Hauptunterschied zwischen den Italienern und den anderen Ländern ist das Misstrauen gegenüber dem eigenen Staat, das Misstrauen gegenüber den eigenen Institutionen. Daher war für sie Europa immer eine Vervollständigung und eine Ressource. Wir sind Italiener und Europäer, weil wir uns sonst nicht hinreichend trauen könnten, Italiener zu sein. Wir sind stolz darauf, Italiener zu sein, aber wir glauben nicht durch und durch an unsere Regierungsfähigkeit und die Fähigkeit, zu führen und die Dinge zu regeln. Daher ist Europa für uns eine Notwendigkeit. Die Haltung der Italiener zu Europa ist anders als beispielsweise die der Spanier. Innerhalb von zwei Jahren ließ sich bei den Spaniern ein großer Enthusiasmus, gefolgt von einem starken Absturz nachweisen. Was war der Grund? Der Grund war die Erweiterung, da der *approach* der Spanier Europa gegenüber stark interessenbestimmt ist und geleitet wurde von der bewussten Nutzung der Strukturfonds zwecks Stärkung der eigenen Wirtschaft. Heute, da die Erweiterung Europas Probleme mit sich bringt, sind sie weniger Europa-enthusiastisch. Anders in Italien: In Italien ist Europa ein Ziel, das der eigenen Strategie und der nationalen Identität selbst innewohnt. Daher glaube ich, dass es durchaus richtig ist, über die Probleme zu sprechen, die Italien bereitet und die es durch seine Regierungen bereitet hat, ohne jedoch zu vergessen, dass es sich erstens um ein absolut pluralistisches Land handelt, um ein Land, in dem Millionen Leute auf die Straße gehen können, um zu demonstrieren, sobald sie ihre Demokratie bedroht sehen. Das ist ihr Recht, und es hat in dieser Hinsicht keine Einschränkungen oder Verletzungen gegeben. Zweitens gibt es eine öffentliche *europäische* Meinung und eine öffentliche *italienische* Meinung, die europäisch ist. Drittens sind die Italiener davon überzeugt, dass Europa eine Ressource ist. Ohne Europa hat Italien Mühe, sich sicher und selbstbewusst zu fühlen. Das ist unsere Si-

cherheit, dadurch ist jede Regierung gebunden. Man kann höchstens sagen – und das ist das einzige, was wir bedauern – dass wir dies bei den europäischen Verhandlungen zu wenig zur Geltung bringen.

VENTURINI - Ich möchte denen, die sich wegen der italienischen Regierung und wegen der negativen Konsequenzen Sorgen machen, die sie nach Ansicht von manchen haben kann, folgendes in Erinnerung rufen: Ich stimme vollständig mit Ilvo Diamanti überein, dass sämtliche Untersuchungen seitens der Medien – auch seitens der italienischen Medien – zu der Frage, wie wichtig die Medien selbst sind, systematisch gezeigt haben, dass sich ihr Einfluss auf die Wähler zwischen *sehr gering* und *gering* bewegt. Ich sage das gegen mein eigenes Interesse, aber die Italiener wählen, wie es ihnen passt, und dieses Mal haben sie eindeutig aus dem Wunsch nach Wechsel heraus gewählt. Es war der Wunsch, einen neuartigen Versuch zu unternehmen, so wie er in vielen anderen Ländern stattgefunden hat. Ich erinnere daran, dass beispielsweise der Sozialistenführer Bettino Craxi selbst in den Zeiten, in denen er eine mächtige Position im Lande innehatte, gleichwohl von den italienischen Wählern nie mehr als 14% der Stimmen erhalten hat. Wir sollten daher versuchen, Vertrauen in den Individualismus der Italiener zu haben, der ein typisches Kennzeichen dieses Landes ist: Es ist keineswegs ausgemacht, wie sie beim nächsten Mal wählen werden.

Um aber zu den allgemeineren europäischen Themen zu kommen: Ich bin sehr angetan von der Tatsache, dass Präsident Ciampi eine Überlegung angestellt hat, die auf der Linie dessen liegt, was ich zuvor zu sagen versucht habe, und zwar: Es wird uns nicht gelingen, die gesamte Flotte zugleich in den Hafen zu bringen. Entscheidend ist, dass ein paar Schiffe hineinkommen, ein paar wichtige Schiffe, möglichst Schiffe mit Zugkraft für die anderen. Auf jeden Fall muss der Hafen offenbleiben, aber wenn

wir nicht damit anfangen, die größten Schiffe hineinzuholen, werden wir vor der Unmöglichkeit stehen, die gesamte Flotte unterzubringen. Unter uns ist ja auch mein Freund, Herr Botschafter Neubert. Wir waren zeitgleich in Moskau tätig, und das erinnert mich an etwas, was der Nobelpreisträger Andrej Sacharow gesagt hat (wahrscheinlich vor Erfindung guter Bremsen): Ein Wagen, der in einer Steigung zu lange stehen bleibt, wird schließlich zurückrollen. Meines Erachtens befindet sich Europa exakt an diesem Punkt. Die Erweiterung ist die Steigung, keine Frage, und wenn wir angesichts der Erweiterung stehenbleiben, wie es die alten Kriterien einer stets vollständig einstimmigen Aktion verlangen, setzen sich eben diese Kriterien der Gefahr aus, sich als ungeeignet zu erweisen.

Außerdem möchte ich noch ein paar Worte als Antwort auf das erste Thema sagen, das die Regierung betrifft, genauer: ein paar Worte über den italienischen *Europäismus*. Es stimmt, wie Ilvo Diamanti zuvor gesagt hat, dass die Statistiken ein starkes europäisches Engagement bei den Italienern ausweisen – so stark, dass man häufig gesagt hat, dass in Italien für die weit überwiegende Mehrheit *europäisch sein* soviel bedeutet wie *katholisch sein* – man wird so geboren! Aber das ist nicht unbedingt etwas Positives: Zulange sind die Italiener automatisch europaorientiert gewesen, und zulange Zeit haben sie sich nicht wirklich die Frage gestellt, was das bedeutet und was das für Konsequenzen hat. In Deutschland, in Frankreich und vor allem in Großbritannien hat es eine sehr lebhafte Debatte über Europa gegeben; in Italien nicht. Europa ist in Italien erst mit dem Euro Gegenstand der Debatte geworden, also mit dem Wettlauf zum Euro, an dem Italien teilgenommen hat. Sie können mir glauben, dass die Anwesenheit des Staatspräsidenten keinen Einfluss auf das hat, was ich jetzt sage: Historisch betrachtet waren es zwei Männer, die Italien zum Euro geschleppt haben: der damalige Schatzminister und heutige Präsident der Republik und der damalige Ministerpräsi-

dent und heutige Präsident der Europäischen Kommission. Das geschah praktisch innerhalb eines einzigen Jahres, und die Italiener haben das verstanden und haben bezahlt. Das war die Entdeckung des wahren *Europäismus* der Italiener. Bis dahin waren sie per Definition föderalistisch eingestellt und europäisch von Geburt. Der Vertrag von Maastricht ist in Italien in einem halbleeren Parlament verabschiedet worden, während der Rest von Europa von Tumulten, Referenden und Demonstrationen aufgestört wurde. Dieser italienische *Europäismus* gibt Anlass zu einer Reihe von Überlegungen: Erstens dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn Italien, das immer brav und folgsam war, plötzlich anders auftritt. Ein erster Beweis war das Auftreten, als es um die Nahrungsmittelrichtlinien ging. Das war nicht besonders geglückt; es wurde über Schinken gesprochen und über Parma und Helsinki. Vielleicht hätte man ein höheres Niveau wählen können. Aber immerhin war es ein politisches Signal. Heute besitzt Italien einen reiferen *Europäismus*, der auch darin zum Ausdruck kommt, dass Forderungen gestellt werden und dass man nicht mehr unhinterfragt dabei ist, sondern aus Überzeugung. Ein solcher *Europäismus* wird sich auseinanderzusetzen haben mit den entsprechenden Haltungen in Deutschland und in den anderen Ländern, im Blick auf die notwendigen Überlegungen vor der Erweiterung.

WINKLER - Die beiden Präsidenten haben die Wichtigkeit der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik betont. Sie, Herr Bundespräsident, haben in Ihrer Rede auf dem römischen Kapitol den Vorschlag zumindest angedeutet, dass ein erster Schritt in Richtung der Vereinheitlichung der Entscheidungsprozesse in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik in einer Annäherung – wenn nicht gar einer Personalunion der Ämter – des Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten bestehen könnte. In

Deutschland findet dieser Vorschlag viel Zustimmung. Auf der letzten Königswinterer Konferenz, also bei der deutsch-britischen Begegnung, wurde deutlich, dass sich die englische Regierung mit diesem Vorschlag anzufreunden beginnt. Meine Frage an beide Präsidenten ist: Könnte der Vorschlag, diese Funktionen zusammenzulegen, eine gemeinsame deutsch-italienische Formel werden, um es Europa für eine Übergangszeit zu ermöglichen, stärker mit einer Stimme zu sprechen, bis die volle Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union und in der Zuständigkeit der Europäischen Kommission gelingt ?

STAATSPRÄSIDENT CIAMPI - Die Antwort auf die letzte Frage überlasse ich meinem Freund und Kollegen Johannes Rau, während ich selbst versuche, auf die vorangegangenen Fragen zu antworten. Wenn man seit langem daran gewöhnt ist, an Diskussionen und Treffen wie diesem teilzunehmen, setzt man sich zwangsläufig mit allen möglichen Fragen auseinander, unabhängig von dem Amt, das man im Moment innehat.

An erster Stelle möchte ich auf folgendes hinweisen: Wir Italiener haben uns im Prozess der Einführung des Euro – Franco Venturini hat das gerade in Erinnerung gerufen – nicht nur dahingehend engagiert, dass der Euro in Kraft tritt, sondern dass er ein möglichst *breiter* Euro wird, das heißt ein Euro, der nicht nur einige wenige Staaten betrifft, sondern möglichst viele Nationen der Europäischen Union. Im Hinblick auf seine eigene Teilnahme sah sich Italien allerdings zwei Haupteinwänden ausgesetzt, die über die Einhaltung der Maastrichter Vorgaben hinausgingen.

Der erste Einwand war: Ihr habt keine Stabilitätskultur, womit vor allem die Stabilität der Wirtschaft und der Währung gemeint war. Italien galt als Land der Inflation, der Ungleichgewichte und der öffentlichen Defizite und dies leider nicht zu Unrecht,

denn vor nicht allzu langer Zeit hatten wir Defizite von 11% des BIP.

Die erste Herausforderung, der wir uns deshalb stellen mussten, bestand nicht nur darin, die Maastrichtkriterien zu erreichen, sondern auch darin, zu beweisen, dass die Kultur wirtschaftlicher Stabilität wirklich von allen Italienern akzeptiert und geteilt wurde. Das war das Ergebnis einer langwierigen Aktion, die begann, als man den Mechanismus der *Scala Mobile* in Angriff nahm und danach alle Indexbindungen aufhob. Als dann meine Partner – vor allem die deutschen (man kennt sie, ob sie nun Theo Waigel hießen oder Hans Tietmeyer, und ich erinnere mich an beide mit Wertschätzung und in Freundschaft) – schließlich überzeugt waren, dass sich die Italiener die Stabilitätskultur zu eigen gemacht hatten, wurde ein zweiter Einwand vorgebracht: Ihr habt keine politische Stabilität der Regierungen. Jedes Jahr wechselt Ihr die Regierung ! Und es stimmte, denn seit 1992 gab es in jedem Jahr eine andere Regierung: 1992 war Amato Regierungschef, dann ich, dann Berlusconi, dann Dini, es wechselte jedes Jahr.

Als Antwort erinnerte ich daran – es war im Frühling 1998 – dass die Regierung Prodi seit 1996 im Amt war und dass Italien auf fast einstimmigen Beschluss aller politischen Kräfte das Verhältniswahlrecht abgeschafft und das Mehrheitswahlrecht eingeführt hatte. Man glaubte, dadurch eine größere Regierungsstabilität zu erhalten, denn das Verhältniswahlrecht galt als Ursache für die kurze Dauer der Regierungen und für die Instabilität. Bei den Wahlen von 1996 trug dieses System in der Tat zum Sieg einer Mitte-Links-Regierung bei, die tatsächlich während der gesamten Legislaturperiode von fünf Jahren mit der gleichen Mehrheit regiert hat, abgesehen von drei internen Regierungsumbildungen. Im Jahr 2001 fanden erneut Wahlen statt, aus denen eine Mitte-Rechts-Regierung hervorging. Nach der Logik des Mehrheitswahlrechts hat derjenige, der die Wahlen gewinnt, das Recht

bzw. die Pflicht, zu regieren. Es ist Aufgabe der Wähler, auch über die Möglichkeiten hinaus, die das parlamentarische Leben an kontinuierlichen Vergleichskriterien bietet, das Wirken der neuen Mehrheit zu beurteilen. Soviel zur Situation in Italien vom institutionellen Standpunkt aus.

Unter dem Blickwinkel, der hier in dieser Debatte stärker interessiert, das heißt hinsichtlich der Europapolitik Italiens, scheint mir, dass es eine Kontinuität der proeuropäischen Richtung gibt, die in großem Maße von den parlamentarischen Kräften geteilt wird, und zwar in der vergangenen wie in der jetzigen Legislaturperiode. Nicht zufällig war die italienische Position beim Europäischen Rat in Laeken in sich schlüssig und lag auf derselben Linie, auf der sich der italienische *Europäismus* schon immer befunden hat. Um diese italienische Position kümmere ich mich übrigens persönlich und stehe diesbezüglich in ständigem Kontakt mit der Regierung. Ich kann versichern, dass es die Absicht dieser Regierung ist, diese Politik fortzusetzen.

Abschließend glaube ich, dass dieses Treffen folgendes verdeutlicht: Europa ist mit seinem wachsenden Integrationsniveau der Länder untereinander der größtmögliche Garant für jede einzelne Nation gegenüber allen anderen Nationen und für alle Nationen gegenüber jeder einzelnen. Und deshalb ist es umso entscheidender, dass die europäische Integration voranschreitet, nicht nur aus den Gründen, die ich bereits dargestellt habe und in denen ich völlig mit Bundespräsident Johannes Rau übereinstimme, sondern gerade auch aus den Gründen, die die Einhaltung der fundamentalen Regeln der Demokratie in ganz Europa betreffen. Je mehr Fortschritte wir bei der Zusammenlegung der Souveränität und der Funktionen von immer mehr Aspekten des politisch-institutionellen Lebens machen (ich spreche bewusst nie von Souveränitäts*verzicht*, sondern von der Zusammenlegung der Souveränitäten), umso besser. Nicht nur, damit sich eine Europäische Union mit einer einzigen Stimme behauptet,

sondern auch damit alle Mitgliedsländer sich voll und ganz den Prinzipien anschließen, die in der Verfassung verankert werden, für die wir hier alle eintreten, angefangen bei Bundespräsident Rau und mir selbst.

BUNDESPRÄSIDENT RAU - Zur Frage von Heinrich August Winkler möchte ich sagen: Ich fand, dass ich nicht weitergehen durfte, und zwar aus verfassungspolitischen Gründen.

Ich glaube schon, dass eine Aufteilung der Außen- und Sicherheitspolitik auf vier Kommissare, das heißt auf den Beitrittskommissar, auf den Präsidenten der Kommission, auf den für Sicherheits- und Außenpolitik Zuständigen und auf den für Außenpolitik Zuständigen, einer solchen Kommission auf Dauer nicht dienlich ist. Da muss man dann Wege suchen. Ich vergleiche das etwa mit der Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik in Deutschland, oder, wenn man so will, kann man auch die Außenhandelspolitik dazunehmen. Hier wären klarere Strukturen wünschenswert. Allerdings werden diese wohl erst nach der Konferenz möglich sein und nicht vorher.

ANNUNZIATA - Es tut mir leid, dass ich doch noch ein anderes Thema anspreche, auch wenn ich sehr wohl verstanden habe, was der Staatspräsident gesagt hat. Ich glaube, dass die Diskussion über die italienische Regierung keine Abweichung von den europäischen Fragen ist, sondern dass sie zu einem der Themenfelder gehört, die in der Debatte um die künftige Verfassung wenig beachtet worden sind: die Erklärung der europäischen Werte. Ich will mich nicht in Bezug auf die italienische Regierung äußern, auch wenn ich mit vielen Kritiken einverstanden bin, die hier geäußert worden sind. Dennoch muss ich sagen, dass mich Sätze wie "Die europäische Demokratie muss irgendwie über die Einheit der europäischen Demokratie wachen" doch sehr

verblüffen. Ich möchte Sie an das Problem *Haider* erinnern. Ich selbst war sehr kritisch und auch ziemlich besorgt angesichts des Bedürfnisses nach *europäischem Interventionismus*, das da deutlich wurde. Die Notwendigkeit der Erklärung der Werte ist in den Hintergrund gedrängt worden, weil wir hier alle davon ausgehen, dass wir sowieso Europäer sind und in den Grundsätzen übereinstimmen. Aber trotzdem bleiben wichtige Fragen offen. Wenn wir das Problem der politisch-institutionellen Beziehungen zwischen den Regierungen nicht lösen, müssen wir uns mit der ewigen Frage auseinandersetzen, die ernst ist und die die Institutionen miteinschließt, nämlich wer den Kontrolleur kontrolliert?! Um die Frage zu vereinfachen: Wer entscheidet, dass Haider mit Sanktionen belegt werden muss und andere nicht? Ich nehme den *Fall Haider*, weil er ein besonders heikler Fall ist, den Europa lieber schnell vergessen hätte. Das ist der Grund, weshalb die Frage nach den Werten grundlegend ist und weshalb sie auch im Rahmen der Erweiterung grundlegend sein wird. Wie Heinrich August Winkler richtig festgestellt hat, sagen wir demokratisch, dass die anderen demokratisch werden müssen. Aber, so füge ich hinzu, wer soll der Kontrolleur der Demokratiequalität sein?

KRAMER - Ich möchte meinen Eindruck von dieser Debatte zusammenfassen, bei der ich einiges gelernt habe. Sowohl die Versicherung von Präsident Ciampi als auch die Äußerungen der italienischen Kollegen haben gezeigt, dass der europäische Gedanke in Italien nach wie vor sehr sicher verankert ist. Das ist wichtig und beruhigend. Der von Ilvo Diamanti vorgetragene Einwand bzw. seine Sicht der Dinge, dass die Anomalie in Italien sozusagen *per definitionem* fest verankert ist, ist ein interessanter Gesichtspunkt, den man bei der Frage erwägen muss, ob die Regierung Berlusconi nun ein *Ausreißer* ist oder ob sie neue Entwicklungen signalisiert.

Die von Fabrizio Saccomanni und anderen vorgetragene Sicht, dass es in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte sind, die zu der Veränderung der politischen Landschaft in Italien beigetragen haben, gilt es ebenfalls zu bedenken. Denn es sind Überlegungen, die in dieser Form aus deutscher Sicht bisher nicht geläufig sind. Drittens: Die meisten Redner hier haben den Einfluss der Medien heruntergespielt. Das halte ich für eine Beschönigung. Ich denke, das Problem bleibt: Wir müssen überlegen, ob die Zusammenballung von politischer Macht und Medienmacht im Zeichen der Medienära nicht doch ein Vorbote ist – auch wenn Italien einen Sonderfall darstellt. Für andere Länder kann das in anderer Weise Folgen haben. Es kann Folgen für Europa haben. Dies gilt es meines Erachtens weiter zu diskutieren.

FAGIOLO - An diesem Punkt, so scheint mir, können wir zum Schluss kommen. Ich will erst gar nicht versuchen, die Vielfalt der Beiträge und die wichtigen Stellungnahmen der Präsidenten zusammenzufassen. Mir scheint, dass es in Italien und in Deutschland einen gemeinsamen Wunsch nach einem starken Europa gibt, nach einem Europa, das imstande ist, auf die gewaltige Herausforderung zu reagieren, wie Präsident Rau gesagt hat; nach einem Europa, das imstande ist, sich die richtigen Institutionen zu geben, wie Präsident Ciampi mit einem Wort des Schriftstellers Vincenzo Cuoco gesagt hat. Ich möchte ein noch älteres Zitat anführen: Aristoteles hat gesagt, man solle von den Institutionen regiert werden und nicht von den Menschen. Das könnte auch ein Satz von Jean Monnet sein. Das Symposium endet also mit einer Gewissheit: dass Italien und Deutschland im Blick auf wichtige Fristen gemeinsam weiterarbeiten können. Ich schließe daher mit einem Dank an die beiden Präsidenten dafür, dass sie mit der Autorität ihrer Beiträge die Bedeutung unseres Treffens so sehr aufgewertet haben. Ich danke auch der Villa Vigoni dafür, dass sie das Treffen so perfekt organisiert hat, und ich danke allen



Teilnehmern dafür, dass sie mit ihren Ideen und Überlegungen beigetragen haben. Sie werden mit Sicherheit in den kommenden Wochen und Monaten bei den weiteren Reformen der Europäischen Union bis zum Jahr 2004 sehr nützlich sein.

## TAVOLA ROTONDA

NEUBERT - Vorrei richiamare l'attenzione di noi tutti sulle recenti dichiarazioni del Presidente Rau in merito all'Europa, e sulla dichiarazione comune, ancora su temi europei, firmata nei giorni scorsi a Roma dai Presidenti Rau e Ciampi. Tutto ciò oggi deve essere considerato in un contesto più ampio, proprio mentre la Convenzione europea sta proseguendo i suoi impegnativi lavori. Inoltre, ognuno di noi porta con sé una propria idea di Europa e quindi non sarà difficile presentare ai due Presidenti un ventaglio di opinioni sul tema di questo incontro.

FAGIOLO - Il mio pensiero, nell'aprire questa giornata, va all'importante cerimonia di Marzabotto, un evento denso di memorie e significati che, riprendendo le parole del Presidente Ciampi, oggi viene a porsi come "cemento delle fondazioni della nuova Europa: della nostra Europa dei valori, della libertà, della giustizia, del rispetto, della dignità umana, della solidarietà, della pace, della forza serena di Stati democratici che si riconoscono in una costituzione comune, in una comune cittadinanza".

Cedo ora la parola a chi desidera intervenire.

KRAMER - Oggi avremo la fortuna di essere di fronte a due personalità, il Presidente Rau e il Presidente Ciampi, da sempre convinti fautori dell'unificazione europea, come del resto dell'allargamento e in genere dell'idea europea *tout court*. Da questo punto di vista assisteremo qui certamente ad una consonanza di idee tra Germania e Italia. Tutto ciò non deve però impedirci di parlare anche delle dissonanze presenti nell'amicizia italo-tedesca, ad esempio nella valutazione del governo Berlusconi, e anche del fatto che effettivamente in Germania (ma anche altrove) si è notevolmente preoccupati che l'evoluzione dell'Italia – in era berlusconiana – possa avere degli effetti negativi sull'Europa. In Germania l'elezione di Berlusconi è stata connessa, in un primo momento – in analogia a quanto già successo nei confronti di Haider in Austria – all'idea di una riconsiderazione del rapporto tra le nazioni. In considerazione del peso dell'Italia a livello politico ufficiale, questa tendenza a Berlino è stata bloccata nel timore che sorgessero insormontabili difficoltà in prospettiva europea. Tuttavia, al di là della politica ufficiale, queste preoccupazioni rimangono notevoli. Winkler ha affermato che Berlusconi, in quanto politico a-storico e tecnocrate, rappresenta in fondo un caso eccezionale; ritengo quindi utile tentare di discutere se il governo Berlusconi possa avere effetti negativi, non tanto in Italia – fatto che i colleghi italiani dovranno giudicare dal loro punto di vista – ma piuttosto per l'Europa; e cioè se il caso Berlusconi - considerato nel suo insieme di potere politico e mediatico e di indebolimento dell'apparato giudiziario, cioè del terzo potere nello stato – possa assurgere a modello, in questa epoca mediatica, di un più generale tipo di populismo. Ne abbiamo le avvisaglie, e perciò ci potrebbero essere effetti negativi sull'Europa.

VACIAGO - Il problema oggi in Europa non è solo il governo Berlusconi, o in generale qualsiasi governo *anomalo* nei nostri pae-

si. Giova sottolineare che grazie all'euro, grazie all'Europa unita in cui noi tutti oggi viviamo, ciascun paese è più di prima libero di valorizzare le proprie virtù o di aumentare i propri difetti. Prima dell'avvio dell'euro un'elezione di un governo *anomalo*, in Europa, ne avrebbe penalizzato la moneta; se uno Stato avesse avviato politiche “strane” o un ministro detto stupidaggini, sarebbe sceso il cambio. Oggi siamo per fortuna nell'euro: nulla più ci protegge dai nostri errori, nulla più ci difende dai nostri errori: abbiamo ora la reputazione monetaria tedesca, possiamo permetterci un governo strano. Attenzione: questa è una condizione tipica di quando si possiede un bene comune ed è quindi possibile il *free riding*. L'euro non garantisce l'essere migliori o la qualità dei nostri governi; grazie all'euro è più facile di prima eleggere governi più criticabili; il che significa che c'è un *deficit*, grazie all'euro – è un paradosso, ma è così – un *deficit* di controllo democratico in Europa: i cittadini sono avvertiti, stiano quindi attenti perché possono farsi più male di prima.

KOHL - Io non credo che l'euro sia la ragione per cui in Italia abbia preso il potere un governo che è – per così dire – qualcosa di *anomalo*, qui in Europa. Tra l'altro l'introduzione dell'euro risale a questo gennaio, mentre il governo Berlusconi è stato eletto a maggio scorso, e non certo in relazione all'avvento dell'euro. Ricordo che durante il primo governo Berlusconi la lira sprofondò, e questo certo oggi non accade più, ma credo che occorra discutere d'altro quando ci si interroga su come è nato questo governo.

PIRANI - Vorrei che si evitassero equivoci semantici. Non trovo che il governo Berlusconi sia strano: è un governo di destra, ed è possibile che, dopo Spagna, Austria e Danimarca, sia il sintomo di un *trend* più generale in Europa, che potrebbe coinvolgere anche Francia e Germania. Occorre una visione più distac-

cata, che vada al di là della polemica interna italiana. Il pericolo c'è, ma va oltre le considerazioni fatte fino ad ora; governi di destra, quello italiano in particolare, si oppongono generalmente alla cosiddetta devoluzione di sovranità all'Europa, dal momento che ogni regola europea si traduce conseguentemente in regola nazionale. Tali governi, quello Berlusconi in particolare, esprimono uno spirito non politico, ma piccolo-industriale e, incarnando l'*animal spirit* del piccolo industriale lombardo, ritengono che ogni regola sia negativa: l'Europa appare quindi utile per rendere gli scambi più facili, ma viene altresì percepita come un rischio perché può portare regole di tutti i tipi sulla concorrenza, sia di carattere giuridico, sia sociale o quant'altro. Ecco il pericolo. Non a caso Berlusconi cerca l'appoggio della Gran Bretagna, non certo perché laburista, ma per la sua politica europeista sostanzialmente molto ristretta, che considera l'Europa null'altro che un'area di libero scambio. L'euro non esiste solo da tre mesi, ma da due anni, da quando l'Italia vi ha aderito – e non a caso vi ha aderito per volontà di un governo di centro-sinistra, che colse nell'adesione alla moneta unica il sistema per fare proprie quelle regole di riconduzione virtuosa del bilancio, che altrimenti non sarebbe stato possibile applicare. La destra italiana non è una classica destra liberista; è una destra che inizialmente puntava alla svalutazione, così come il mondo imprenditoriale. Del resto anche la sinistra aveva puntato alla svalutazione come elemento di riequilibrio della concorrenza, e non certo alla imposizione di regole ferree di bilancio. Ecco l'elemento di pericolo che, al di là delle attuali polemiche, ma considerato in ottica internazionale, può andare a mio parere a detrimento della unità europea. Ce ne renderemo pienamente conto quando, al momento della Convenzione sul tema dello spazio giuridico europeo, non si vorranno regole che possano interferire in questa libertà assoluta, ideale per la piccola impresa, fattasi governo.

FAGIOLO - Do ora la parola a Joseph Janning, quindi hanno chiesto di intervenire Gian Enrico Rusconi, Salvo Ricci Mazzolini, Boris Biancheri e Rainer Burchardt.

JANNING - Non intendo porre una correlazione tra il quesito posto da Jürgen Kramer e il contesto europeo. Credo piuttosto che si tratti di un fenomeno italiano, ed esiste una certa diversità tra le esigenze di uno sviluppo e di una gestione politica europea da un lato e gli stati d'animo e il dibattito politico nazionale dall'altro. Mi sto riferendo alle discussioni sul futuro delle politiche che si svolgono in Germania, in Francia e in altri stati dell'Unione Europea, ma non in Italia. In che modo riformare la politica delle strutture, delle regioni e dell'agricoltura? O a quale priorità nazionale rinunciare nella politica per l'industria, o per l'organizzazione dell'economia? Mi sembra di avvertire un presagio di conflitti futuri nel presentimento, da parte della politica, che un ulteriore allargamento dell'Unione Europea sancirà la fine di un'epoca con il moltiplicarsi delle difficoltà, che forse saranno ancora maggiori di quando si passò da sei a quindici membri, dal momento che non sarà più possibile ottenere, per ognuna delle questioni più importanti, risultati che soddisfino le esigenze di ogni parte coinvolta. Questo significa che vivremo in una Unione in cui non tutti i compromessi potranno sempre accontentare gli interessi di tutti. Abbiamo già constatato in passato come tali compromessi abbiano la tendenza ad essere molto onerosi e a non rendere l'Unione più efficace, quanto piuttosto meno efficiente. Credo dunque che una tale evoluzione, agevolata per lo più dal fatto che nella democrazia mediatica il rapporto tra politica e opinione pubblica sarà differente da quello che noi tradizionalmente conosciamo, richiederà chiarimenti e decisioni politiche di fondo, non solo in Italia ma anche negli altri stati, piccoli e grandi, dell'Unione Europea.

RUSCONI - Innanzitutto un'osservazione di metodo: è curioso come solo adesso, brutalmente, sia stato affrontato un problema, dominante sulla stampa tedesca, ma anche su quella francese, fino all'apoteosi del recente *Salon du Livre* a Parigi. Non è espresamente un problema tra italiani e tedeschi; è che gli italiani hanno differenti opinioni su questo governo, forse più variegate – e giustamente variegate – più di quanto fino ad ora non abbiano i colleghi esteri. Giacomo Vaciago ha sottolineato una questione di grande interesse, inerente all'importante ruolo, anche politico, affidato alla moneta unica; rimango anzi colpito dal fatto che anche gli economisti insistano molto sull'elemento politico. Viceversa un importante esponente di un giornale che tutti i giorni scrive su e contro Berlusconi, come Mario Pirani, ha dato una immagine piuttosto rassicurante: non preoccupatevi, è un governo di destra, che fa cose di destra, come tanti. Naturalmente finora non si è data risposta alle critiche sollevate dai colleghi tedeschi in merito soprattutto a questo genere di populismo, al *Medienpopulismus*, come è stato definito. C'è forse una certa reticenza. È un fatto positivo che nel giro di sei mesi l'immagine del nostro governo e del suo Presidente non sia più accompagnata da commenti assolutamente inaccettabili, come quelli di qualche tempo fa. Però un problema rimane: fino a che punto questo particolare stile di governo rappresenta qualche cosa di più rispetto alla destra tradizionale? Lo si è visto, ad esempio, nell'atteggiamento tenuto nei confronti di un classico conflitto di classe – lasciatemi usare questo vecchio termine vetero-europeo - giunto fino allo sciopero generale e mediato in modo molto particolare e ad oggi rimasto ancora senza soluzione. Non si tratta semplicemente di destra; è qualche cosa di nuovo, di preoccupante, di imbarazzante, e questo, se non altro, va detto.

Un'altra considerazione: noi parliamo di Europa, già in precedenti incontri si è detto e liquidato con ironia il *dilettantismo* di chi, come il nostro Presidente del Consiglio, vorrebbe la Russia

nell'euro, in Europa, nell'Unione Europea: ciò equivale a non capire la delicatezza della struttura europea. È solo *dilettantismo* oppure c'è dell'altro? Ad esempio vi è l'incapacità di questo governo di seguire il ritmo dell'Europa: questo è il problema. Non è ancora chiara la direzione di questo governo nei confronti dell'Europa; certamente, per molte ragioni, non può essere contro, ma potrebbe mettere in moto una serie di meccanismi *frenanti* di cui non siamo ancora bene in grado di valutare le conseguenze. Smettiamola quindi di demonizzare: effettivamente è un governo di destra, come dice Mario Pirani, però ci sono alcune variabili le cui conseguenze onestamente non riusciamo ancora bene a prevedere.

BIANCHERI - Rimango sempre un po' sorpreso quando sento – e l'ho sentita più volte – la parola *anomalo* riferita a un governo, perché mi chiedo: chi stabilisce la normalità dei governi? Quale criterio adottiamo per affermarlo? Sono anche scettico quando si dice che un governo, in particolare il governo Berlusconi, sia il prodotto di una specifica classe piccolo-imprenditoriale o di una specifica componente della società. Ero in Inghilterra all'inizio dell'iter politico di Margaret Thatcher e ricordo come, nel serio Partito Conservatore, la signora Thatcher venisse considerata espressione di una classe piccolo borghese; forse ella lo era come estrazione e pensiero, ma in seguito quella classe piccolo-borghese ha prodotto risultati che, nel bene o nel male, hanno influenzato in modo decisivo il corso degli eventi. Ho l'impressione che il nostro governo non disponga di una chiara strategia in relazione ai problemi europei – cosa del resto abbastanza tipica delle destre che in genere hanno una visione caso per caso, diversamente da quella totalizzante che spesso si ritrova nell'atteggiamento delle sinistre. Inoltre è un governo del tutto nuovo per il panorama politico italiano, che dal momento della sua formazione come classe politica ha passato poco tempo al-

l'opposizione; chi sta all'opposizione in genere si preoccupa poco dei problemi di politica estera e poco dei problemi di politica europea, perché pensa soprattutto alla politica interna e a come raggiungere il potere. Questo è avvenuto anche quando Berlusconi era all'opposizione, e d'altronde raramente la politica estera fa parte del manifesto di chi è all'opposizione e si accinge ad andare al potere.

Io vorrei però riprendere una precedente questione per verificare se le percezioni italiane e tedesche su specifici punti coincidano o no. Riprendo una considerazione di Antonio Padoa Schioppa circa la possibilità che la Convenzione si accinga a fare compromessi fra paesi che vogliono spingersi più avanti e quelli che non lo vogliono. Ma vi sono alcuni punti, ritengo, sui quali i compromessi sono difficilissimi e il più difficile di tutti è probabilmente la politica estera. Perfino nella politica di difesa si può immaginare una difesa europea che coesista con quelle nazionali; ci troviamo adesso nella necessità di una politica estera europea che coesista con le politiche nazionali, ma quali sono i risultati di questo stato di cose? O vi è una politica europea – e allora non ci sono le singole politiche nazionali – o non vi è una politica europea. Questa questione sarà caratterizzante nella formazione della struttura del nuovo soggetto giuridico, perché se un soggetto giuridico ha una sua politica estera, è di fatto una federazione: se non ce l'ha – comunque lo si voglia chiamare – non è una federazione.

Ma se su questo punto vi sono idee divergenti, ed è un punto sul quale un compromesso mi sembra difficile, mi piacerebbe comunque sentire una voce tedesca. È opportuno o no che ci si divida? È opportuno che chi la pensa in un modo più avanzato vada avanti lasciando che altri seguano? Per chiarirsi, possiamo pensare ad una unione o una confederazione più lasca, che conservi al suo interno una federazione più unita? Mi piacerebbe raccogliere pareri su questo argomento perché, mentre col-

go delle possibilità di incontro su molti altri temi che sono oggetto della Convenzione, mi appare più ardua questa questione, sulla quale la posizione della Germania mi sembra risulti decisiva.

RICCI MAZZOLINI - Prima di tutto anche io devo esprimere una certa sorpresa per il fatto che un tema così importante, come quello del giudizio sull'attuale coalizione governativa italiana, sia stato riproposto solo oggi; sorpresa perché si tratta di un tema che in realtà meriterebbe un intero convegno, essendo ricco di risvolti complessi. Vorrei limitarmi ad affrontare solo un aspetto, che è poi quello della questione televisiva, perché noto che ogni volta che i giornali tedeschi esprimono – come loro pieno diritto ovviamente – un giudizio su Berlusconi e sulla coalizione di centro-destra italiana, trattano la questione televisiva ed esprimono forti preoccupazioni. Jürgen Kramer non ha certo usato l'espressione *Mediendiktatur*, ma tutti noi sappiamo quanto questa espressione ricorra di frequente nella stampa tedesca. Se queste preoccupazioni si riferiscono ad eventuali sviluppi futuri, aspettiamo il futuro (quando forse potrebbero essere confermate, anche se io personalmente ritengo di no); se queste preoccupazioni si riferiscono alla situazione attuale, credo che occorra effettivamente prendere atto di quella che essa realmente è. L'altro ieri sera, giorno dello sciopero generale, se fossimo stati davanti alla televisione avremmo tutti potuto notare che dei sei telegiornali nazionali, cinque hanno scioperato, ed hanno scioperato contro il governo Berlusconi; nei telegiornali Mediaset c'è stata una forte astensione dal lavoro, ed è stata un atto di protesta contro il governo Berlusconi. Se poi ci si rivolge al fronte della carta stampata, non credo che la maggioranza delle testate giornalistiche italiane sia sotto il controllo diretto di Berlusconi, come si potrebbe pensare leggendo alcuni articoli sui giornali tedeschi a proposito della situazione politica italiana (per la verità mi riferisco più ad

articoli scritti in Germania che ad articoli scritti dai colleghi tedeschi a Roma). A me sembra che si debba prendere atto di questa situazione: non si può quindi assolutamente dire – e continuare a dire – che l'informazione sia sotto il controllo del governo. Io ho trascorso 40 anni della mia vita in Rai e posso dire che veramente non è cambiato nulla rispetto al passato; in più, vivendo in Germania, ho potuto constatare come una delle critiche fatte ai governi italiani – critica che tra l'altro condivido pienamente – fosse che durassero poco, governi deboli, *unberechenbar*, come diceva Helmut Schmidt, perché oggi c'erano e domani non c'erano più. Invece oggi si definisce *anomalo* un governo che ha garanzie di durata; *anomalo*, un governo che dispone di una buona maggioranza in Parlamento, mentre in passato, oltre ad accettare governi votati dalla maggioranza degli italiani, non sono state mosse obiezioni a governi presieduti da personaggi che non erano neppure stati votati dai cittadini.

BURCHARDT - Riprendo da quanto detto prima, perché anch'io sono convinto che il tema dei *media* in Europa – e in particolare nel rapporto fra Italia e Germania – rivesta un ruolo di grande significato, forse sottovalutato da Ricci Mazzolini. In Germania l'impero di Kirch è crollato e attualmente stiamo assistendo a giochi di potere circa la sua successione. Si è citato dai giornali tedeschi *Berlusconi o Murdoch ante portas*, non ritengo si tratti di un fatto trascurabile, perché la questione in Germania ci sta inquietando. Sono inoltre convinto che la questione del controllo di una politica mediatica europea, dal punto di vista dei monopoli, sarà uno dei grandi temi del prossimo futuro, accanto alle altre importanti questioni costituzionali, di grande rilievo nella Convenzione. È vero che disponiamo del *Libro verde* sui nuovi *media* nell'Unione Europea, ma esso riguarda soprattutto la convergenza dei *media* nel settore multimediale. Non si può negare che il controllo dei *media* si configuri, molto semplicemente, co-

me un elemento di potere. Tutto ciò non può non renderci un po' inquieti di fronte al potere politico, cioè al potere esecutivo, unito – come nel caso Berlusconi – a una onnipotenza mediatica. In Germania abbiamo detto spesso – con una certa ragione – di avere un *cancelliere mediatico*; si parla anche di *mediocrazia*, nel senso che il potere va a finire a chi si sa presentare meglio nei *media*. Con tutto il rispetto verso di Lei, signor Mazzolini, sono convinto che Lei stia minimizzando: non è cosa da poco che il potere dei *media* sia diventato un potere politico autonomo, il cui peso non si può liquidare sostenendo che il signor Berlusconi in fin dei conti è stato eletto. Ma per quale ragione è stato eletto? Non è stato eletto perché il cittadino italiano non abbia compreso, ma perché ci sono tantissime possibilità (dico appositamente *possibilità*) di manipolazione. In Germania, negli Anni Sessanta e Settanta, abbiamo avuto un acceso dibattito intorno al caso Springer, interrogandoci in che misura per esempio il '68 – non tanto il movimento, quanto l'opinione pubblica – non fosse stato manipolato dalla stampa di destra. In questa prospettiva, credo che ci debba preoccupare se, come avviene attualmente nel caso italiano, si uniscono in una sola persona o in una sola istituzione queste due componenti del potere; non si può rimanere indifferenti, e se si parla dei *media* in Europa, proprio il rapporto italo-tedesco è un ottimo esempio in questo contesto.

ARNOLD - Vorrei spendere qualche parola in favore di Silvio Berlusconi. Cosa è accaduto in Europa con la sua elezione? Trovo che la discussione all'interno dell'Europa si sia rianimata, uscendo da quel torpore che sembrava aver colpito Bruxelles e che stava allontanando l'opinione pubblica dai temi europei: grazie quindi a Silvio Berlusconi. Che cosa è accaduto in Italia? Milioni di italiani hanno eletto Berlusconi, tramite elezioni democratiche, ben sapendo chi stavano per votare. Non sono d'accordo con chi

ritiene che questo sia avvenuto grazie ad una manipolazione mediatica; è accaduto piuttosto perché Berlusconi ha saputo suscitare speranze negli italiani, i quali hanno deciso di voler sperimentare un suo governo. Forse non voteranno più per lui la prossima volta. Ma anche l'Italia è tornata ad essere più interessante: normali cittadini scendono in piazza, manifestano, si riappropriano di una coscienza democratica, anche riflettendo sul fatto che Silvio Berlusconi oggi controlla – direttamente o indirettamente – il 95% dei *media*.

Anche il panorama europeo si è animato; nei cittadini europei è rinato l'interesse per la discussione; prima non ci si parlava più. E poi, dal 1 gennaio, abbiamo l'euro: ecco il patrimonio comune. Da allora, a Roma non sono più una straniera, perché l'edicolante, il barista, ogni cittadino italiano ha avuto il mio stesso problema: cavarsela con la nuova moneta. Un elemento comune così forte deve stimolarci ad avere un vero dibattito italo-tedesco, che oggi – secondo me – non esiste. Tutti dicono sempre che il rapporto tra l'Italia e la Germania è ottimo: lo dicono i politici tedeschi, lo dicono i politici italiani, anche noi che ci conosciamo: ma esiste davvero un dibattito italo-tedesco? Ritengo di no. Una volta vi era un dibattito intensissimo franco-tedesco, con i giovani come protagonisti. Ma nulla del genere esiste tra Italia e Germania: piccoli gruppi s'incontrano, professori di letteratura o di storia dell'arte, filosofi, ed ogni tanto anche giornalisti e politici. Ma non vi è un vero dibattito, e quindi mi interrogo su come si possa incentivarlo in relazione ad una questione importante come quella europea.

SACCOMANNI - Vorrei rispondere a chi, come la signora Kohl, si interroga sul perché sia stato eletto in Italia un governo di destra nelle ultime elezioni. Mi sembra che le ragioni di fondo vadano ricercate nella strategia economica seguita dal nostro paese per realizzare i criteri di Maastricht. La strategia è stata quella sostan-

zialmente di ridurre il *deficit* attraverso l'aumento delle imposte o grazie a qualche attività di privatizzazione, senza però incidere quasi per niente con riforme strutturali sui meccanismi di spesa pubblica e sulla rimozione degli ostacoli al funzionamento dei mercati. Ora, grazie a questa strategia, l'Italia è entrata nell'Unione Monetaria Europea senza aver fatto contabilità creativa. Le manovre, basate su un forte aumento della tassazione e senza una consistente diminuzione della spesa, hanno avuto una ripercussione diretta sulle tasche di tutti noi italiani. Il risultato è stato sì l'ingresso nella Unione Monetaria, ma anche una forte depressione dei meccanismi di crescita. Gli Anni Novanta si sono caratterizzati come il decennio di crescita più bassa nella storia del secolo; da questo è evidente che il problema economico sia stato in queste ultime elezioni la questione di fondo. La precedente maggioranza si è presentata alle elezioni affermando di aver portato l'Italia in Europa, quindi con una visione retrospettiva, mentre l'opposizione ha pensato di proporre un progetto diverso.

*[I due Capi di Stato entrano nell'aula convegno]*

FAGIOLO - Signor Presidente Rau, Signor Presidente Ciampi, all'amico Klaus Neubert e a me è conferito il privilegio di dar Loro il benvenuto a questo incontro sull'Italia e la Germania in Europa. L'Europa è stata il filo conduttore della visita del Presidente Rau in Italia, del suo discorso in Campidoglio ed anche della cerimonia a Marzabotto; l'Europa è il terreno di un'azione comune dei due Presidenti ed è anche un elemento della loro amicizia personale. L'Europa infine è la dimensione fondamentale della politica estera dell'Italia e della Germania, due paesi che, come forse nessun altro nel vecchio continente, sono riusciti a coniugare interessi nazionali e costruzione europea. Credo che queste brevi premesse possano chiarire meglio la presenza, oggi fra noi, dei

due Capi di Stato che, con la loro partecipazione, attribuiscono a questo incontro un significato straordinario.

NEUBERT - Mi unisco anche io al saluto al Presidente Ciampi e al Presidente Rau. Cedo quindi la parola ai due *rapporteurs*, Joseph Janning e Giacomo Vaciago, con la preghiera di voler riassumere la discussione svoltasi nella giornata di ieri.

JANNING - Il mio compito è di presentare quanto emerso dal dibattito sul futuro dell'Europa, una questione importante su cui abbiamo discusso fino a sera, visto che spesso i pensieri diventano più lucidi dopo il crepuscolo e si manifestano forse in un modo più acuto che nella prima mattinata. Ci siamo resi conto che la multiformità di opinioni è una caratteristica imprescindibile della nostra Europa; il motivo è la molteplicità delle prospettive, delle posizioni e delle priorità, e quindi anche il dibattito sulla creazione di un ordinamento europeo non può prescindere dalla funzione di questa Europa. Abbiamo più volte sottolineato come l'Europa debba agire in campi dove era stata precedentemente carente, laddove le sue mancanze risultavano più acute, inclusa la questione della difesa. Noi europei dobbiamo procedere all'armonizzazione dei nostri punti di vista e delle nostre posizioni, per ottenere una unità d'azione; dobbiamo capire che la molteplicità delle nostre identità, delle nostre culture ed esperienze, inclusa la varietà delle nostre lingue, non si oppone a un'identità europea, ma ne può essere piuttosto la base. Ci siamo confrontati sulla questione dei confini dell'Europa e della sfida culturale lanciata dall'Islam; abbiamo concluso che l'Europa può estendersi a chi accetta un ordine in cui sia netta la separazione tra religione e Stato, in cui nettamente siano divisi i poteri dello Stato e sia chiara la differenza tra individuo, società e Stato. Ciò è avvenuto da noi nei riguardi del Cristianesimo, ma non si è limitato

solo ad esso. Possiamo quindi anche immaginare la creazione di uno Stato islamico-europeo, a patto però che esso condivida questo processo di secolarizzazione. Infine abbiamo parlato dello sviluppo dell'Europa come soggetto politico, ed anche della complessità di un sistema costituito da un'unione di Stati da un lato, e da governi a vari livelli dall'altro. Ci sembra importante, in previsione dell'allargamento dell'Unione Europea, che si crei una vera capacità di governare, e ciò non può prescindere da un miglioramento del processo legislativo e da una più efficace differenziazione tra funzione legislativa ed esecutiva. Questo garantisce qualità democratica, conduce al superamento dei veti incrociati e evita un inutile raddoppio di compiti. Abbiamo anche discusso in maniera esplicita sul ruolo degli Stati più grandi: essi devono impegnarsi per il compimento dell'Europa, e possono anche svolgere compiti ulteriori, mettendo a disposizione dell'integrazione le loro potenzialità; tuttavia non occorre una forma di direttorio, ma un'avanguardia. In questa contingenza oggi, archiviata la vecchia questione tedesca, si presenta la questione europea che diventa anche questione tedesca, francese, britannica e naturalmente italiana. Il nodo è questo: siamo pronti a costruire quest'Europa, e siamo pronti ad integrarci pienamente nella nostra Unione? Dalla qualità della risposta dipenderà il nostro comune futuro europeo.

VACIAGO - Signori Presidenti, è un onore riferire qui i risultati delle precedenti sessioni di lavoro. Come spesso accade, abbiamo iniziato da temi economici, salvo scoprire quasi subito che non si può fare a meno della politica. La prima sessione riguardava le prospettive aperte dall'attuazione dell'euro, un compito a cui Loro, Signori Presidenti, hanno dedicato molto tempo della Loro vita. Abbiamo iniziato ricordando il successo del *change over*, avvenuto nei mesi scorsi per i cittadini di 12 paesi europei. Oggi è ormai normale usare la nuova moneta, che tutti hanno



imparato ad apprezzare. I nostri amici tedeschi ci hanno ricordato con quanta facilità la spendano, e noi naturalmente siamo contenti che la spendano oggi a Roma. Ma come è ovvio il dibattito ha riguardato il molto che resta ancora da fare, dagli aspetti minuti – come i costi delle transazioni bancarie fra i vari paesi, che sono ad esempio ancora maggiori che all'interno degli stati pur essendo indipendenti dalla distanza – ai grandi problemi – come il fatto che il sistema bancario europeo non abbia ancora appieno recepito l'opportunità rappresentata dalla moneta comune. Abbiamo soprattutto constatato quanto i mercati finanziari restino ancora oggi distintamente separati. Tale sovranità monetaria non si estende alla sovranità della finanza, poiché ancor oggi non esiste una finanza europea. Si è posta l'attenzione su tre aspetti in particolare: la valutazione di come i benefici dell'integrazione monetaria debbano venire meglio diffusi da mercati competitivi (da qui la necessità sia di riforme che di politiche che sostengano la concorrenza come metodo di funzionamento delle nostre economie); l'integrazione finanziaria e la diffusione di mercati competitivi a favore di un ruolo internazionale della moneta comune, tuttora molto limitato e soprattutto molto subordinato al potere finanziario del dollaro americano; da ultimo l'ampliamento dell'Europa che tutti noi consideriamo una indiscutibile necessità, con la consapevolezza però dei nuovi e molti problemi che questo comporterà. Occorre dunque cambiare molto nei prossimi anni per garantire che a questo ampliamento segua un beneficio comune. Si è discusso anche dell'alternativa fra l'inserimento in blocco dei Paesi candidati o il loro inserimento graduale nel tempo, con una leggera propensione verso la prima ipotesi, al fine di evitare l'incertezza di come e quando effettuare questi ingressi. Un ulteriore approfondimento ha riguardato infine la partecipazione all'euro di questi nuovi paesi, la quale non deve necessariamente avvenire in tempi brevi e per tutti.

FAGIOLO - Ringrazio i due relatori per questa concisa ma efficace ricostruzione del dibattito precedente. Vorrei pregare il Signor Presidente Ciampi di farci conoscere la Sua opinione su questi temi.

PRESIDENTE CIAMPI - Vorrei prima di tutto sottolineare come la visita di Stato del Presidente Rau, in questo momento, sia stata di particolare importanza, e come questo incontro sia una sostanziale parte di essa, in quanto affronta in modo concreto i problemi nei quali il Presidente Rau ed io ci sentiamo impegnati e per i quali abbiamo una sostanziale identità di vedute.

Credo che sia ormai chiaro all'opinione pubblica che siamo di fronte ad un passaggio cruciale che si compone di due parti che debbono essere affrontate e risolte in modo sostanzialmente simultaneo: quella dell'allargamento e quella di dotare l'Unione Europea – anche in relazione all'allargamento, ancor più in relazione all'allargamento – di istituzioni appropriate alle nuove dimensioni dell'Unione stessa e alle sue maggiori responsabilità. Bisogna inoltre prendere atto che ormai e in Europa, e direi anche nel mondo, c'è consapevolezza della necessità di una Europa unita; lo sentono i cittadini europei e lo hanno dimostrato fattivamente con, non dico l'accettazione, ma addirittura con l'accoglienza positiva, al di là di ogni nostra attesa, tributata all'introduzione della moneta comune, dell'euro; ce lo dicono gli altri popoli del mondo (ovunque andiamo, mi riferisco anche a viaggi fatti nei mesi passati, dal Sud America al Sud Africa), i quali chiedono una maggiore presenza dell'Europa. Basti pensare, – e faccio appena un rapido accenno, pur nel sentimento che anima tutti per il dramma che stiamo vivendo – al conflitto del Medio Oriente e al senso che abbiamo dell'inadeguatezza dell'Europa, proprio per la mancanza di istituzioni appropriate a svolgere l'azione che si chiede alla comunità internazionale in momenti così difficili e drammatici.

Il Consiglio di Laeken, a mio avviso, è stato un successo perché ha dimostrato di saper interpretare tutto ciò, dando avvio a quanto proceduralmente necessario perché il grande passo in avanti venga compiuto. La Convenzione è stata già istituita e già lavora; gli avvisi sono promettenti. Sappiamo che Convenzione, Conferenza Intergovernativa, Nuovo Trattato costituiscono tre momenti a cui è indispensabile dare un esito positivo. Il tema dell'allargamento va avanti per suo conto; le procedure, i negoziati con i vari Stati sono abbastanza avanzati e auspichiamo giungano a conclusione in tempi che consentano ai nuovi paesi, già opportunamente invitati ad assistere ai lavori della Convenzione, di partecipare alle elezioni del Parlamento Europeo nella primavera del 2004. Ma è altrettanto importante che prima di quella data siano conclusi i lavori della Convenzione, della Conferenza e del Trattato; altrimenti ci troveremmo in una situazione ancora più difficile dell'attuale. Già oggi, in 15, sentiamo l'inadeguatezza del procedere delle nostre istituzioni; ne sentiamo l'insufficienza in campi come l'economia, come la sicurezza, come la difesa, campi nei quali avvertiamo che l'Europa non riesce a coordinarsi sufficientemente e a parlare con una sola voce, proprio per mancanza di istituzioni. Quindi è fondamentale che questo percorso chiaramente tracciato – Convenzione, Conferenza, Trattato – abbia conclusione positiva prima delle elezioni del Parlamento Europeo del 2004. Andando alla sostanza, il passaggio più difficile è quello della riforma delle istituzioni.

Penso che, come già oggi nell'Europa a 15, così nell'Europa a 25, quale potrà essere fra neanche due anni, sarà istituzionalizzata la possibilità di partecipare all'Unione stessa. Avremo quindi un grande cerchio che abbraccia un ampio numero di paesi, di fatto quasi tutta l'Europa geografica; al tempo stesso vi sarà la possibilità di partecipare, all'interno di quel grande cerchio, ad una Europa più ristretta: una realtà più integrata, attraverso "cooperazioni rafforzate" (chiamiamola come vogliamo, secondo alcuni

"avanguardia"), non chiusa, aperta ad ulteriori partecipazioni. Ciò non è inventarsi qualche cosa di nuovo: è già avvenuto, nel caso dell'euro. Non dimenticherò mai il 2 maggio 1998 quando il Consiglio Europeo, a 15, ne approvò all'unanimità l'istituzione. Il Presidente di turno, l'inglese Tony Blair, iniziò la riunione dicendo: "oggi è una giornata storica". Quel Consiglio europeo a 15 approvò l'istituzione di un euro al quale partecipavano allora solamente 11 paesi: e l'euro ha cominciato a funzionare a 11. E subito dopo i Ministri economici degli 11 iniziarono a riunirsi a 11, in pieno accordo con l'Ecofin a 15, al quale portavano a conoscenza quanto avevano discusso a 11.

Ricordo il mio secondo viaggio all'estero da Presidente della Repubblica italiana, in Finlandia, quando al Presidente Ahtisaari dissi: bisogna pensare a un'Europa – e avevo di fronte il porto e la baia di Helsinki – larga come una grande baia dove ha trovato accoglienza una flotta di navi; poi c'è un gruppo di esse che attracca in porto, vi attracca perché desidera attraccarvi, altre invece preferiscono restare alla fonda. Ecco, secondo me questo è il rapporto che deve esistere tra l'Europa più integrata e l'Europa più larga, lasciando però sempre aperta la possibilità a chiunque stia alla fonda di poter entrare in porto: il posto in banchina è a disposizione purché si accettino e si rispettino le condizioni previste per poter attraccarvi. Come definire queste due realtà e quali contenuti istituzionali dare loro è il compito cui si trova di fronte oggi la Convenzione.

Ma il fatto importante è che noi abbiamo la consapevolezza chiara che vi sono da creare istituzioni, efficienti, agili, pronte a decidere e a operare.

Questo è quanto volevo dire: sarà importante accompagnare il dibattito che è in corso nella Convenzione con un dibattito aperto, di cui un incontro come questo è un esempio. Bisogna che questi temi, oltre che nella Convenzione, siano discussi il più possibile anche in altre sedi perché maturino; il passaggio al-

la Conferenza e al Trattato sarà tanto più breve quanto più la materia già sia stata oggetto di approfondimento da parte dell'opinione pubblica.

Vorrei concludere questo mio intervento ricordando una frase che ho citato altre volte in Italia, una frase dal saggio di Vincenzo Cuoco sulla sfortunata ma gloriosa rivoluzione napoletana del 1799: “alla felicità dei popoli sono più necessari gli ordini che gli uomini”. Ora siccome è chiaro che le istituzioni le fanno gli uomini, cosa intendeva dire Cuoco? Gli uomini passano, le istituzioni restano. Sta agli uomini darsi degli ordini, cioè delle istituzioni appropriate ai tempi e ai problemi che debbono affrontare.

Noi siamo in uno di quei momenti in cui gli uomini debbono decidere, debbono inventarsi istituzioni nuove per questa nostra Europa.

PRESIDENTE RAU - L'Unione Europea ha iniziato con sei paesi membri e nei cinque decenni successivi ne ha accettati altri nove, a piccoli passi – una volta uno, una volta due – e ora si trova di fronte al compito di accogliere, presumibilmente, circa dieci nuovi paesi membri; è una situazione che finora non è mai esistita, alla quale però non esistono alternative. E il fatto che non vi siano alternative è il risultato di un caso fortunato della nostra storia, determinato dal crollo economico di un blocco ideologico e dalla sua crisi politica: ciò è quanto avvenne nel 1989-90. Per questo la sfida che attende la nuova Unione Europea è così gigantesca. Ogni visitatore dei paesi candidati che viene da me, parla della situazione delle trattative, chiede come io valuti le sue *chances* e le sue prospettive, se so qualcosa di più preciso da Bruxelles e spera di ricevere un segnale positivo. Noi che siamo già nell'Unione Europea ci rendiamo poco conto che non sono solo i dieci paesi candidati che devono dimostrarsi pronti ad aderire, ma che anche l'Unione Europea deve essere capace di

accoglierli. Questo significa che quel *porto* di cui ha parlato il Presidente Ciampi – cioè le istituzioni europee – debba avere sufficienti punti di approdo, solide ancore, spazio per lo scambio di merci.

Per questo credo che due compiti debbano essere assolti: il primo – da parte degli stati candidati – è quello di rendersi pronti per l'adesione, l'altro – da parte dell'Unione Europea – è di rendersi capace di accoglierli. È risaputo, per esperienza, che, nel periodo precedente all'adesione, vi sia un aumento di tensione da entrambe le parti. Lo abbiamo sperimentato nel caso della Spagna e del Portogallo e di nuovo in quello della Grecia: la preoccupazione per i nuovi che si aggiungono – “vengono a turbare le nostre economie” – è equivalente ai timori dei paesi ammessi – “entriamo in un sistema per il quale non siamo ancora attrezzati”. Questo è un passaggio normale prima della ammissione.

Ciò di cui a mio avviso dobbiamo divenire consapevoli sono le due grandi sfide, che l'Unione Europea deve superare: la prima riguarda il nuovo ordine istituzionale che stiamo tentando di portare avanti con la Convenzione e i suoi risultati, che ci auguriamo buoni; la seconda riguarda la formulazione di una politica unitaria rispetto a molte questioni.

Da tre anni il Presidente Ciampi e io abbiamo costantemente richiamato l'attenzione su queste riforme delle istituzioni e affermato che si deve decidere se sarà una *federazione di Stati* o uno *Stato federale*, un'*Europa federale* o l'*Europa degli Stati nazionali*. Sono decisioni che possono apparire astratte, ma che sono invece sostanziali e devono essere prese prima che divengano venticinque coloro che devono deciderlo. Perciò è importante che i paesi candidati partecipino alla discussione già ora. Questo riguarda il primo aspetto.

Quanto al secondo: quello che ci manca è una politica comune in molti campi. Questo vale in prima linea per la politica estera e la difesa, ma tocca anche altri settori. Quando iniziò la crisi

balcanica e l'Unione Europea mandò tre Ministri a Belgrado, questo non fu un simbolo di molteplicità, ma un segno di litigiosità. Fino ad oggi la politica comune estera e di difesa non c'è o è troppo limitata; chi esamina i documenti, anche sul Medio Oriente, constata che troppo spesso essi sono il risultato di compromessi formali e non di una unità sostanziale. Così vi è naturalmente il pericolo che ogni Stato membro affermi che abbiamo bisogno di una comune politica estera e di sicurezza, immaginando però che essa debba essere identica alla propria; vi è quindi il pericolo che non sia più essenziale la disponibilità al compromesso, ma la finzione che la comunità si identifichi con l'adesione degli altri al proprio punto di vista.

Da ciò deriva un problema che trascende l'Europa ma riguarda in particolare il dibattito sulla identità europea. Voi avete discusso su ciò che costituisce l'Europa. Io appartengo a una generazione che in fondo ha dovuto imparare che Praga, Varsavia, Cracovia e Budapest sono parti dell'Europa. Infatti io sono cresciuto con un'immagine dell'Europa occidentale e ho sentito l'altra parte del continente come lontana e estranea. Ciò non vale più per la generazione dei miei figli o dei nostri nipoti. Ma quale immagine d'Europa hanno coloro che vi arrivano dalla Turchia o dalla Tunisia? Che immagine dell'Europa ha il musulmano ortodosso, che viene nell'Occidente cristiano? Ritieni sia cristianesimo ciò che incontra tra noi? Cosa penserà un giovane tedesco che si rende conto che la prima persona nella quale fede e vita quotidiana coincidono è un musulmano? E che conseguenze avrà tutto ciò in un'Europa che ha vissuto fratture così profonde? E cosa accadrà quando qualcuno giunto in Europa occidentale – dico consapevolmente *occidentale* – ci chiederà come mai sui campanili ci sia il segno matematico più? E non è uno scherzo! Come vogliamo creare l'Europa? Deve essere l'Europa della Riforma protestante e dell'Illuminismo? È così tedesca come sembra, oppure è l'Europa della filosofia classica e del diritto roma-

no? È quella del liberalismo nordico? Come ottenere la giusta miscela tra questi elementi, per indurre l'Europa a sviluppare forza di attrazione invece che seminare confusione?

Queste sono domande che ci poniamo e che mi fanno dedurre che il vero pericolo non sia l'Islam ma il fondamentalismo, non quello islamico, ma ogni tipo di fondamentalismo, anche quello cristiano, anche quello ebraico. Ogni tipo di fondamentalismo è contro il messaggio cristiano, che parla di libertà dell'uomo e riconosce che la libertà rappresenta una forma di vincolo e non di arbitrarietà. Ma come possiamo fare comprendere una simile discussione a persone occupate, per necessità, più con il corso dei cambi che non con l'idea dell'uomo? E come possiamo fare in modo che la realtà non venga determinata attraverso il corso dei cambi, mentre – con discussioni sull'idea dell'uomo – noi creiamo quella pace che permette l'avanzamento di una globalizzazione, che svaluta l'idea di *patria* e compensa questo sradicamento con ulteriori consumi? E come possiamo creare quell'equilibrio tra una Europa che affascina e la consapevolezza di essere a casa – o di poter tornare a casa – per ogni individuo, sia esso giovane o anziano?

Concludo con un mio personale ricordo: quando ero bambino si poteva capire la topografia del globo guardando il mappamondo; il primo uomo di colore che ho visto è stata la statuetta dove si introducevano soldi per le missioni e che annuiva riconoscente. Oggi abbiamo le religioni del mondo non più sparse per il globo, ma fianco a fianco nella stessa via; nella stessa strada vivono uomini di varie religioni e di nessun credo. Ciò cambia la nostra percezione e – si spera – anche il nostro modo di agire, e io mi auguro che ciò ci renda più liberi, imparziali e al tempo stesso più riflessivi.

FAGIOLO - Desidero ringraziare il Presidente Rau e il Presidente Ciampi per questi interventi ricchi di contenuti, di indicazioni

sulle sfide che ci attendono ed anche – debbo dire – di personale esperienza e di passione, una lucida passione per l'Europa. A questo punto suggerirei di riprendere la discussione che questa mattina era iniziata affrontando il tema della politica del governo italiano, in particolare della sua politica europea, dando la parola a Fabrizio Saccomanni.

SACCOMANNI - Prima dell'arrivo dei Presidenti, stavo cercando di rispondere alla domanda posta dai colleghi tedeschi su come mai fosse stato eletto in Italia un governo di destra e spiegavo come la strategia scelta per l'ottenimento dei parametri di Maastricht, adottata allora dal governo italiano, avesse comportato un rallentamento della crescita, evidentemente decisivo nelle scelte elettorali degli italiani ai quali invece – sull'altro piatto della bilancia – veniva offerta una prospettiva di sviluppo attraverso il tradizionale modello liberista, fatto di riduzione delle imposte, di riforme strutturali, di riduzione dei vincoli e degli ostacoli all'investimento e all'iniziativa privata. Ecco, secondo me, le ragioni fondamentali per le quali, dopo aver raggiunto l'obiettivo a cui gli italiani – credo in grandissima maggioranza – avevano guardato con grande entusiasmo, ovvero l'Unione Monetaria Europea, si è giunti alla richiesta di trasformare questo traguardo in uno nuovo stimolo di crescita economica. Gli Anni Novanta, per svariati motivi, sono stati il decennio di crescita più bassa dell'economia italiana, forse dell'intero secolo; questo naturalmente ha cause differenti, ad iniziare dallo *choc* della riunificazione tedesca e dal suo costo, un felice costo, che tutti abbiamo pagato molto volentieri, ma pur sempre un costo per la crescita delle economie europee. Al di là delle polemiche sulle ragioni più espressamente politiche, sulle quali io non mi pronuncio, trovo siano state importanti cause economiche a determinare il cambiamento di opinione degli italiani. Il dibattito, come si vede anche in questi giorni, è però ancora molto aperto, e io credo che

esista una grande percentuale di italiani decisa a mantenere le conquiste di carattere sociale ottenute in passato, che sono i fondamenti dello Stato sociale. Quindi i risultati delle ultime elezioni in Italia pongono problemi più complessi, che non possono essere esclusivamente ridotti ad una questione di influenza mediatica.

KOHL - Per quale motivo è stato eletto questo governo? Userei con cautela il termine *strano governo*, riferito all'esecutivo Berlusconi. Questa elezione direi che non può dipendere da fattori esterni – come Maastricht e l'euro – quanto piuttosto da fattori interni all'Italia. Prima di Berlusconi si è assistito ad una forte dinamica di rinnovamento; il governo di Romano Prodi fu un tentativo molto impegnativo di modernizzazione che finì in rissa. In seguito i cittadini hanno optato per un ulteriore tentativo di modernizzazione – offerto da Berlusconi – completamente diverso dal primo e per questo osservato con qualche preoccupazione dal resto d'Europa. Io non appartengo a coloro che sin dall'inizio hanno considerato Berlusconi una minaccia; ma dopo quasi un anno di governo possiamo osservare una serie di elementi che mi inducono a riflettere sui termini di questa cosiddetta anomalia. Abbiamo a che fare con un governo, che sin dalla sua nascita ha iniziato a minare le istituzioni dello Stato di diritto; negli ultimi mesi mi hanno lasciato perplessa i violenti attacchi contro la magistratura, che invece dovrebbe costituire una parte essenziale di questo Stato costituendone il fondamento base. Il secondo punto, per noi tedeschi sicuramente fondamentale, è la questione del conflitto d'interessi. Non parlerei di una *dittatura dei media* e ne ritengo del tutto sbagliata la demonizzazione; tuttavia si tratta di una questione di principio, quando abbiamo a che fare con un capo di governo che al contempo è proprietario di tali e tante imprese nel settore delle comunicazioni, da accentrare un così grande potere mediatico. Credo perciò che non sia oggi tanto

importante considerare se un servizio giornalistico sia più o meno favorevole, o se i collaboratori di Mediaset abbiano scioperato o meno, quanto piuttosto non perdere di vista la domanda principale: si può tollerare una organizzazione senza norme del governo e delle istituzioni più importanti di questo paese?

Il terzo punto è questo: non ho mai visto prima – e questo si verifica particolarmente negli ultimi mesi e nelle ultime settimane – che un governo dichiararsi così spesso di essere stato eletto democraticamente. Ciò viene sottolineato in quasi ogni discorso, ad ogni convegno di partito, ed è evidente quanto siano importanti per questo governo i sondaggi demoscopici. È vero che ciò è importante per ogni governo – anche in Germania si sta verificando una tendenza simile; tuttavia il problema consiste nel fatto che questa attenzione al sondaggio produce una forma di populismo, la quale sta influenzando le istituzioni europee e le loro decisioni, privilegiando maggiormente scelte che producono un consenso facile e immediato.

DIAMANTI - Il discorso, che finora aveva considerato i problemi dell'Unione Europea e del suo allargamento, si è spostato verso le questioni interne all'Europa, per trovarci a discutere sulla questione italiana, con la consapevolezza però – almeno per quel che mi riguarda – di doverci confrontare con gli interventi di alto profilo dei due Presidenti, che ci riconducono ad ambiti più generali e relativi all'opinione pubblica europea. Quindi cercherò di non sottrarmi al primo quesito e di collegarlo, molto brevemente, alla seconda questione. Il primo quesito è perché sia stato eletto Berlusconi, perché l'Italia abbia scelto questo governo, se questo governo costituisca un problema per l'Italia e per l'Europa; il secondo è se esista una opinione pubblica condizionabile al punto da divenire un problema per l'Italia e per l'Europa.

Sulla prima questione, vorrei semplicemente sottolineare che Berlusconi ha vinto perché la coalizione che egli guida ha vinto:

questa è la prima risposta al quesito e non è tanto banale come sembra, poiché implica una successiva considerazione: Berlusconi ha vinto le elezioni, quindi gli italiani sono tutti *berlusconizzati*, di conseguenza questo è un paese condizionabile. Esiste anche la questione del conflitto di interessi, in relazione ai *media*: in questo caso *in media non stat virtus*. Berlusconi e la sua coalizione hanno vinto con l'1% in più rispetto al centro sinistra, 350 mila voti, circa il 5% in meno rispetto a cinque anni prima, mentre le forze di centro sinistra avrebbero potuto tranquillamente rendere quanto meno problematica l'esistenza del governo Berlusconi, se solo avessero formato la stessa alleanza delle precedenti elezioni. In secondo luogo occorre considerare il ruolo dei *media* – anche se io non credo che abbiano l'influenza che loro si attribuisce; penso sia una superstizione, di cui si servono sia Berlusconi, sia il suo governo. La mia idea è che una delle ragioni della vittoria di Berlusconi sia di aver convinto gli avversari, l'altra coalizione, di aver vinto già con un anno di anticipo, costringendoli a recitare il ruolo degli sconfitti – una sconfitta annunciata – accentuandone così le divisioni, scegliendo un candidato che tanto avrebbe dovuto comunque perdere, accettando il confronto sul piano meramente mediatico. Oggi, a distanza di un anno, i problemi sollevati, come il conflitto di interessi, persistono; tuttavia questo è anche un paese nel quale da tre mesi, più o meno ogni giorno, si tiene una manifestazione pubblica; è anche un paese in cui il 70% o quasi dei lavoratori ha scioperato e in cui, nonostante quello che sostiene il Presidente del Consiglio, è avvertibile un declino di popolarità del governo in tutti i sondaggi, sia dal punto di vista della fiducia personale, che dal punto di vista degli orientamenti elettorali. Questo è un paese, si dice, *anomalo*. Lo è sempre stato, per noi e per gli altri; primo, perché ha avuto il più grande partito comunista europeo, poi perché ha avuto un partito democristiano all'inizio pressoché confessionale, poi perché ha avuto la Lega Nord, poi perché ha

avuto Berlusconi. Si vede che la nostra anomalia è l'anormalità (o normalità – difficile da capire). Io sono convinto che l'opinione pubblica – e lo dimostra il fatto stesso che questo sia un governo che porge molta attenzione all'opinione pubblica – sia una risorsa democratica e sia anche una forma di controllo reciproco su scala europea: non ho mai sentito parlare così tanto di Italia e di questione nazionale, a livello europeo, come in questo periodo. Questo è un meccanismo di controllo reciproco tra noi e gli altri paesi: noi sentiamo quotidianamente ciò che dicono i *media* degli altri paesi, i *media* degli altri paesi tengono sotto controllo ciò che avviene in Italia. È una garanzia di democrazia reciproca. Ieri si parlava di identità europea: esiste un'opinione pubblica europea? Sì, esiste: si comincia a parlare di democrazia europea, di questioni che riguardano la democrazia europea; questa è senza dubbio una risorsa.

La seconda questione: vorrei che fosse chiaro, quando si parla del rapporto tra Italia e Europa, che se c'è un vincolo a cui qualsiasi governo italiano, qualsiasi forza politica italiana, deve attenersi - nonostante possa avere opinioni diverse – è quello dell'europeismo assolutamente diffuso negli italiani. Questo è un governo che esprime – ed in tempi di bipolarismo, nel nostro bipolarismo elettorale, che non è ancora bipolarismo politico, stanno assieme molte anime – diverse componenti populiste ed euro-scettiche. Questo non avviene solamente all'interno di uno schieramento: esiste infatti un euro-scetticismo trasversale. Però non bisogna confondere l'orientamento e l'atteggiamento dei governi e delle forze politiche con quello degli italiani. Tutte le indagini di Eurobarometro e quelle che io stesso conduco – ne ho condotta una su otto paesi europei, non più tardi di due mesi fa – segnalano che, in particolar modo dopo l'autunno, è cresciuto l'orientamento euro-entusiasta, euro-convinto, un po' in tutti i paesi ma soprattutto in Italia, ove è più alta la soddisfazione in prospettiva dell'integrazione europea. L'Italia è diventata perfino

dopo due anni di bassa convinzione il paese dove è più alta l'aspettativa nei confronti dell'allargamento. L'84% degli italiani è convinto dell'utilità della Costituzione europea; il 50% è favorevole all'aumento del potere dell'Unione Europea in materia di esercito, il 70% in materia di giustizia, il 60% in materia di politica estera, il 66% in materia di immigrazione. Non c'è governo che possa agire in contrasto con questi dati, ed è per questo che, al limite, il vero problema dell'esecutivo del nostro paese è di non utilizzare questo elemento come risorsa, facendo apparire a momenti, ingiustamente, questa nazione come un paese *euro-poco-convinto*, quando in realtà la principale risorsa che ha questo paese è un'opinione pubblica assolutamente euro-convinta. Giustamente Gian Enrico Rusconi diceva che bisogna fare attenzione all'identità di ciascun paese, e al modo in cui esso concepisca l'Europa: il motivo per cui gli italiani sono euro-entusiasti o euro-convinti è perché hanno sempre visto e concepito – sin dall'inizio – l'Europa come una necessità. La principale differenza fra gli italiani e gli altri paesi è la loro sfiducia nello Stato, la sfiducia nelle proprie istituzioni: per cui hanno sempre visto l'Europa come un completamento, come una risorsa: siamo italiani ed europei perché altrimenti non ci fideremmo troppo di essere italiani. Siamo orgogliosi di essere italiani, ma non crediamo completamente nelle nostre capacità di governo, di regolazione, di gestione. Per noi è una necessità: è diverso l'atteggiamento degli italiani nei confronti dell'Europa rispetto, per esempio, a quello che esprimono gli spagnoli. Gli spagnoli nell'arco di due anni hanno fatto registrare un atteggiamento di grande entusiasmo, seguito da una forte caduta. In vista di cosa? In vista dell'allargamento, dal momento che l'approccio degli spagnoli nei confronti dell'Europa è fortemente condizionato dall'interesse, dall'uso accorto che essi hanno fatto dei fondi strutturali per il proprio rilancio economico. Oggi che l'allargamento dell'Europa pone problemi sono meno euro-entusiasti. In Italia no: in Italia l'Europa

è comunque un obiettivo assolutamente implicito all'interno anche della propria strategia, della propria identità nazionale. Per questo al di là di tutto io credo sia giusto discutere sui problemi che l'Italia pone e ha posto attraverso i suoi governi, senza dimenticare che in primo luogo si tratta di un paese assolutamente pluralista, un paese dove milioni di persone possono scendere in piazza, possono protestare e lo faranno in ogni momento in cui dovessero vedere qualche minaccia alla propria democrazia; questo è loro concesso, non ci sono state violenze o impedimenti sotto questo punto di vista. In secondo luogo esiste un'opinione pubblica europea e un'opinione pubblica italiana che è europea. In terzo luogo: gli italiani sono davvero convinti che l'Europa sia una risorsa. Senza l'Europa l'Italia stenta a percepirsi come tale e sicura: questa è la nostra garanzia, questo è il vincolo di ogni governo, e questo, al limite – ed è l'unico rimpianto che abbiamo – lo facciamo pesare molto poco a livello del negoziato europeo.

VENTURINI - Volevo ricordare a chi si preoccupa del governo italiano e delle conseguenze negative che, secondo alcuni, può avere – e in questo sono pienamente d'accordo con quanto diceva Diamanti – che tutte le ricerche condotte dai *media*, dagli stessi *media* italiani, per capire quanto essi siano importanti, hanno dimostrato sistematicamente che la loro influenza sugli elettori è tra il ridottissimo e il ridotto. Lo dico contro il mio stesso interesse: purtroppo gli italiani votano con la loro testa e questa volta hanno votato chiaramente per una voglia di cambiamento, per una voglia di fare un tentativo di diverso tipo, come è accaduto in tanti paesi. Ricordo che, ad esempio ai tempi in cui un leader socialista, Bettino Craxi, aveva un forte controllo del paese, gli italiani non gli hanno mai concesso più del 14% dei voti. Per cui cerchiamo di avere fiducia nell'individualismo degli italiani, che è una delle caratteristiche tipiche del paese: non darei

certo per scontato quale sarà il loro prossimo voto. Ma venendo ai temi più generali dell'Europa, mi ha fatto molto piacere sentire questa mattina, dal Presidente Ciampi, una considerazione in linea con quanto cercavo di sostenere ieri, e cioè: tutta la flotta non riusciremo a farla entrare in porto, fondamentale è che entri qualche nave, qualche nave importante, possibilmente qualche nave con capacità trainante nei confronti degli altri. Certo il porto deve rimanere aperto, ma se non si comincia col farvi entrare le navi più grandi ci troveremo davanti all'impossibilità di far entrare tutta la flotta. La presenza del mio amico ambasciatore Neuhart, con il quale abbiamo condiviso una stagione moscovita, mi fa ricordare un detto del Premio Nobel Andreij Sacharov, il quale, forse prima dell'invenzione di buoni freni, diceva: un carro che sta fermo troppo a lungo in salita finisce con il retrocedere. L'Europa è, a mio avviso, esattamente a questo punto: non c'è dubbio che l'allargamento sia la salita, e se davanti all'allargamento noi rimaniamo fermi – secondo gli antichi criteri di un'azione sempre totalmente unanime – proprio questi criteri rischiano ora di rivelarsi inadeguati.

Su questo voglio dire due parole in risposta anche al primo tema, quello del governo: due parole sull'europeismo italiano. È vero, come diceva prima Diamanti, che le statistiche indicano un forte impegno europeista degli italiani, così forte che si è detto tante volte che in Italia – per la grandissima maggioranza – essere europeisti è un po' come essere cattolici: ci si nasce. Ma questo non è necessariamente un fatto positivo, gli italiani sono stati troppo a lungo automaticamente europeisti e troppo a lungo non si sono posti affatto il problema di che cosa volesse dire essere europeisti, di che cosa ciò comportasse. Mentre in Germania, in Francia, soprattutto in Gran Bretagna, v'era un vivacissimo dibattito sull'Europa, in Italia no. L'Europa è diventata materia di dibattito in Italia con l'euro, con la rincorsa all'euro che l'Italia ha fatto; forse si penserà che la presenza del Presidente della Re-



pubblica mi possa condizionare, ma non è così. Storicamente furono due uomini – l'allora Ministro del Tesoro, oggi Presidente della Repubblica e l'allora Presidente del Consiglio, oggi Presidente della Commissione Europea – a trainare l'Italia verso l'euro, praticamente in un anno, e gli italiani capirono e pagarono. Quella fu la scoperta dell'uropeismo vero da parte degli italiani; prima erano federalisti per dogma ed europeisti per nascita. Il trattato di Maastricht fu approvato in Italia in un'aula parlamentare semi-vuota, mentre tumulti, referendum e dimostrazioni di piazza turbavano tutto il resto d'Europa. Questo europeismo italiano porta a un paio di riflessioni; in primo luogo non ci dobbiamo stupire se all'improvviso l'Italia, da sempre così buona e docile, oggi si presenta in maniera diversa. La prima dimostrazione di questa nuova linea si è manifestata sull'*authority* alimentare; non è stata molto fortunata, si è parlato di prosciutto, si trattava di Parma e di Helsinki, forse sarebbe stato meglio scegliere un terreno più alto, ma resta un segnale politico: l'Italia ha un europeismo oggi più maturo, che si esprime anche attraverso il presentare delle richieste, il non essere più lì per dogma, ma per consapevolezza. Tale europeismo si scontrerà, come tutti gli europeismi, con quello tedesco e con quello degli altri paesi, nell'ottica di una necessaria riflessione di fronte all'allargamento.

WINKLER - I due Presidenti hanno qui sottolineato l'importanza di una comune politica estera e della sicurezza in Europa. Lei, Presidente Rau, nel Suo discorso in Campidoglio ha accennato all'idea che un primo passo verso l'unificazione dei processi decisionali nel campo della politica estera e della sicurezza potrebbe consistere nell'avvicinamento – se non nell'unificazione – della funzione di incaricato della politica estera e della sicurezza e di commissario degli affari esteri. In Germania questa idea trova un largo consenso, e durante l'ultimo incontro anglo-tedesco a Königswinter si è iniziato a discutere di questa proposta anche

con il governo britannico. La mia domanda è questa: potrebbe tale iniziativa diventare una proposta comune italo-tedesca in modo da permettere all'Europa di parlare con una sola voce, fino a che non si completi l'unificazione della politica estera e della sicurezza all'interno dell'Unione e della Commissione Europea?

PRESIDENTE CIAMPI - Lascio la risposta all'ultima domanda all'amico Rau, mentre proverò a rispondere alle precedenti questioni, poiché quando si è abituati da una vita a partecipare a discussioni e convegni come questo, ci si trova necessariamente coinvolti su tutto, indipendentemente dalla funzione istituzionale che al momento si riveste.

Vorrei in primo luogo ricordare questo: quando ci trovammo, noi italiani, come ha ricordato ora Venturini, impegnati nella campagna non solo perché venisse fatto l'euro, ma perché l'euro fosse un euro largo, cioè che riguardasse non solamente pochi stati, ma il più ampio numero di nazioni dell'Unione Europea, l'Italia, per la propria partecipazione, si trovò di fronte a due obiezioni principali, oltre al rispetto statistico dei requisiti di Maastricht. La prima fu: voi non avete la cultura della stabilità, intendendo in primo luogo la stabilità economica e monetaria. L'Italia era considerata il paese dell'inflazione, degli squilibri e del disavanzo pubblico: e purtroppo non senza motivo perché in anni non lontani siamo arrivati ad avere disavanzi dell'11% del PIL.

La prima battaglia che allora combattemmo fu quella non solo di fare in modo di rientrare nei parametri di Maastricht ma di convincere che veramente la cultura della stabilità economica era accettata e condivisa da tutti gli italiani; fu l'effetto di una lunga azione cominciata quando venne affrontato il meccanismo della scala mobile, poi con l'abolizione di tutte le indicizzazioni. Una volta anche convinti i miei interlocutori, soprattutto tedeschi (sono a tutti noti, si chiamavano Waigel, si chiamavano Tietmeyer, e li ricordo entrambi con sentimenti di stima e amicizia)

che veramente la cultura della stabilità economica era stata fatta propria dagli italiani, fu avanzata una seconda obiezione: voi non avete una stabilità di governo politico! Ogni anno cambiate governo. Ed era vero, perché dal '92 in poi ogni anno l'Italia aveva avuto un governo diverso: nel '92 fu Presidente del Consiglio Amato, poi il sottoscritto, poi Berlusconi, poi Dini, ogni anno si cambiava. Risposi - eravamo nella primavera del 1998 - ricordando che il governo Prodi era in carica dal 1996, ricordando come l'Italia per avere una maggiore stabilità di governo aveva ritenuto di passare, con decisione quasi unanime di tutte le forze politiche, dal sistema elettorale proporzionale (che era considerato la causa della brevità dei governi e dell'instabilità) a un sistema elettorale maggioritario. Invero, quel sistema, con l'elezione del '96, portò alla vittoria il centro-sinistra, il quale di fatto ha governato, seppur attraverso alcune vicende interne che hanno portato a tre governi, con la stessa maggioranza per tutta la legislatura di cinque anni. Nel 2001 ci sono state nuove elezioni, e ha vinto il centro-destra. È nella logica del maggioritario che chi vince le elezioni abbia il diritto/dovere di governare; starà poi agli elettori - oltre naturalmente a tutti i passaggi della vita parlamentare che permettono il confronto continuo - di giudicare dell'operato della nuova maggioranza. Questa la situazione dal punto di vista istituzionale in Italia.

Dal punto di vista poi che più direttamente interessa questo dibattito, cioè la politica europea dell'Italia, mi sembra che vi sia una continuità della linea europeista, che è largamente condivisa dalla forze parlamentari, nella passata e nella presente legislatura. Non a caso la posizione italiana al Consiglio Europeo di Laeken è stata del tutto ortodossa, nello spirito di quella che è sempre stata la linea europeista italiana, di cui per altro personalmente mi preoccupo e per la quale ho continui contatti con il governo. Posso assicurare che le intenzioni di questo governo sono quelle di continuare questa politica.

In ultima istanza credo che emerga da questo incontro quanto l'Europa, con il suo crescente livello di integrazione tra i paesi, sia la massima garante di ogni nazione nei confronti delle altre e di tutte nei confronti di ciascuna. E quindi è tanto più importante che si avanzi nell'integrazione europea, non solo per i motivi che abbiamo già illustrato e sui quali siamo pienamente d'accordo con il Presidente Rau, ma anche proprio per i motivi che riguardano il rispetto delle fondamentali regole della democrazia nell'intera Europa. Quanto più noi andremo avanti nella messa in comune (io non parlo mai di rinuncia, ma di messa in comune) di sovranità e di funzioni in sempre più numerosi aspetti della nostra vita politica istituzionale, tanto meglio sarà non solo perché si affermi un'Unione Europa con una sola voce, ma perché tutti i Paesi che sono membri dell'Unione Europea mantengano una piena aderenza ai principi che saranno sanciti in quella Costituzione, che in questa sala vogliamo, a cominciare dal Presidente Rau e dal sottoscritto.

PRESIDENTE RAU - In merito alla domanda posta da Heinrich August Winkler mi era sembrato di non dovermi spingere oltre quanto detto per evidenti motivi politici e istituzionali.

Credo che l'attuale suddivisione delle competenze di politica estera e di difesa, ripartita in quattro ruoli - il commissario per l'allargamento, il Presidente della commissione e i due responsabili di sicurezza e politica estera - nel tempo possa rivelarsi inadeguata per la stessa commissione. Bisogna quindi trovare altre vie. Io penso ad esempio al confronto di questa situazione con quello che avviene in Germania riguardo alla politica estera, europea e per lo sviluppo o, se volete, anche nei confronti del commercio estero. Credo quindi che in questi ambiti sarebbero auspicabili strutture più chiare, che si potranno tuttavia realizzare solo dopo la Conferenza e non prima.

ANNUNZIATA - Mi dispiace di dover ritornare a temi precedentemente discussi; ritengo infatti che la discussione sul governo italiano non sia una deviazione rispetto alle questioni europee, ma piuttosto che vada ad inserirsi in uno degli ambiti forse meno indagati nel dibattito sulla futura costituzione: la carta dei valori europei. Non voglio entrare nel merito della questione del governo italiano, pur essendo d'accordo con molte delle critiche espresse in questa sala; tuttavia devo constatare che frasi come *la democrazia europea dovrà sorvegliare, in qualche modo, sull'unitarietà della democrazia europea*, mi lasciano molto perplessa. Vi riporto alla memoria la questione Haider: in prima persona fui molto critica, ma anche assai preoccupata per quel bisogno di *interventismo europeo* che andava manifestandosi. L'esigenza della carta dei valori è stata relegata in secondo piano, poiché qui tutti diamo per scontato il nostro essere europei, il nostro accordo di fondo; ma altre questioni importanti premono. Se noi non risolviamo il problema dei rapporti politici istituzionali tra governi, dovremo affrontare l'annosa questione, seria e istituzionale, di chi controlla il controllore. Per semplificare, chi decide che Haider debba essere messo sotto sanzioni ed altri no? Uso l'esempio di Haider, perché è un caso particolarmente delicato che l'Europa poi si è affrettata a dimenticare. Ecco perché la questione dei valori è fondamentale e diventa fondamentale anche nell'ambito dell'allargamento: noi, democraticamente – come diceva giustamente Heinrich August Winkler – diciamo che devono diventare democratici gli altri; ma – aggiungo io – chi deve essere il controllore della democraticità?

KRAMER - Poiché io stesso ho posto la questione, che poi ci ha portato ad un vivace ed interessante dibattito, vorrei provare a trarne qualche conclusione. Innanzi tutto devo constatare, sia grazie alle rassicurazioni del Presidente Ciampi, sia grazie ai vari interventi da parte dei colleghi italiani, che lo spirito europeo

continua ad essere fortemente radicato in Italia. Questo mi tranquillizza. Trovo inoltre molto interessante l'opinione di Diamanti – cioè l'idea che il concetto di anomalia sia connotato all'idea stessa di Italia; essa deve indurci a riflettere se il governo Berlusconi vada considerato una eccezione oppure il segnale di una nuova prospettiva. Anche l'opinione espressa da Saccomanni e da altri mi ha indotto a considerare come gli aspetti economici abbiano contribuito alla trasformazione del panorama politico italiano, fatto che dal punto di vista tedesco non era stato pienamente compreso. In terzo luogo credo sia però eufemistico minimizzare l'influenza dei *media*; mi sembra quindi che la domanda da me posta – cioè se la concentrazione di potere politico e mediatico, in un'epoca in cui proprio il potere dei media appare dominante, debba essere considerata come avvisaglia di un profondo cambiamento - non sia stata ancora esaurientemente discussa e necessiti di ulteriori riflessioni.

FAGIOLO - A questo punto credo di poter interpretare il desiderio di tutti di giungere ad una conclusione. Non cercherò di riassumere la ricchezza di questo dibattito, né le parole autorevoli dei due Presidenti. Mi pare però che emerga una comune volontà – in Italia e in Germania – di un'Europa forte, di un'Europa capace di rispondere alla sfida gigantesca dell'allargamento, come ha detto il Presidente Rau, di un'Europa che sappia darsi le istituzioni giuste, come ha ricordato il Presidente Ciampi citando una frase di Cuoco. Ecco, io vorrei aggiungere una citazione ancora più antica, di Aristotele, che diceva: “bisogna esser gestiti dalle istituzioni e non dagli uomini”; sembra quasi una frase di Monnet. Questo convegno si conclude così con una certezza: la certezza che Italia e Germania possano continuare a lavorare insieme in vista di importanti scadenze temporali. Vorrei quindi chiudere con un ringraziamento ai due Presidenti per la autorevolezza che con la loro presenza hanno voluto conferire a questo nostro

incontro; a Villa Vigoni per averlo organizzato in modo inappuntabile; a tutti i partecipanti per aver contribuito con le loro idee e con le loro riflessioni a un dibattito più generale che sarà certamente utile nelle prossime settimane e nei prossimi mesi – di fronte alla necessità di una nuova riforma dell'Unione Europea prima della scadenza del 2004 e del rinnovo del Parlamento Europeo.

*PERSPEKTIVEN NACH DER EINFÜHRUNG DES EURO*

*Vorträge zur Einführung in die zweite Sektion*

*LE PROSPETTIVE APERTE DALL'ATTUAZIONE DELL'EURO*

*Relazioni introduttive alla seconda sessione*

## DIE INTEGRATION DER FINANZSYSTEME IN EUROPA

Ich will mich nicht damit aufhalten darzulegen, wie wichtig die erfolgreiche Einführung des Euro als Münzen und Banknoten in allen unseren Ländern gewesen ist. Vielmehr will ich ohne jede Polemik ein Problem hervorheben, das sich mit der Schaffung der Einheitswährung ergeben hat und für das wir eine Lösung finden müssen.

Die Einführung der einheitlichen Währung hat zwei Problemfelder geschaffen: Das eine betrifft die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, um, wie es heißt, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank auszubalancieren. Daher ist eine Euro-Gruppe gebildet worden, die darüber berät, wie die Lenkung der Wirtschaft an der Seite der Lenkung der Währung verwirklicht werden könnte. Ich will dieses Thema nicht vertiefen, denn ich gebe zu: Jedes Mal, wenn ich erlebe, dass über dieses Thema gesprochen wird, wird mir klar, dass viele Politiker unter *Lenkung der Wirtschaft* eine Art *Mitbestimmung* bei der Leitung der Geldpolitik verstehen, was meines Erachtens jedoch untauglich ist.

Das zweite Problemfeld hängt mit dem Gebiet der Strukturreformen zusammen: Wie wird Europa konkurrenzfähiger? Wie las-

sen sich die Märkte flexibler und freier gestalten? Denn mir scheint, dass es bei der Lenkung der europäischen Wirtschaft viel Raum für eine bessere Koordinierung und für gemeinsame Aktionen der Institutionen gibt. Das Thema, zu dem ich hier sprechen will, gehört zu dieser zweiten Kategorie: Es geht um die Integration der Finanzmärkte. Seit dem 1. Januar 1999 ist der Euro die gemeinsame Währung aller Märkte: Finanzmärkte, Geld- und Währungsmärkte, Obligationen- und Aktienmärkte. Dennoch muss man zugeben, wenn man die Expertenberichte darüber liest, dass es in Europa keinen einheitlichen Finanzmarkt gibt, und paradoxerweise hat gerade die gemeinsame Währung nicht nur die wirtschaftlichen, finanziellen und internationalen Aktivitäten innerhalb der Union angekurbelt, sondern auch die bestehenden Barrieren, Hindernisse, Kosten und Fragmentierungen in den Finanzmärkten deutlich gemacht. Nunmehr geht es also darum, einen voll integrierten Finanzmarkt in Europa zu schaffen.

Zuerst sei aber festgehalten, dass wichtige Schritte bereits unternommen worden sind. Wir haben mittlerweile einen einzigen Geldmarkt, der vollständig vereinheitlicht ist und auf dem die kurzfristigen Zinsen in Deutschland, Italien, Griechenland und Finnland dieselben sind. Davon konnte man durchaus nicht *per se* ausgehen. Auch wir im europäischen System der Zentralbanken fürchteten, dass es auf dem Geldmarkt unterschiedliche Zinssätze geben könnte. Das war also ein erster wichtiger Schritt.

Wir haben auch – erfolgreich, wie ich glaube – einen großen internationalen Anleihemarkt in Euro geschaffen, der heute dasselbe Niveau hat wie die Anleihen in Dollar. Das ist ein Markt, der erstmalig auch für private Emittenten zugänglich ist. In Europa waren bis dahin die großen Emittenten von Anleihen die Regierungen, der Staat, der Bund. Hier hat sich nun ein Sektor für die Privaten aufgetan. Dennoch gibt es nach wie vor eine Reihe von juristischen, betragsmäßigen und technischen Hindernissen, die zu höheren Kosten für grenzüberschreitende Transaktionen

führt. Das heißt: Geld von Italien nach Deutschland zu transferieren, kostet immer noch mehr als von Rom nach Mailand. Auf jeden Fall kostet es mehr als im Vergleich mit den Vereinigten Staaten. Und das wiederum schlägt sich nieder in höheren Finanzierungskosten. Dabei meine ich natürlich vor allem das Risikokapital, aber auch die langfristigen Anleihen. Dies bedeutet niedrigere Renditen für Sparer und Investoren, und letztlich beeinflussen diese Kosten die Produktivität, das Wachstum und folglich auch die Fähigkeit der europäischen Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen.

Dieses Problem wurde über die Verabschiedung verschiedener Pläne und Richtlinien auf europäischer Ebene bereits angegangen. Als grundlegend für die Schaffung des einheitlichen Finanzmarktes hat sich der Finanzaktionsplan von 1999 erwiesen, der gleichzeitig mit der Einheitswährung herauskam. Der Plan umfasst 42 Richtlinien die eine Reihe wichtiger Sektoren betreffen. Ziel ist: die volle Integration des Marktes für institutionelle Anleger, die Schaffung offener und sicherer Märkte für Privatanleger (die für Verbraucher und nicht für große Finanzoperatoren gedacht sind) sowie die Verbesserung der Effizienz in den Bereichen Unternehmensverfassung, Besteuerung sowie der prudenziellen Aufsicht.

Diese Themen wurde auf höchster politischer Ebene vom Europäischen Rat in Lissabon im Jahr 2000 gebilligt, aber bereits zu Beginn des Jahres 2001 hat der Rat der Weisen unter Vorsitz von Alexandre Lamfalussy erhebliche Zweifel geäußert, ob dieser Aktionsplan imstande sei, einen echten europäischen Finanzmarkt zu schaffen. Sehr kritisch hat Lamfalussy das europäische Regelwerk als *kafkaesk und von einmaliger Vieldeutigkeit* bezeichnet, da es den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen bleibe, wie die Umsetzung in nationales Recht erfolgen solle. Es sei daher ein Instrument, um die jeweiligen nationalen Strukturen am Leben zu erhalten.

Es ging aber trotzdem einen Schritt vorwärts. Die Reformvorschläge des Lamfalussy-Komitees (die in erster Linie prozedurale Aspekte betrafen) wurden im vergangenen März vom Europäischen Rat in Barcelona angenommen. Der Rat hat seinen Willen bekräftigt, die Umsetzung des Finanzaktionsplans sowohl für den Wertpapiermarkt als auch für das Risikokapital auf 2003 vorzuziehen, während er für den gesamten Bereich der Finanzdienstleistungen binnen 2005 umgesetzt werden soll. Als Beweis des guten Willens hat der Europäische Rat den ECOFIN-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister und das Europäische Parlament aufgefordert, binnen 2002 acht grundlegende Direktiven zu verabschieden, die diesen Prozess erheblich beschleunigen sollen. Über dieses Thema hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU, dem ich angehöre, einen Bericht verfasst, der dem informellen ECOFIN-Rat in Oviedo im April 2002 vorgelegt wurde, in dem einige Grundaussagen für die Minister und Zentralbankgouverneure formuliert sind. Die erste besagt, dass die Europäische Union das Potential, das die einheitliche Währung bietet, nicht ausreichend zur Förderung der Finanzmarktintegration nutzt. Die zweite stellt fest, dass die unzulängliche Integration der Finanzmärkte in Europa pro Jahr zu Wachstumseinbußen in Höhe von 0,5% des BIP führt. Dies ist gleichbedeutend mit 43 Milliarden Euro mehr oder weniger an jährlichem Wachstum mit bzw. ohne Integration.

Der dritte Hinweis betrifft die Konsolidierung der Finanzstrukturen, also die Fusionen im Bankenbereich bzw. der Handelsplattformen der Börsen. Dieser Prozess wird vom Markt natürlich gefördert. Aber von selbst führt er nicht zu einer vollständigen Integration der Finanzmärkte. Die Marktkräfte können die Zahl der Akteure verringern und die Verfahren vereinheitlichen, aber sie können die gesetzlichen und steuerlichen Hindernisse nicht beseitigen, die in die Zuständigkeit staatlicher Stellen fallen.

Der vierte Hinweis besagt, dass die Umsetzung des Finanzak-

tionsplans eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung ist. Das heißt, dass die 42 Richtlinien des Finanzaktionsplans, von denen ca. die Hälfte verabschiedet worden ist, nicht allen Anforderungen entsprechen. Es bedarf verstärkter Anstrengungen, um die rechtlichen und steuerlichen Hindernisse auszuräumen. Vor allem ist es erforderlich, darüber zu wachen, dass das Regelwerk in jedem Land korrekt umgesetzt und angewandt wird, denn die Normen sind, wie ich bereits sagte, mehrdeutig, und jedes Land wendet sie so an, dass es irgendeine Form von Protektionismus beibehalten kann.

Letzter Hinweis: Die Vorteile der Integration können nur mittels einer effizienteren Wettbewerbspolitik voll und ganz genutzt werden. Protektionismus ist keine Lösung. Das Problem wird durch eine Wettbewerbspolitik gelöst, die die Entstehung von Monopolen in der Finanzindustrie verhindert (auf den unterschiedlichen operativen Marktebenen lassen sich leider jede Menge Monopole schaffen) und die den Finanzdienstleistern und ihren Kunden freien Zugang zum europäischen Markt verschafft. Dies sind die fünf Punkte, die wir den Ministern vorgelegt haben. Der Presseerklärung im Anschluss an das Treffen von Oviedo entnehmen wir, dass diese Punkte die volle Zustimmung und Unterstützung gefunden haben. Jetzt harren wir der Ereignisse, ohne die zentrale Frage aus dem Blick zu verlieren: die Tatsache nämlich, dass wir das Potential der einheitlichen Währung nicht voll nutzen, so dass dieser Umstand Kosten verursacht, die sich im Bruttoinlandsprodukt niederschlagen und damit letztlich bei den Arbeitsplätzen.

FABRIZIO SACCOMANNI

## L'INTEGRAZIONE FINANZIARIA IN EUROPA

Non vorrei dilungarmi nel riferire quanto importante sia stato il successo avuto dall'introduzione dell'euro come moneta metallica e come banconota in tutti i nostri Paesi; senza intenti polemici, vorrei piuttosto sottolineare un problema che si è aperto con la creazione della moneta unica e che dobbiamo cercare di risolvere in prospettiva futura.

L'introduzione della moneta unica ha aperto due ordini di problemi: il primo è quello del coordinamento delle politiche economiche per bilanciare – si dice – la politica monetaria della Banca Centrale Europea: è stato quindi creato un Eurogruppo per discutere su come realizzare il governo dell'economia accanto al governo della moneta. Non vorrei addentrarmi nella questione, perché devo dire che, ogni qualvolta ho avuto modo di sentire parlare di questo problema, ho capito che per governo dell'economia molti degli uomini politici intendono una sorta di *Mitbestimmung* nella gestione della politica monetaria, che, secondo me, non è proponibile. Il secondo ordine di problemi è invece inerente al campo delle riforme strutturali, e cioè come dare maggiore competitività all'Europa, rendere flessibili e liberalizzare i mercati poiché mi pare, invece, che nella gestione del-



l'economia europea ci sia ampia materia per un maggiore coordinamento e per un'azione congiunta delle istituzioni. L'argomento di cui vorrei parlare oggi rientra in questo secondo ordine di questioni, ed è il problema dell'integrazione finanziaria. Dal 1 gennaio '99 l'euro è la moneta di denominazione di tutti i mercati finanziari, monetari, valutari, obbligazionari e azionari, ma ancora oggi – se si leggono le relazioni degli esperti in materia – si deve riconoscere che in Europa non c'è un mercato finanziario unico e, paradossalmente, la moneta unica, proprio perché ha incrementato l'attività economica, finanziaria e internazionale all'interno dell'Unione, ha messo in luce l'esistenza di barriere, ostacoli, costi e frammentazioni nei mercati finanziari. Oggi quindi occorre affrontare il problema di realizzare una piena integrazione finanziaria.

Voglio dire subito che importanti progressi sono stati fatti. Abbiamo ormai un mercato monetario unico, perfettamente integrato, in cui i tassi a breve sono gli stessi in Germania, in Italia, in Grecia e in Finlandia, cosa che non era per nulla scontata; anche noi, nel sistema europeo di banche centrali, eravamo molto preoccupati dalla possibilità che si creassero tassi di interesse diversi sul mercato monetario. Questa è stata una prima importante realizzazione.

Abbiamo anche creato – credo con successo – un grande mercato internazionale di obbligazioni in euro, che oggi è dello stesso livello delle obbligazioni in dollari; un mercato che per la prima volta si è aperto agli emittenti privati. In Europa, i grossi enti di emissione sul mercato obbligazionario erano i governi, lo Stato, il *Bund*. Ecco, adesso si è aperto un settore per i privati; tuttavia rimane tutta una serie di ostacoli di regolamentazione legale, di scale, di tecnica, che si traduce in maggiori costi per le transazioni transfrontaliere: cioè trasferire denaro dall'Italia alla Germania costa ancora di più che da Roma a Milano; certamente costa di più, in raffronto agli Stati Uniti. E ciò si traduce in maggiori costi di rac-

colta capitale; parlo naturalmente soprattutto del capitale di rischio, ma anche dei prestiti a lungo termine. Ci sono minori rendimenti per i risparmiatori e per gli investitori, e quindi anche i costi, alla fine, incidono sulla produttività, sulla capacità di crescita e, di conseguenza, sulla capacità dell'economia europea di creare posti di lavoro.

Questo problema è già stato affrontato a livello europeo, con conseguenti piani e direttive. Fondamentale per la realizzazione del mercato finanziario integrato si è rivelato il *Financial Services Action Plan* (piano d'azione per i servizi finanziari) nato nel 1999, contemporaneamente alla moneta unica. Il piano comprende 42 direttive, che riguardano tutta una serie di importanti settori con gli obiettivi di:

- creare un mercato finanziario all'ingrosso, che sia veramente unificato;
- creare dei mercati al dettaglio, cioè all'interno dei singoli paesi (quelli a cui poi si rivolge il consumatore, non il grande operatore finanziario) che siano aperti e sicuri;
- creare condizioni di efficienza finanziaria in materia di governo societario, di tassazione e di supervisione prudenziale.

Questi temi sono stati approvati al massimo livello politico dal Consiglio Europeo di Lisbona nel 2000, ma già all'inizio del 2001 il Comitato dei Saggi, presieduto da Alexandre Lamfalussy, ha espresso forti dubbi sulla possibilità che questo piano di azione possa creare un vero mercato finanziario europeo. Con un atteggiamento di forte critica Lamfalussy ha definito la regolamentazione europea *kafkaiana di leggendaria ambiguità*, redatta in maniera tale da poter venir trasposta nelle legislazioni nazionali a buon uso delle scelte di ciascun Paese e quindi strumento per mantenere in vita strutture di orientamento nazionale.

Ma c'è stato un passo avanti. Le proposte di riforma – direi di natura più che altro procedurale – del Comitato Lamfalussy sono state accolte e al Consiglio Europeo di Barcellona del marzo scorso, lo stesso Consiglio ha ribadito il suo impegno per l'attuazione del piano di azione sui servizi finanziari entro il 2003, sia per il mercato dei titoli sia per il capitale di rischio, ed entro il 2005 per l'intero complesso dei servizi finanziari. Come prova di buona volontà, il Consiglio Europeo ha chiesto al Consiglio dei Ministri Economici e al Parlamento Europeo di approvare entro il 2002 otto fondamentali direttive per dare forte impulso a questo processo. Su questa materia il Comitato Economico e Finanziario dell'Unione Europea, di cui io faccio parte, ha preparato un rapporto che è stato presentato al Consiglio Ecofin informale di Oviedo il 12 e il 14 aprile 2002, un rapporto nel quale si formulano indicazioni per ministri e governatori. La prima è che l'Unione Europea non sta utilizzando appieno il potenziale offerto dalla moneta unica per promuovere l'integrazione finanziaria; la seconda è che questa mancata utilizzazione ha un costo che, secondo le stime disponibili, pongono il costo della mancata integrazione finanziaria per l'Europa a 0,5 punti di crescita del PIL all'anno, equivalenti a 43 miliardi di Euro di minor crescita annua, se non abbiamo l'integrazione, o di maggior crescita, se riuscissimo ad averla.

La terza indicazione riguarda il consolidamento delle strutture finanziarie, e cioè le fusioni dei sistemi bancari, delle piattaforme operative, delle Borse. È un processo che naturalmente viene stimolato dal mercato, ma che non porta di per sé alla piena integrazione finanziaria; le forze di mercato possono ridurre il numero degli operatori e uniformare procedure operative, ma non possono rimuovere gli ostacoli legali, fiscali, che sono invece di competenza delle autorità.

Quarta indicazione. L'attuazione del piano sui servizi finanziari è una condizione necessaria, ma non sufficiente; cioè le 42 di-

rettive del piano, che sono state approvate per circa la metà, non rispondono a tutte le esigenze. Occorre intensificare l'azione per rimuovere gli ostacoli di natura legale, regolamentare e fiscale; occorre soprattutto vigilare sulla coerente attuazione e applicazione della regolamentazione in ciascun Paese, poiché – e mi rifaccio ha quanto già detto in precedenza – se le norme sono ambigue, ciascun Paese le applica nel modo che gli consente di mantenere qualche forma di protezionismo.

Ultima indicazione: i vantaggi dell'integrazione potranno essere goduti appieno soltanto attraverso una più efficace politica della concorrenza. Il protezionismo non è una soluzione; il problema si risolve con una politica della concorrenza che consenta di evitare la creazione di monopoli all'interno dell'industria finanziaria – purtroppo di monopoli a vari livelli d'operatività dei mercati se ne possono creare parecchi – e soprattutto che permetta una libertà di accesso al mercato europeo da parte sia degli intermediari sia della loro clientela. Ecco i cinque punti che abbiamo sottoposto ai ministri. Dal comunicato stampa, a seguito della riunione di Oviedo, apprendiamo che questi punti sono stati pienamente approvati e recepiti; adesso aspettiamo gli eventi, senza perdere di vista la questione fondamentale, e cioè che non stiamo utilizzando appieno il potenziale offerto dalla moneta unica e che questo fatto ha un costo in termini di prodotto interno lordo e, alla fine, di posti di lavoro.

FABRIZIO SACCOMANNI

## DER EURO: SEINE INTERNATIONALE ROLLE

Zunächst danke ich Ihnen für die freundliche Einladung, an diesem Gespräch teilnehmen zu dürfen. Sie haben mir das Thema "Internationale Rolle des Euro" gegeben. Mein Hauptproblem war, wie ich in dieses Thema hineinfinde, denn mit der internationalen Rolle von Währung wird doch sehr leicht beispielsweise *militärische Macht* oder *politischer Einfluss* oder *diplomatische Macht* assoziiert.

Die erste internationale Währung war wahrscheinlich die römische Währung. Geht man durch die Geschichte hindurch, trifft man auch danach auf Weltreiche und ihre Währungen, vom Commonwealth mit der Rolle des Pfund Sterling bis zur heutigen Bedeutung des U.S. Dollars. Die Geschichte zeigt aber auch noch weitere Kriterien, wie z.B. die Handelsmacht, man denke an Florenz und den florentinischen *Fiorino* oder den venetianischen Dukaten, später auch den Amsterdamer Gulden und vielleicht vor gar nicht langer Zeit die Deutsche Mark.

Angesichts der Komplexität des Themas will ich mich auf die Aspekte beschränken, die man vielleicht aus ökonomischer Sicht besonders betonen sollte. Auf diese Weise lässt sich dann auch die Verbindung mit meinem Vorredner Fabrizio Saccomanni her-

stellen, der die Rolle der internationalen Finanzmärkte behandelt hat.

Ich will versuchen, die aus dieser Sichtweise wichtigsten Bestimmungsfaktoren kurz darzustellen. Dabei werde ich die derzeitige Datenlage präsentieren und ganz breit auf Aspekte eingehen, die von besonderem Interesse sind: das heißt auf die Wechselkurse und die internationale Zusammenarbeit.

Alle diese Fragen stellen sich natürlich mit besonderer Dringlichkeit seit dem 1. Januar 1999 durch die Einführung des Euro. Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, dass wir die binnenwirtschaftliche Agenda noch nicht völlig abgearbeitet haben. Noch schwieriger wird die Diskussion hinsichtlich der internationalen Implikation. Hier muss man sich von vornherein darüber im Klaren sein, dass man nicht nur über Fakten diskutiert, sondern dass es ein Bereich ist, der sicherlich vielfältige Spekulationen zulässt und der zumindestens in seinem Ausgang sehr viel offener ist, als wir es uns für die innereuropäische Entwicklung vorstellen können.

Lassen Sie mich deshalb auf drei Punkte hauptsächlich eingehen: auf die Euroverwendung außerhalb der Eurozone, auf den Einfluss auf Wechselkurse und auf die internationale Zusammenarbeit. Bei all dem möchte ich zu bedenken geben, dass wir den Euro-Asset zwar seit drei Jahren haben, aber erst seit wenigen Monaten in der Hand halten, so dass wirklich solide Analysen und zutreffende Voraussagen nur mit allergrößten Bemühungen möglich sind.

Wenn man versucht, sich vorzustellen, was in ganz groben Zügen die Bestimmungsfaktoren für die internationale Verwendung einer Währung außerhalb der Eurozone sein könnten, so lassen sich vier breite Themen benennen: einmal die große Tiefe und das weltwirtschaftliche Gewicht einer Volkswirtschaft bezüglich der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. Das ist ein Aspekt, den man mit *Vertrauen in die Währungsstabilität* umschreiben

kann; der zweite Aspekt ist sicherlich *Wachstum und Dynamik* der betreffenden Volkswirtschaft und ein dritter Punkt lässt sich *Trägheit der Gewohnheiten* nennen, wobei ich nicht ganz sicher bin, ob das die richtige Umschreibung dessen ist, was ich sagen will. Aber ich werde versuchen, es zu präzisieren.

Größe, Tiefe und weltwirtschaftliches Gewicht einer Volkswirtschaft können natürlich durch verschiedene Kennzahlen abgebildet werden. Ohne ins Detail dieser Zahlen gehen zu wollen, lässt sich sagen, dass im Vergleich zwischen dem Euro-Gebiet und den USA relativ geringe Unterschiede bestehen hinsichtlich der realwirtschaftlichen Größe. Das beginnt bei der Bevölkerungszahl und spiegelt sich zum Beispiel auch im Anteil der jeweiligen Wirtschaftsbereiche am Bruttosozialprodukt der Welt insgesamt. *Grosso modo* kann man sagen, dass sich das Euro-Gebiet und die USA in etwa gleichen, so dass von der realwirtschaftlichen Seite her relativ wenig für eine entsprechende Beförderung des Euro gegenüber dem Dollar zu erwarten ist.

Ganz anders ist die Datenlage in Japan, das etwa halb so groß wie die beiden anderen Wirtschaftsgebiete ist. Die Größenverhältnisse in den Finanzmärkten unterscheiden sich eindeutig. Auch hier will ich nicht auf die einzelnen Daten eingehen, sondern allgemein betonen, dass sich die amerikanischen Finanzmärkte zumindest in den internationalen Handelsbahninstrumenten als etwa zwei bis drei Mal so groß erweisen wie die heutigen Finanzmärkte des Eurowährungsgebietes. Nimmt man noch hinzu, dass die Integration noch nicht nachhaltig fortgeschritten ist, so sprechen die Argumente im Bereich der Finanzmärkte nach wie vor deutlich zugunsten des Dollar.

Im Bereich *Vertrauen in die Währungsstabilität* schneidet der Euro besser ab als die USA. Die Inflationserwartungen für den Dollar sind höher als die Inflationserwartungen für den Euro: Letztere liegen durchweg knapp unter denen des Dollar und deutlich unter 2%, der Zielmarke der europäischen Zentralbank.

Der Euro besitzt also sicherlich eine sehr gute Fundierung hinsichtlich des Vertrauens in die Preisstabilität, was ihn aber gegenüber dem Dollar kaum auszeichnet.

Ausgeprägt hingegen sind die Unterschiede bei *Wachstum und Dynamik*. Die Wachstumsraten der USA während der letzten zehn Jahre liegen deutlich über denjenigen des Euro, so dass sich hieraus sicherlich ein Argument zugunsten des US-Dollars ergibt. Die amerikanische Volkswirtschaft ist in den letzten zehn Jahren eben erheblich stärker gewachsen als die der Eurozone.

Der vierte Punkt ist ein Aspekt, der sich aus dem Blick in die Geschichte ergibt. Wir sehen, dass sich im Lauf der Zeit die Währungen, die das internationale System dominiert haben, verändern, allerdings in aller Regel nur sehr langsam. Dafür gibt es gute Gründe, die sich hinter *Termini technici* wie Skalen, Erträge und Netzwerkexternalitäten verbergen. Man versteht es viel leichter, wenn man sich vorstellt, wie ein Telefonnetz funktioniert. Niemand kauft ein Telefon, selbst wenn es eine überlegene Ausstattung besitzt, wenn das Telefonnetz keine ausreichende Zahl von Teilnehmern hat. Das Telefon ist nur dann nützlich, wenn andere auch ein Telefon haben. In ähnlicher Weise verhält es sich mit der Währung: Eine Währung ist nur dann nützlich, wenn sie von möglichst vielen anerkannt wird. Dabei gilt ein Trägheitsmoment: In dem Maße, in dem der US-Dollar seine internationale Rolle aufgebaut hat, lohnt es sich, weiterhin auf die internationale Rolle des Dollar zu setzen, und *Newcomer* haben es sehr schwer, in diese Netzwerke einzudringen. Eine Ausnahme sei allerdings genannt: Das sind neue Technologien. Auf dem Telefonmarkt war es möglich, durch den Wechsel von der terrestrischen zur extra-terrestrischen Technologie neue Telefonmärkte aufzubauen. In gleicher Weise könnte es sein, dass dynamische Finanzmärkte in der Zukunft diesen Wandel schneller vorangehen lassen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Wenn man versucht, aus all dem eine kurze Zwischenbilanz

zu ziehen, dann ergeben sich vielleicht die folgenden fünf Punkte. Realwirtschaftlich sind die USA und das Euro-Gebiet in etwa gleich stark. Auf der Finanzmarktseite sprechen die Verhältnisse sicherlich zugunsten des US-Dollars. Beim Vertrauen in die Währungsstabilität steht das Euro-Gebiet etwas besser da, wenngleich die Unterschiede nicht sehr groß sind. Wachstum und Dynamik sind in den USA stärker ausgeprägt. Das Trägheitsgesetz spricht für eine nur graduelle Verschiebung, wenngleich es – wie gesagt – Finanzmärkte und Technologien unter Umständen erlauben, dass wir vom historischen Muster abweichen können.

Wenn man diese Überlegungen anhand der Zahlen überprüft, die im Moment zur Verfügung stehen, sieht man die Eindrücke bestätigt. Der Euro hat in seiner internationalen Rolle graduell an Gewicht gewonnen. Wenn man die Zahlen der USA und Europas miteinander vergleicht, sieht man, dass natürlich die Vormachtstellung des US-Dollar nach wie vor signifikant ist. Insofern treffen beide Überlegungen zu: Wir haben einen Anstieg der internationalen Rolle des Euro, allerdings hat sich dieser Anstieg graduell vollzogen, und wenn man genau hinschaut, sieht man auch, dass es in der Tat unterschiedliche Geschwindigkeiten gab. Fabrizio Saccomanni hat es erwähnt: Insbesondere im Bereich der Emission internationaler Geldmarktpapiere hat der Euro eine besonders schnelle Entwicklung erlebt.

Zwei weitere Punkte will ich wenigstens noch kurz ansprechen. Bei den Wechselkursen und der internationaler Koordination ergibt sich eine spannende Debatte, wenngleich die Fakten- und Datenlage dort weniger eindeutig ist, als dies bei den Statistiken über die internationale Verwendung der Fall ist. Zu den Wechselkursen selbst können wir, glaube ich, nur zwei Dinge feststellen: Die Volatilität zwischen Euro und Dollar und zwischen D-Mark und Dollar ist grundlegend unverändert geblieben. Die Einführung des Euro hat in dieser Hinsicht keine Veränderung bewirkt. Und selbst die Abwertung des Euro bis Ende

2000 kann man als eine Fortsetzung der Dollarstärke seit Mitte der neunziger Jahre interpretieren, so dass eigentlich unter beiden Aspekten keine wirklichen Neuerungen zu erkennen sind. Natürlich würde eine Umkehrung der Wechselkursenerwartungen die internationale Rolle des Euro verstärken, aber dieses Thema erforderte eine präzisere Analyse der Faktoren, die den Wechselkurs bestimmen.

Der dritte Aspekt internationaler Zusammenarbeit kann in der Diskussion noch vertieft werden. Es gibt kaum Anzeichen für die Entstehung eines sogenannten *Tripolarweltwährungssystems*. Wir haben gesehen, dass die Rolle Japans dafür wahrscheinlich zu klein sein wird. Wenn überhaupt, dann könnte man sich vorstellen, dass die Entwicklung in Richtung Bipolarität geht, aber auch hier sind wirklich in den letzten drei Jahren keine grundlegenden Veränderungen zu erkennen. Aus unserer Sicht glauben wir – und Fabrizio Saccomanni hat das ebenfalls betont – dass es sich hier um einen Marktprozess handelt, den wir von der institutionellen Seite nicht stören wollen und von daher weder eine aktive Förderung noch eine Behinderung der Internationalisierung des Euro betreiben.

Alles in allem sind wir uns natürlich der weltwirtschaftlichen Rolle bewusst, aber wir glauben nicht, dass sich dieses Bewusstsein in einer Förderung des Euro von administrativer Seite äußern sollte.

Der Euro ist im Vergleich zum Dollar noch eine junge Währung. Die Bestimmungsfaktoren sagen aus, dass er sicherlich ein hohes Potential besitzt, aber es gibt Gründe für die Annahme, dass sein Aufstieg eher graduell verlaufen wird. Die Dollarvorteile liegen vor allen Dingen im Finanzmarkt, in der Wirtschaftsdynamik und in der Anpassungsträgheit; die Eurovorteile im Aufholpotential bei gleichzeitig guter Fundierung, Preisstabilität und Bedeutung des Währungsraumes. Die weitere Entwicklung ist ein Marktprozess. Was wir mit Sicherheit sagen können, ist, dass der

Hegemon Dollar Konkurrenz bekommen hat. Aber der Ausgang dieses Wettstreits ist offen. Wir bewegen uns hier zwischen zwei Möglichkeiten: Dauerkonkurrenz oder Ablösung der einen Währung durch die andere.

WOLFGANG SCHILL

L'EURO ED IL SUO RUOLO INTERNAZIONALE

A chi si interroga sul ruolo internazionale di una moneta, è facile che vengano alla mente concetti quali potere militare, potere politico o anche influenza diplomatica. La prima moneta realmente internazionale, molto probabilmente, fu la moneta dell'impero romano; ripercorrendo poi la storia è possibile incontrare altri imperi con le rispettive monete, dal *Commonwealth* della sterlina agli Stati Uniti del dollaro. E ancora la storia evidenzia altri sistemi di potere – soprattutto commerciale – collegati a proprie monete: Firenze e il *fiorino*, Venezia e il *ducato*, poi il *gulden* di Amsterdam e, non molto tempo fa, il *marco* tedesco.

Vista la complessità del tema, voglio quindi limitarmi a proporre le questioni essenziali, dal punto di vista economico, collegandomi così alle considerazioni di Fabrizio Saccomanni sul ruolo dei mercati finanziari internazionali e approfondendo aspetti di particolare interesse e rilievo soprattutto dopo il 1 gennaio 1999, cioè dopo l'introduzione dell'euro. Si è già giustamente discusso delle ripercussioni sulle economie interne, ma ancora più complessa si presenta la situazione se si considerano i risvolti internazionali, anche perché non dobbiamo dimenticare che ci si

muove in una dimensione speculativa, quindi con effetti assai più vasti di quanto si possa immaginare per lo sviluppo interno all'Europa.

Vorrei approfondire soprattutto tre punti:

- l'uso della moneta europea al di fuori della area euro;
- le sue influenze sul corso dei cambi e la cooperazione internazionale;
- il tema dell'*euro-asset*, che abbiamo già da tre anni ma che solo da pochi mesi tocchiamo con mano. In questo caso analisi solide e diagnosi precise sono possibili solo entro certi limiti.

Volendo indicare genericamente i fattori determinanti nell'uso internazionale dell'euro al di fuori della sua area, si possono individuare tre punti chiave:

- la *fiducia nella stabilità monetaria*, cioè lo spessore e il peso macroeconomico di una economia nazionale rispetto ai mercati finanziari e all'economia reale;
- la *crescita e dinamica* di quell'economia nazionale;
- un terzo fattore definibile come *persistenza delle consuetudini*.

Per meglio precisare: è possibile definire l'estensione, lo spessore e il peso su scala internazionale di una economia nazionale grazie ad una serie di indicatori per cui – anche senza addentrarci in cifre – si può affermare che, dal confronto tra Eurolandia e USA, si evince una differenza relativamente piccola in relazione alla reale dimensione economica, a cominciare dal numero degli abitanti fino alla quota che queste due aree economiche coprono nel prodotto nazionale lordo mondiale. Grosso modo si può dire che l'area dell'euro e gli Stati Uniti si somigliano, con la conseguenza che, per quanto riguarda l'aspetto dell'economia reale,

ci si attende relativamente poco quanto a incremento dell'euro nei confronti del dollaro. La situazione è ben diversa per il Giappone che, come area economica, corrisponde a circa la metà delle due precedentemente considerate.

Molto diversa invece è la situazione in relazione al mercato finanziario; senza scendere in particolari, mi limiterò a dire che i mercati americani risultano – rispetto agli attuali mercati finanziari dell'area euro – due o tre volte più grandi, almeno riguardo agli strumenti dei percorsi internazionali di scambi. Se a ciò si aggiunge che l'integrazione non è ancora in uno stadio molto avanzato, allora il vantaggio a favore del dollaro nel settore dei mercati finanziari è ancora decisamente ampio.

Nel settore *fiducia nella stabilità della valuta* l'euro vince sul dollaro e le aspettative inflazionistiche del dollaro superano quelle dell'euro, notevolmente al di sotto del 2%, cifra orientativa indicata dalla Banca Centrale Europea. L'euro possiede dunque *fondamentali* migliori rispetto alla fiducia nella stabilità dei prezzi, fatto che tuttavia lo distingue poco nei confronti del dollaro.

Notevoli invece sono le differenze nel settore *crescita e dinamica*. Il tasso di crescita degli Stati Uniti negli ultimi dieci anni supera di molto quello dell'area euro e rappresenta certamente un argomento a favore del dollaro; l'economia nazionale americana negli ultimi dieci anni è cresciuta decisamente di più rispetto a quella dell'area euro.

Il quarto punto si deduce dalla storia: le monete che hanno dominato il sistema internazionale si trasformano col passare del tempo, ma ciò accade con grande lentezza. Il fenomeno si può meglio comprendere se si pensa al modo di funzionare di una rete telefonica. Nessuno compra un telefono, anche quello più raffinato, se della rete telefonica non fanno parte un certo numero di utenti: il telefono serve soltanto a patto che anche altre persone posseggano un telefono. In maniera simile si com-

porta la moneta: una moneta serve soltanto se viene riconosciuta da un grande numero di persone. Vi è una sorta di consuetudine: dal momento che il dollaro ha assunto un ruolo internazionale, è ragionevole continuare a puntare sul dollaro; per i nuovi è difficile entrare nella rete. Un'eccezione tuttavia è rappresentata dalle nuove tecnologie: così come nel settore telefonico è stato possibile aprire nuovi mercati grazie al passaggio dalla tecnologia terrestre a quella cellulare, forse in un futuro i mercati finanziari dinamici promuoveranno cambiamenti in maniera più rapida che in passato.

Un tentativo di sintesi dell'intera situazione dovrebbe quindi passare attraverso questi cinque punti: nel settore dell'economia reale gli Stati Uniti e gli stati dell'euro sono quasi allo stesso livello. Sul versante del mercato finanziario la situazione certamente è a favore del dollaro, mentre – riguardo alla fiducia nella stabilità monetaria – l'area dell'euro si trova in una posizione leggermente privilegiata, anche se la differenza non è molto grande. Crescita e dinamica, negli Stati Uniti, sono più forti. La legge della consuetudine permette di pensare a cambiamenti soltanto gradualmente. Tuttavia, come si è detto, non è da escludere che i mercati finanziari e le tecnologie possano, a certe condizioni, eludere questo schema tradizionale.

Una disamina, supportata dai dati attualmente a nostra disposizione, conferma le prime impressioni: il ruolo internazionale dell'euro è cresciuto. Comparando i dati di Stati Uniti e Europa si osserva che la posizione del dollaro è tuttora dominante; tuttavia è giusto altresì constatare una crescita, anche se graduale e a diverse velocità, del ruolo internazionale dell'euro. Come ha già rilevato Saccomanni, soprattutto nel settore del mercato obbligazionario l'euro si è sviluppato in maniera rapida.

Vorrei sottolineare, almeno brevemente, altri due punti: sull'andamento del cambio e sul relativo coordinamento c'è un dibattito interessante, anche se la situazione è meno chiara di

quanto non appaia dalle statistiche sull'uso internazionale delle monete. Sull'andamento del cambio possiamo – credo – dire soltanto questo: la volatilità tra euro e dollaro è rimasta pressoché la stessa di quella tra marco e dollaro. L'introduzione dell'euro, a questo riguardo, non ha provocato cambiamenti; si può persino interpretare la svalutazione dell'euro fino alla fine del 2000 come una continuazione del *trend* ascendente del dollaro, iniziato con la metà degli anni Novanta. Sotto questo profilo non si avvertono quindi grandi novità. Un capovolgimento delle aspettative sul corso dei cambi rafforzerebbe naturalmente il ruolo dell'euro, ma questo tema necessiterebbe di un'analisi puntuale sui fattori che determinano il valore del cambio. Si dovrebbe ancora approfondire l'aspetto della collaborazione internazionale: ci sono pochi elementi per la creazione di un cosiddetto *sistema tripolare di valute mondiali*, poiché abbiamo visto che il ruolo del Giappone è troppo piccolo in questa prospettiva. Semmai sarebbe pensabile che lo sviluppo sia avviato verso un bipolarismo, ma anche sotto questo punto di vista non ci sono stati cambiamenti sostanziali negli ultimi tre anni. Noi riteniamo – e Fabrizio Saccomanni lo ha sottolineato – che si tratta di un processo di mercato che non deve essere alterato con interventi istituzionali; perciò non intendiamo né promuovere attivamente né ostacolare il processo d'internazionalizzazione dell'euro. Complessivamente siamo consapevoli del ruolo dell'euro nell'economia mondiale e del fatto che, a confronto col dollaro, la nostra moneta sia ancora giovane. Gli indicatori lasciano intendere come l'euro posseda un grande potenziale; e tuttavia abbiamo motivo di sostenere che la sua crescita si realizzerà in maniera graduale. Il vantaggio del dollaro si nota innanzitutto sul mercato finanziario, nella dinamica economica e nella resistenza alla nuova moneta; il vantaggio dell'euro sta nel suo potenziale di recuperare, partendo da una base solida, stabilità dei prezzi e ruolo dell'area monetaria; ogni sviluppo ulteriore si evolverà come esito di mercato.



Possiamo affermare con certezza che rispetto al dollaro egemone è nato un concorrente, mentre l'esito di questa concorrenza è ancora aperto: esso potrà realizzare una concorrenza duratura oppure provocare la sostituzione di una moneta con l'altra.

WOLFGANG SCHILL

## EU-ERWEITERUNG: DER WIRTSCHAFTSASPEKT

In diesen Tagen auf einer deutsch-italienischen Konferenz zum Zusammenwachsen Europas zu reden, ist spannend. Grundsätzlich, aber besonders in einer Zeit, in der das Brüssel-*Bashing* sowohl in Berlin als auch in Rom durchaus eine intensive Aktivität ist. Da ist es vielleicht ganz gut, darüber offene Worte zu wechseln; drittens ist es in einer Zeit, in der deutsche Brötchen mit italienischem Pastateig gebacken werden, auch ganz gut, wenn Deutsche und Italiener darüber zusammensitzen. Nach diesen nicht ganz ernst gemeinten Vorbemerkungen, komme ich zu den zehn Thesen, die ich Ihnen vorstellen will.

1.) Wie die Einführung der gemeinsamen Währung so ist auch die Entscheidung für eine Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa eine *politische* Entscheidung, die aber auch *ökonomisch* Sinn macht – denn sonst wäre sie zum Scheitern verurteilt. Meines Erachtens war es schon bei der europäischen Währungsunion falsch, zu sagen: “politisch verständlich, aber ökonomisch falsch !” Tatsächlich war und ist die Europäische Währungsunion politisch wie ökonomisch vernünftig ! Und ähnliches gilt auch für die EU-Osterweiterung. Wenn sie

nicht ökonomisch tragfähig ist, dann wäre auch die politische Tragfähigkeit früher oder später ernsthaft gefährdet. Insofern sind die ökonomischen Konsequenzen der Osterweiterung nicht eine hinzunehmende Begleiterscheinung oder ein notwendiges Übel, wie es die alten EU-Länder bisweilen sehen: Vielmehr ist der positive Saldo bei der Kostennutzenanalyse eine essentielle Vorbedingung für einen Erfolg der ganzen Aktion. Und in der Tat belegen ja auch viele Analysen, dass die Ost-Erweiterung eine *Win-Win-Situation* ist, bei der die alte Europäische Union gewinnt und die neuen Mitglieder ebenfalls.

2.) Viele Diskussionen über Kosten und Nutzen der EU-Erweiterung kranken daran, dass keine Klarheit über die *Alternativ-Situation* besteht. Was ist die Alternative ? Weder der *Eiserne Vorhang* noch der aktuelle *Status quo* ist, meines Erachtens, eine realistische Alternative zur baldigen EU-Erweiterung.

Auch hier sei wieder an die Ähnlichkeit zur Einführung des Euro in Westeuropa erinnert: Da gab es auch die Illusion, der *Status quo* sei eine realistische und stabile Alternative bei denjenigen, die ihn vorher kritisiert hatten. Das war unrealistisch, und auch heute wäre es falsch, die Alternative zum EU-Beitritt im *Status quo* zu sehen. Unzählige Entscheidungen im Bereich von Handel, Produktionsstandorten und wirtschaftspolitischen Reformen in diesen Ländern sind in der Vergangenheit schon mit der Perspektive der EU-Erweiterung getroffen worden, ganz abgesehen davon, dass der Prozess der Übernahme des *acquis communautaire* in vollem Gange und dort mit Anpassungsfriktionen verbunden ist.

Die verschiedenen Aussagen und Quantifizierungen von Nutzen und Kosten, die man in den vielfältigen Analysen findet, fallen nicht zuletzt deshalb so unterschiedlich aus, weil die Alternativ-Situation sehr unterschiedlich definiert ist. Dabei wird oftmals

die negative Dynamik, die politisch wie wirtschaftlich entstehen könnte, wenn der Beitrittsprozess abgebrochen oder auf die lange Bank geschoben würde, nicht einmal als potentieller Kostenfaktor der Nicht-EU-Erweiterung berücksichtigt.

Aber aus heutiger Sicht wären diese Abbruchkosten ein sehr bedeutsamer Kostenaspekt. Für realistische Gesamtkosten-schätzungen muss man eigentlich viele Annahmen machen, zum Beispiel über das Beitrittstempo, über die Reformen bei der Agrarpolitik, Reformen bei der Strukturpolitik, über Obergrenzen der Anpassungshilfen, die in der Zukunft gesetzt werden, zusätzliche Ausgaben der Europäischen Union für neue Zwecke und andere Dinge mehr.

3.) In Deutschland verläuft die Diskussion über die EU-Erweiterung unter der Überschrift *Kostenexplosion oder Reformbereitschaft*. Das kann man einerseits gut finden – der Druck in Richtung EU-Reformen wird so verstärkt. Andererseits aber steckt darin auch eine deutliche Einengung der historischen Dimension des Projektes, und die Erfolge, die Anpassungsprozesse und die Schwierigkeiten in den Erweiterungsländern werden dabei nur ungenügend beachtet.

Natürlich wird von denjenigen, die sich für Europa wirklich engagieren, der positive Aspekt hervorgehoben, dass man die Kosten durch erfolgreiche Reformen substantiell reduzieren kann, indem sich ohnehin sinnvolle Reformmaßnahmen in Europa durchsetzen lassen. Interessanterweise dominiert dieser positive Aspekt im Westen. Die hohen Kosten, die möglicherweise entstehen und vor denen viele Angst haben, sind dann nicht eigentlich die Kosten der EU-Erweiterung, sondern Kosten der Reformunfähigkeit. Manche sehen in diesen Aspekten der EU-Erweiterung den größten Vorteil. Daraus ergäbe sich für die bisherige Europäische Union eine sehr asymmetrische Situation:

messbare ökonomische Vorteile in Mittel- und Osteuropa und dagegen kaum quantifizierbare institutionelle Reformvorteile in der alten Europäischen Union.

4.) Die politische wie die wirtschaftliche *Vorbereitung* auf die Europäische Union ist in den Beitrittsländern in vollem Gange. Es existieren zwar weiterhin Unterschiede von Land zu Land, aber sie werden immer geringer. Das sogenannte *Big Bang*-Szenario eines *großen Konvois* war und ist wesentlich wünschenswerter und wahrscheinlicher als ein sogenanntes *Regatta-Szenario*, bei dem über mehrere Jahre hinweg jeweils kleine Gruppen bzw. einzelne Länder der Reihe nach beitreten. Die Tatsache, dass jüngst auch die EU-Mitgliedsstaaten auf dieses Szenario eingeschwenkt sind, ist unseres Erachtens außerordentlich zu begrüßen.

Es wird allerdings jetzt für den Anpassungsprozess in Mittel- und Osteuropa wie auch für die Akzeptanz des EU-Beitritts wichtig sein, welche Wirtschaftsdynamik die Europäische Union in diesen Jahren entfaltet: Eine strukturell schwächelnde EU-Wirtschaft ohne *drive* und ohne Gestaltungskraft und Visionen ist für die Beitrittsländer nicht anziehend und erschwert Anpassungsprozesse und Akzeptanz, wahrscheinlich auf beiden Seiten.

Das Risiko, dass das, was ökonomisch vernünftig ist, doch noch politisch scheitert, ist durchaus gegeben, zumal die meisten Bewerberländer Referenden zum EU-Beitritt abhalten wollen. Dass das schiefgehen kann, wissen wir seit der Erfahrung in Irland bezüglich des Nizza-Vertrages. Die negativen ökonomischen Konsequenzen wären eindeutig vor allem in den potentiellen Beitrittsländern zu spüren, kaum in den alten EU-Ländern. Das geht makro-ökonomisch, aber nicht mikro-ökonomisch, denn es gibt ja in der alten Europäischen Union viele Unternehmen, die ihre gesamte Zukunftsplanung auf den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder gesetzt haben.

5.) Die ökonomische *Verflechtung* der Beitrittsländer mit der alten Europäischen Union ist schon dramatisch vorangeschritten. Das wird vielfach übersehen. Mittlerweile liegt in Polen, Ungarn und Tschechien der Anteil der EU-Exporte an den Gesamtexporten etwa bei 70%, und in den anderen Ländern ist er nur wenig niedriger. Es bestehen umfangreiche Direktinvestitionen in den Beitrittsländern (vor allem in Ungarn und in Tschechien), die immer mehr auf eine Normalisierung der Arbeitsteilung in Europa hinwirken, im Gegensatz zu früher, als es eine Grenze quer durch Europa gab.

Hinsichtlich der umfassenden ökonomischen Konvergenz gibt es trotz aller zwischenzeitlichen Fortschritte durchaus noch bemerkenswerte Unterschiede. Am weitesten ist der Konvergenzprozess in Slowenien, in Tschechien und in Ungarn fortgeschritten, während die politischen Schwierigkeiten der letzten Jahre Polen spürbar zurückgeworfen haben. Die fortbestehenden Einkommensdisparitäten sollten meines Erachtens einer EU-Mitgliedschaft nicht im Wege stehen - auch heute gibt es ja EU-Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen wesentlich niedriger als das des Durchschnitts in der Europäischen Union ist.

Man muss sich immer wieder deutlich machen, dass die stark zunehmenden Verflechtungen und Direktinvestitionen nur einen Teil des Konvergenz-Prozesses ausmachen. Er umfasst ja auch so zentrale wirtschaftliche Entwicklungen wie Produktivität und Realeinkommen, den Anteil des Agrarsektors und der Industrie am Sozialprodukt, die öffentliche Verschuldung, die Bedeutung des Privatsektors, das Bankensystem und so weiter.

Anhand entsprechender Konvergenzindikatoren, wie wir sie in den letzten drei Jahren entwickelt haben, lässt sich ablesen, dass Slowenien, Tschechien und Ungarn an der Spitze liegen, wo der Konvergenzstand gleich weit fortgeschritten ist. Aber auch die anderen Länder haben mittlerweile den Konvergenzstand im Vergleich zur Situation in der Europäischen Union sehr

stark vorangetrieben. Bedauerlich ist der Rückfall Polens vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001. Auch im Jahr 2002 hat der Konvergenzstand immer noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht. Polen hatte im letzten Jahr und hat wahrscheinlich auch in diesem Jahr nur ein Wirtschaftswachstum von 1%, und diese schwierige ökonomische Situation könnte die EU-Beitritts-Bereitschaft in Polen doch gravierend hemmen.

6.) Die Kosten der EU-Erweiterung bestehen in den Beitrittsländern in umfassenden Anpassungsnotwendigkeiten (*Reformen*), welche die ganze Wirtschaft und die Gesellschaft umfassen. Der Nutzen sollte ein umfassender Modernisierungsschub sein sowie gestiegene Attraktivität für den internationalen Faktor *Kapital*. Dabei muss man sich klarmachen, dass die Fitnesskurve von Wirtschaft und Gesellschaft in diesen Ländern in manchen Bereichen weit über das hinausgeht, was in den EU-Altmitgliedern zum Teil durchsetzbar ist. Ich erwähne lediglich die Bedeutung des staatlichen Bankensektors in Deutschland, wo er immer noch ungefähr 50% beträgt im Vergleich zu Tschechien, wo der öffentliche Sektor nahezu nicht mehr vertreten ist im Bankenbereich. Erinnerung sei auch an den Grad der Strommarktliberalisierung in Polen, die sehr weit fortgeschritten ist, im Vergleich, beispielsweise, zu Frankreich.

Insgesamt profitieren nach allen Analysen die Beitrittskandidaten wegen ihrer geringen Größe sehr viel mehr von der regionalen Integration als die alten EU-Mitglieder, und von daher werden auch die ökonomischen Konsequenzen, die Wachstumskonsequenzen für diese Länder weit höher eingeschätzt als für die alte Europäische Union.

7.) Der Nutzen für die alten EU-Länder liegt zum einen im leichteren Zugang zum billigeren *Faktor Arbeit*, sei es in Mittel- und

Osteuropa selbst, sei es nach der Zuwanderung in den alten EU-Ländern; sowie in der räumlichen Nähe zu einem stark wachsenden Markt; und außerdem, wie schon erwähnt, vor allen im Stachel zu unverzichtbaren Reformen, die jetzt endlich durchsetzbar werden. Die Kosten der Erweiterung sind nicht fix, sondern in großem Maße gestaltbar. Die Budgetkosten lassen sich um so besser tragen, je weniger der Nutzen gemeinsamer europäischer Politik isoliert am Volumen der Finanztransfers gemessen wird. Leider hat es sich in der Europäischen Union eingeschlichen, ihren Nutzen daran zu messen, wie groß die Nettoposition ist. Mit Blick auf die Erweiterung muss das Selbstverständnis der Europäischen Union als Subventionsgemeinschaft für Agrar- und Strukturfragen radikal überprüft werden.

Und das ist meiner Ansicht nach die zentrale Frage für die Europäische Union: Ist die EU bereit, zu diesem Zweck von dieser Subventionsgemeinschaft für Agrar- und Strukturfragen wegzugehen oder nicht? Wenn ja, dann wird die EU-Osterweiterung sehr viel leichter fallen; wenn nein, werden wir weiterhin Probleme haben, eher in wachsendem Maße. Hier liegt gleichermaßen das Risiko wie die Chance der Europäischen Union.

8.) Die aktuelle Ausgestaltung der *Gemeinsamen Agrarpolitik* belastet die tragfähige Zukunftsorientierung der Union und schadet der Europäischen Union bei der internationalen Vertretung, zum Beispiel der handelspolitischen Interessen bei der WTO. Die von den Beitrittskandidaten angestrebte Gleichbehandlung würde die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte für diese Länder übernehmen und falsche Anreize für den Strukturwandel setzen. Das wäre fatal. Die beste Lösung wäre es, den Agrarmarkt endlich als echten Markt zu betrachten und ihn nach einer Übergangsphase in den normalen Binnenmarkt zu integrieren, selbstverständlich unter Anwendung der entsprechenden Wettbewerbsregeln und der Beihilfenaufsicht. Die zu ergreifenden Re-

formschritte sollten sich daran messen lassen, wie sehr sie an diesem Endziel orientiert sind.

Man muss sich, wenn man über die Agrarpolitik diskutiert, immer vor Augen halten, dass der Agrarsektor zur Zeit einen Anteil am Sozialprodukt der Europäischen Union von 2,0% ausmacht. Durch die Erweiterung steigt er auf 2,1%. In der Diskussion erscheint die Dimension oft viel größer. Der Anteil steigt nur von 2,0% auf 2,1%, bleibt also außerordentlich gering. Dahinter steckt natürlich der Umstand, dass in den Beitrittsländern der Anteil bei etwa 5% liegt, in manchen Ländern noch darüber. Dennoch wäre es fatal, wenn sich die Europäische Union in Zukunft als Subventionsgemeinschaft für einen Sektor verstünde, der nur noch eine so geringe Bedeutung für die Union hat.

9.) Die EU-Strukturpolitik erfüllt ein legitimes Anliegen: Strukturschwache Regionen sollen durch horizontale Transfers in die Lage versetzt werden, an den Vorteilen der wirtschaftlichen Integration zu partezipieren und so Entwicklungsunterschiede in der Union abzubauen. Die Erweiterung, das heißt mehr potentielle Empfängerländer und gleichzeitig leere Kassen der Mitgliedsländer, erzwingt allerdings den ökonomisch überlegteren und effizienteren Einsatz der knappen Finanzmittel. Man sollte prüfen, ob nicht die Mittelvergabe in Zukunft stärker am nationalen Einkommen und nicht an regionalen Einkommen orientiert werden sollte. Es würde dem Subsidiaritätsprinzip besser entsprechen, wenn sich die einzelnen Staaten um ihre Regionen kümmern, und es würde das Umverteilungskarussell in der Europäischen Union reduzieren.

10.) Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte muss Vorrang haben gegenüber einer Beschränkung der Zuwanderung aus den Beitrittsländern. Eine (vorübergehende) Abschottung kann nur einen zeitlichen Aufschub der arbeitsmarktpolitischen Anpassungs-

lasten bedeuten, nicht aber deren Vermeidung. Allerdings sollten natürlich Anreize für wohlfahrtsstaatlich induzierte Wanderungen reduziert werden. Grundsätzlich dürfte allerdings das Problem der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern ein weit größeres Problem darstellen als die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte in die alte Europäische Union. Es wird bei den Diskussionen, die wir führen, vielfach übersehen, dass *hier* für die Beitrittsländer ein wesentlich größeres Risiko liegt.

Noch zwei Bemerkungen zum Abschluss: Als 11. These behaupte ich, dass die *Krönung* der EU-Erweiterung die Einbindung der neuen Mitglieder in die Währungsunion sein wird. Die Erfahrung mit der Gründung der EWU in den 90er Jahren zeigt, dass klare Kriterien, ehrgeizige und feste, aber realistische Zeitpläne für die Beitrittsländer sehr hilfreich sein können. Es wäre aber ganz falsch, wenn der EU-Beitritt und die Erweiterung der Währungsunion unzulässig miteinander verknüpft würden. Mit dem ersten Beitritt eines osteuropäischen Landes zur Europäischen Währungsunion sollte frühestens im Jahre 2008 gerechnet werden. Das ist also noch weit weg. Für die Akzeptanz der Osterweiterung wäre es auch fatal, wenn die Bürger im Euro-Raum dächten, EU-Osterweiterung hieße sogleich auch *Euro-Osterweiterung*.

Der 12. Punkt ist nur die logische Schlussfolgerung aus der ökonomischen Analyse, dass die Einbindung der Beitrittsländer in die Fortentwicklung der Institutionen eine notwendige Konsequenz ist. Ein Erfolg bei der Neuordnung der Institutionen ist unabdingbar, um sowohl mit den wirtschaftlichen, als auch mit den politischen Konsequenzen der Ost-Erweiterung effizient zu Rande zu kommen.

AXEL SIEDENBERG

## L'ALLARGAMENTO DELL'UNIONE EUROPEA: GLI ASPETTI ECONOMICI

Per me è particolarmente interessante affrontare in una conferenza italo-tedesca il tema dell'unificazione europea – questo in generale – ma in particolare in quest'epoca in cui parlare male di Bruxelles è una attività molto intensa sia a Roma che a Berlino. In queste circostanze è forse positivo uno scambio franco di opinioni. Inoltre, in tempi in cui i panini tedeschi vengono preparati con l'impasto italiano, è utile che italiani e tedeschi si siedano e parlino tra loro. Con queste premesse, non troppo serie, arrivo alle dodici tesi che vorrei presentarvi.

1. Come l'introduzione della moneta comune, anche l'allargamento dell'Unione Europea verso l'Europa orientale e centrale implica una decisione *politica*, che ha però altresì un senso *economico*, senza il quale sarebbe condannata al fallimento. Ritengo che l'affermazione: “politicamente comprensibile, ma economicamente sbagliato!” costituisca un errore già ai tempi dell'Unione Monetaria Europea. Infatti l'Unione Monetaria Europea fu ed è una decisione giusta sia dal punto di vista economico che da quello politico; lo stesso può dirsi per l'allargamento a est. Se l'Unione Monetaria Europea non fosse economicamente solida, an-

che la sua portata politica verrebbe prima o poi seriamente minacciata. Perciò le conseguenze economiche dell'allargamento a Est non costituiscono un fenomeno concomitante da accettare o un male necessario, come invece considerano a volte i vecchi stati membri dell'Unione Europea. Piuttosto il saldo positivo nell'analisi dei costi e dei vantaggi costituisce un presupposto essenziale per il successo dell'intera azione. Molti studi dimostrano infatti che l'ampliamento a est rappresenta una *win-win situation*, dalla quale traggono profitto sia la vecchia Unione Europea sia i nuovi stati membri.

2. Molte discussioni sui costi e sui vantaggi dell'allargamento hanno il difetto di non fare chiarezza sugli *scenari alternativi* all'allargamento. Qual è la possibilità? Né la *cortina di ferro* né lo *status quo* attuale rappresentano, secondo me, un'alternativa realistica ad un imminente allargamento dell'Unione. A tale proposito è doveroso ricordare ancora le analogie con l'introduzione dell'euro in Europa occidentale: anche allora veniva sostenuta l'illusione, da parte di coloro i quali in un primo tempo erano critici, che il mantenimento dello *status quo* fosse una alternativa stabile e realistica. Ciò era irrealistico all'epoca e sarebbe tuttora un errore vedere nello *status quo* una alternativa all'ingresso di nuovi stati nell'Unione Europea. Nel passato questi paesi hanno già preso innumerevoli decisioni nell'ambito degli scambi commerciali, della localizzazione della produzione e delle riforme politico-economiche nella prospettiva dell'allargamento. Ciò è avvenuto indipendentemente dal fatto che il processo di assunzione dell'*acquis communautaire* sia in pieno svolgimento e che sia quindi legato a conflitti di adeguamento.

Le varie previsioni e quantificazioni dei costi e dei benefici, riportate nelle numerose analisi, sono così divergenti, non da ultimo perché la soluzione alternativa viene definita in modi molto diversi tra loro. Qui spesso non viene considerata la dinamica

negativa, neppure quale potenziale fattore di costo del mancato ampliamento dell'Unione Europea, che potrebbe verificarsi sia dal punto di vista politico che economico, se il processo di adesione venisse interrotto o ritardato.

Considerati da una prospettiva attuale però, i costi causati dall'interruzione del processo avrebbero una rilevanza significativa. Per una valutazione globale e realistica delle spese si devono fare molte ipotesi, per esempio sui tempi di ingresso, sulle riforme della politica agraria e di quella strutturale, sui futuri limiti massimi dei sussidi di adattamento, sui costi aggiuntivi dell'Unione Europea per nuovi obiettivi e molto altro ancora.

3. In Germania la discussione sull'allargamento dell'Unione Europea verte sul tema: *esplosione dei costi o disponibilità alle riforme*. Da un lato questa prospettiva è degna di approvazione in quanto aumenta la spinta verso le riforme; dall'altro significa anche una limitazione delle dimensioni storiche del progetto, perché non tiene abbastanza conto dei successi, dei processi di adattamento e delle difficoltà nei Paesi candidati.

Coloro i quali si impegnano veramente per l'Europa evidenziano naturalmente l'aspetto positivo, cioè che i costi si potrebbero ridurre notevolmente attuando riforme votate al successo, essendo possibile realizzare delle riforme che comunque siano utili all'Europa. È interessante notare che questo aspetto positivo domina nella parte occidentale del continente. Gli elevati costi che si potrebbero avere – e che fanno paura a molti – non sarebbero quindi dati dall'ampliamento, bensì dall'incapacità di attuare riforme; ecco perché molti vedono nell'allargamento il più grande beneficio possibile. Da ciò si verificherebbe una situazione estremamente sbilanciata: da un lato guadagni economici calcolabili nell'Europa centro-orientale, dall'altro invece – nella vecchia Unione Europea – vantaggi difficilmente quantificabili dati dalle riforme istituzionali.

4. Nei paesi candidati, la fase di *preparazione* politica ed economica all'adesione è in corso a pieno ritmo. Esistono differenze tra questi paesi, che stanno tuttavia progressivamente diminuendo. Lo scenario *Big Bang*, dato da un *grande convoglio* di paesi aderenti, era e rimane molto più auspicabile e probabile rispetto a uno scenario *regata*, in base al quale aderiscono nel corso di parecchi anni piccoli gruppi o anche singoli paesi. Il fatto che anche gli stati membri abbiano ultimamente approvato questo scenario è decisamente degno di plauso.

Adesso diviene tuttavia importante – per il processo di adattamento nell'Europa centrale e orientale e anche per l'accettazione dell'ingresso nell'Unione Europea – quale dinamica economica svilupperà l'Unione Europea in questi anni: una economia comunitaria strutturalmente debilitante, senza *drive* e senza forza creativa e visioni, non è attraente per gli Stati che devono aderire e rende più difficile i processi di adattamento e l'accettazione – probabilmente per entrambe le parti.

Il rischio che quanto economicamente ragionevole possa fallire sul piano politico è sicuramente presente; tale rischio è altresì rafforzato dal fatto che la maggior parte degli Stati candidati vuole indire un referendum per decidere l'adesione all'Unione Europea. Che ciò possa fallire ci è ben noto dall'esperienza dell'Irlanda a proposito del Trattato di Nizza. Le conseguenze economiche negative sarebbero appena rintracciabili nei vecchi Stati dell'Unione Europea, mentre sarebbero evidenti soprattutto nei potenziali nuovi stati. Non si tratta di micro-, bensì di macroeconomia: infatti nei vecchi paesi dell'Unione Europea molte imprese hanno orientato tutta la loro pianificazione futura in considerazione dell'ingresso degli Stati dell'Europa centrale e orientale.

5. L'*intreccio* economico fra i paesi candidati e la vecchia Unione Europea è ormai avanzato in modo rilevante; ciò viene spesso ignorato. Nel frattempo in Polonia, in Ungheria e nella Repubbli-

ca Ceca la percentuale delle esportazioni dall'Unione Europea si aggira attorno al 70%; la quota negli altri paesi è solo di poco inferiore. Gli ampi investimenti diretti nei Paesi candidati (soprattutto in Ungheria e nella Repubblica Ceca) favoriscono una sempre maggiore normalizzazione della divisione del lavoro in Europa al contrario di quanto accadeva prima, quando un confine netto divideva il continente.

Per quanto riguarda la completa convergenza economica persistono ancora, malgrado i progressi raggiunti nel frattempo, notevoli differenze. Il processo di convergenza ha compiuto i maggiori progressi in Slovenia, nella Repubblica Ceca e in Ungheria, mentre risulta che le difficoltà politiche degli ultimi anni abbiano fatto regredire la Polonia. Le persistenti differenze di reddito non dovrebbero invece costituire un ostacolo all'ingresso nell'Unione Europea: infatti anche oggi ci sono delle regioni dell'Unione Europea nelle quali il reddito *pro capite* è molto più basso della media.

Bisogna sempre avere chiaro il fatto che gli intrecci e gli investimenti diretti – in notevole aumento – rappresentano solo una parte del processo di convergenza. Esso comprende anche aspetti economici centrali quali la produttività e il reddito reale, la quota del prodotto nazionale nei settori dell'agricoltura e dell'industria, il debito pubblico, l'importanza del settore privato, il sistema bancario etc.

In base ai relativi indicatori di convergenza, così come li abbiamo sviluppati negli ultimi tre anni, si può dedurre che Slovenia, Repubblica Ceca e Ungheria si trovano all'apice del punto di avanzamento della convergenza. Ma nel frattempo anche negli altri stati – nel loro confronto con l'Unione Europea – essa è avanzata in modo consistente. È deplorabile invece la regressione della Polonia dal 2000 al 2001, oltre tutto considerando che nel 2002 la convergenza non ha ancora raggiunto il livello del 2000: infatti lo scorso anno la Polonia ha registrato, e probabil-



mente registrerà anche quest'anno, una crescita economica pari all'1%. Questa difficile situazione economica potrebbe quindi frenare in modo decisivo la capacità della Polonia di aderire all'Unione Europea.

6. I costi che l'allargamento comporta per i paesi candidati sono connessi alle notevoli necessità di adeguamento – *riforme* – che coinvolgono l'intera economia e società. Il vantaggio di queste riforme dovrebbe consistere in una spinta alla modernizzazione e in una maggiore attrattiva per i capitali internazionali. A tale proposito deve essere chiaro che il risanamento dell'economia e della società, all'interno di questi paesi, supera in alcuni settori in modo notevole quanto si può imporre agli Stati membri dell'attuale Unione Europea. Voglio citare ad esempio l'importanza del settore bancario statale in Germania, che ricopre ancora oggi il 50% circa, in confronto alla Repubblica Ceca, dove il settore pubblico bancario non è quasi più rappresentato, ed anche il grado di liberalizzazione del mercato dell'energia elettrica in Polonia, molto più avanzato in confronto alla Francia.

In genere, secondo le analisi, a causa delle loro modeste dimensioni i Paesi candidati all'ingresso traggono molti più vantaggi dalla integrazione regionale rispetto ai vecchi Stati membri, perciò anche le conseguenze economiche e le possibilità di crescita per questi paesi vengono valutate in modo decisamente maggiore rispetto alla vecchia Unione Europea.

7. Il beneficio per i vecchi Stati membri consiste da un lato in un accesso – più semplificato e a prezzi ridotti – al *fattore lavoro* nei paesi dell'Europa centrale e orientale ed in altre aree, grazie all'immigrazione; dall'altro esso è rappresentato dalla vicinanza logistica ad un mercato in forte crescita, senza dimenticare la spinta verso riforme indispensabili, che divengono ora finalmente at-

tuabili. I costi dell'allargamento non sono fissi, ma in grande misura plasmabili: possiamo sostenere meglio questi costi di bilancio, se non paragoniamo esclusivamente il beneficio di una politica comune europea con il volume dei trasferimenti finanziari; purtroppo all'interno dell'Unione Europea si è insinuato il metodo di misurare i loro benefici in base all'entità dei risultati netti. Con l'imminente allargamento dobbiamo sottoporre ad una revisione radicale la nostra idea di Unione Europea come comunità che sovvenziona la politica agraria e strutturale.

Secondo me ciò rappresenta la questione centrale dell'Unione Europea: è disposta a abbandonare il suo modello di questa società che dispensa sovvenzioni agricole e strutturali, o no? Se sì, l'allargamento a est sarà molto più semplice, se no, continueremo ad accrescere i nostri problemi. In questo dilemma si giocano, al tempo stesso, rischi e possibilità dell'Unione Europea.

8. La *politica agricola comune* nella sua forma attuale ostacola un solido orientamento dell'Unione Europea verso il futuro e le risulta nociva laddove si tratta di rappresentare importanti interessi commerciali, per esempio presso il WTO. La parità di trattamento, a cui aspirano i Paesi candidati, estenderebbe gli sviluppi errati degli ultimi decenni a questi Paesi e creerebbe falsi stimoli per la loro trasformazione strutturale. Ciò sarebbe fatale. La soluzione migliore consisterebbe nel vedere il mercato agricolo come un vero mercato e nell'integrarlo, dopo una fase transitoria, in quello interno, applicando le rispettive regole di concorrenza e curando la sorveglianza sui sussidi. Gli interventi di riforma da attuare dovrebbero essere valutati a seconda della loro utilità in relazione a questo scopo.

Quando si parla di politica agricola non bisogna perdere di vista il fatto che, al momento, il settore agricolo rappresenta il 2,0% del prodotto nazionale dell'Unione Europea. Anche se nei relativi dibattiti la questione sembra avere maggiori dimensioni, con

l'allargamento questo settore registrerebbe una crescita fino al 2,1%; si tratta di un aumento dal 2,0% al 2,1%, quindi molto ridotto. Tutto ciò è naturalmente determinato dal fatto che nei Paesi candidati la percentuale è del 5% circa, o anche maggiore in alcuni casi. Perciò sarebbe fatale se nel futuro si considerasse l'Unione Europea come una società di sovvenzioni a un settore di importanza limitata.

9. La politica strutturale dell'Unione Europea corrisponde ad una richiesta legittima: regioni con una struttura debole vengono abilitate, attraverso trasferimenti orizzontali, a partecipare ai vantaggi dell'integrazione economica e a ridurre in questo modo il divario nello sviluppo dell'Unione. L'allargamento comporta un aumento del numero dei Paesi beneficiari in un momento in cui le casse dei Paesi membri sono vuote. Questo ci obbliga ad utilizzare in modo più ponderato ed efficiente le limitate risorse finanziarie. Bisogna esaminare se non sarebbe più opportuno assegnare i fondi in base al reddito nazionale piuttosto che al reddito regionale. Se i singoli stati si occupassero delle regioni, ci sarebbe più conformità con il principio di sussidiarietà e si ridurrebbe il meccanismo della redistribuzione all'interno della Unione Europea.

10. La flessibilità dei mercati del lavoro deve avere la precedenza sulla limitazione dell'immigrazione dai Paesi candidati. Un isolamento temporaneo ci può consentire di rimandare, ma non certo di evitare, gli oneri connessi all'adeguamento della politica del mercato del lavoro. Naturalmente bisognerebbe tuttavia ridurre i motivi che portano ad una migrazione verso paesi che offrono maggiore benessere. In linea di massima l'emigrazione di manodopera qualificata dai Paesi candidati dovrebbe preoccupare più dell'immigrazione di manodopera a buon mercato negli attuali stati membri dell'Unione Europea. Nelle nostre di-

scussioni spesso ignoriamo che proprio *qui* si annida un rischio molto più grande per i Paesi candidati.

In conclusione ancora due osservazioni: quale undicesima tesi sostengo che il *coronamento* dell'allargamento consisterà nell'integrazione dei nuovi membri nella Unione Monetaria. L'esperienza della fondazione della Unione Monetaria Europea negli Anni Novanta ci insegna che criteri chiari e programmi ambiziosi ma realistici possono essere molto utili per i Paesi candidati e per la riuscita dell'intero processo. Sarebbe però un errore inammissibile collegare l'adesione all'Unione Europea con quella all'Unione Monetaria: si può prevedere che l'ingresso nell'Unione Monetaria di un paese dell'Est potrà avvenire non prima del 2008, quindi è ancora lontano; sarebbe fatale se i cittadini di Euro-landia pensassero che l'ampliamento a Est dell'Unione Europea significasse automaticamente l'introduzione dell'euro.

Questo ultimo punto è solo una logica conclusione tratta dall'analisi economica, secondo la quale l'integrazione dei Paesi candidati nello sviluppo risulta un processo imprescindibile. Il successo del riordinamento delle istituzioni è indispensabile allo scopo di venire a capo in modo efficiente delle conseguenze sia economiche che politiche dell'allargamento a est.

AXEL SIEDENBERG

*DIE ZUKUNFT EUROPAS*

*Vorträge zur Einführung in die dritte Sektion*

*IL FUTURO DELL'EUROPA*

*Relazioni introduttive alla terza sessione*

## DIE ZUKUNFT EUROPAS: EINE ITALIENISCHE PERSPEKTIVE

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhandgenommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine fantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden, nur unten dieser Bedingung schmeicheln darf.

Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden*, 1795

Schon jetzt gewöhnen sich die Außenminister der sechs Großmächte unter dem Druck der Ereignisse jeden Tag mehr daran, gemeinsam zu handeln, als wären sie ein europäisches Kabinett. Bisher wurden die Entscheidungen des Kabinetts gemäß der Norm des *liberum veto* getroffen, die im alten Polen galt. Von dieser unzulänglichen Situation, in der eine einzige der sechs Mächte mit ihrer Opposition die Pläne zunichte machen konnte, die alle anderen gebilligt hatten, wird man Schritt für Schritt an einen Punkt gelangen, an dem sich die Mehrheit gegenüber der Minderheit durchsetzen kann und diese die Entscheidung akzeptiert, ohne zur *ultima ratio* des Krieges zu greifen. So entstehen die großen und dauerhaften historischen Einrichtungen.

Luigi Einaudi, *Die Vereinigten Staaten von Europa*, 1897

Wir können die Zukunft Europas planen und vorbereiten, aber wir kennen sie nicht. Unsere Geschichte von morgen ist noch nicht geschrieben.

Der europäische Bau ist derzeit ausgerechnet aufgrund seines außerordentlichen Erfolges gefährdet: Der nie zuvor erlebte wirtschaftliche Wohlstand und der innere Frieden, der seit einem halben Jahrhundert andauert, haben dazu geführt, dass im Bewusstsein der europäischen Bürger die Sensibilität für die Gefahren nachgelassen hat, die den Planeten und uns mit ihm bedrohen.

Die Welt – vom Mittleren Osten bis nach Afrika, von Lateinamerika bis Asien – braucht Europa aber in wachsendem Maße als politisches Subjekt mit seinem einzigartigen Erbe an positiven Werten und schmerzlichen Erfahrungen, an globaler Perspektive und Sinn für Grenzen.

Die europäischen Bürger haben bereits seit längerem begriffen, was ein Großteil der nationalen politischen Klassen bisher weniger klar erkennt: dass nämlich eine gemeinsame Verteidigung und eine gemeinsame Außenpolitik Europas den Staaten nichts wegnehmen, sondern dass sie vielmehr einen Rückgewinn an Souveränität bedeuten (und mithin an kollektiver und individueller Würde), die es mittlerweile auf nationaler Ebene sowieso schlicht nicht mehr gibt.

Die Allianz mit den Vereinigten Staaten kann nicht genügen. Eine Zivilisation muss untergehen, wenn sie nicht imstande ist, autonom die eigene Handlungsorientierung zu bestimmen und mit den eigenen Kräften für die eigene Sicherheit zu sorgen.

Nur das Vereinte Europa ist in der Lage, den Willen und die Macht zum Ausdruck zu bringen, um den internationalen Organisationen und insbesondere der UN nach deren notwendiger Reform Instrumente und Verfahren zu vermitteln, die den Krieg verhindern, den Frieden sichern und die Institutionen und das Engagement stärken, die für die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschheit unabdingbar sind.

Der Bau Europas ist aus der Krise heraus entstanden und kann auch in einer Krise untergehen. Nur seine Fertigstellung kann dafür sorgen, dass das unverzichtbare Ziel – die Erweiterung – nicht zu einer Involution der Gemeinschaft durch deren Verwandlung in eine bloße Freihandelszone führt. Was zur Vollständigkeit fehlt, ist weniger als das, was bereits verwirklicht worden ist. Aber an dem derzeitigen Punkt ist es notwendig, dass man die wenigen wesentlichen institutionellen Reformen will und auch beschließt, die zur Schaffung einer europäischen Regierung nötig sind, wenn diese wirklich effizient und legitim sein und über Autorität verfügen soll. Das hat bei voller Anerkennung der nationalen und regionalen Unterschiede zu geschehen, die ein großer Reichtum unserer Zivilisation sind.

Kernpunkte der Reform müssten sein: a) ein einheitliches, konstitutionelles Programm der Union; b) die Abschaffung des Veto (nur wer akzeptiert, dass er auch zu einer Minderheit gehören kann, akzeptiert die Union wirklich); c) eine einzige Stimme für Europa in der Außenpolitik, bei der Sicherheit, bei der Verteidigung und in den internationalen Organisationen; d) eine neue institutionelle Beziehung zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament im Zeichen der Demokratie und der Gewalten- und Funktionenteilung; e) die echte Implementierung der Subsidiaritäts- und Proporz-Prinzipien; f) die Bereitschaft, auf dem Weg zur Union fortzuschreiten, auch wenn nicht alle Mitgliedstaaten teilnehmen, solange der *acquis communautaire* beachtet wird.

Die Initiative des Konvents und die Erklärung von Laeken sind das eindeutige Symptom einer institutionellen Krise der Union, die seit Jahren besteht, für die aber die Regierungen alleine keine Abhilfe finden. Das braucht einen nicht zu überraschen: Denn das Projekt, eine Gemeinschaft von Nationalstaaten mit Hilfe des Konsenses zu schaffen – und nicht mit Krieg und nicht mit dynastischer Vereinigung – ist ohne Vorbild. Außerdem ist die spon-

tane Abgabe von realen oder auch nur nominalen Gewalten seitens eines Staates ein “widernatürlicher” Vorgang in der traditionellen Sichtweise der Politik.

Der Konvent ist die historische Gelegenheit, um mit der Europäischen Union an einen Punkt “of no return” zu gelangen. Die Zusammensetzung des Konvents und seine *demokratische* Legitimierung können es möglich machen, dass die angestrebten Ziele erreicht werden, wenn sich die Konventmitglieder tatsächlich vornehmen, eine europäische Verfassung für ihre Kinder und Enkel, also für die künftigen europäischen Bürger, zu entwerfen.

Wenn das Ergebnis der Arbeit des Konvents wirklich gelingt, ist es wahrscheinlich, dass die Regierungskonferenz beschließt, sich das Ergebnis ohne Abstriche zu eigen zu machen, indem sie es, sofern nötig, per Mehrheit entscheidet. Niemand kann einen europäischen Staat dazu zwingen, Mitglied einer echten Union zu sein, aber auch kein Staat darf den anderen Staaten verbieten, eine solche zu verwirklichen. In dieser Hinsicht wird Frankreich eine zentrale Rolle spielen. Das Land hat bisher gezögert, den entscheidenden Schritt zu tun. Um Frankreich dazu zu bewegen, diesen Schritt zu tun, ist die gemeinsame Aktion Deutschlands und Italiens notwendig und unverzichtbar. Aber auch die möglicherweise entscheidende Rolle einzelner Personen in einem Gremium oder einer Versammlung wie dem Konvent darf nicht unterschätzt werden (man denke an Monnet, Spinelli, Delors, Kohl). Der Konvent ist ein offenes Feld, auf dem eine harte Auseinandersetzung stattfinden wird. Mit Sicherheit werden sich auch die Feinde der Union zu Wort melden.

Die Zeit drängt. Die eindrucksvolle Beschleunigung der Geschichte, die tiefgreifenden demographischen, politischen und sozialen Transformationen, die sich in der Welt vollziehen, die dramatischen internationalen Ereignisse, die gegenwärtigen und möglichen Kriege, aber auch die Ausklammerung des historischen Gedächtnisses der europäischen Tragödien des vergange-

nen Jahrhunderts sind einige der Gründe für die Krise, die das grandiose und allenthalben bewunderte Unternehmen der europäischen Integration in Gefahr bringen. Der Plan der Union muss jetzt vollendet werden. Morgen könnte es bereits zu spät sein.

Bei diesem entscheidenden historischen Schritt ist die Rolle der Presse von unschätzbbarer Bedeutung und wird es auch in Zukunft sein. Verstehen, informieren, vertiefen, kritisieren und anspornen: Nur die Einbeziehung der europäischen öffentlichen Meinung durch die Presse kann den Mitgliedern des Konvents – je einzeln und als Versammlung – das Bewusstsein verschaffen, dass die Wahl, die ein jeder von ihnen trifft, von den Bürgern gebührend gewogen und bewertet wird.

ANTONIO PADOA SCHIOPPA

## IL FUTURO DELL'EUROPA: UNA PROSPETTIVA ITALIANA

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhandgenommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine fantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden, nur unten dieser Bedingung schmeicheln darf.

Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden*, 1795.

Già i sei ministri degli esteri delle grandi potenze si vanno ogni giorno più abituando, spinti dalla pressione degli avvenimenti, ad agire insieme, quasi componessero un gabinetto europeo. Finora le deliberazioni del gabinetto furono regolate dalla norma del *liberum veto* imperante nell'antico stato polacco. Da questo stadio imperfetto in cui una sola delle sei potenze colla sua opposizione può mandare a vuoto i piani accettati da tutte le altre, si giungerà a poco a poco ad un punto in cui la maggioranza potrà imporsi alla minoranza e questa ne accetterà i deliberati senza ricorrere all'*ultima ratio* della guerra. In tal modo avvengono le grandi e durevoli creazioni storiche.

Luigi Einaudi, *Gli Stati Uniti d'Europa*, 1897.

1. Il futuro dell'Europa possiamo disegnarlo e prepararlo, non conoscerlo. La nostra storia di domani non è ancora scritta.

2. La costruzione europea è oggi a rischio proprio per il suo straordinario successo: il benessere economico senza precedenti, la pace interna durata mezzo secolo hanno attenuato agli occhi dei cittadini europei la percezione dei pericoli che minacciano il pianeta e noi con esso.

3. Il mondo – dal Medio Oriente all’Africa, dall’America latina all’Asia – ha invece un crescente bisogno dell’Europa come soggetto politico, con il suo patrimonio ineguagliato di valori e di dolori, di prospettiva planetaria e di senso del limite.

4. I cittadini europei hanno compreso da tempo, più chiaramente di tanta parte delle classi politiche nazionali, che una difesa comune e una politica estera comune dell’Europa unita non tolgono nulla agli Stati, ma significano il recupero di una sovranità, dunque di una dignità collettiva e individuale, che ormai al livello nazionale semplicemente non esistono più.

5. L’alleanza con gli Stati Uniti non può bastare. Una civiltà che non è in grado di decidere autonomamente la propria linea d’azione e di assicurare con le sue forze la propria sicurezza è destinata al tramonto.

6. Solo l’Europa unita potrà esprimere la volontà e la forza di dotare le organizzazioni internazionali e soprattutto l’ONU, debitamente riformata, dei mezzi e delle procedure per evitare la guerra, per garantire la pace e per rafforzare le istituzioni e le azioni necessarie alla sicurezza e al benessere dell’umanità.

7. La costruzione europea, nata nelle crisi, può morire nelle crisi. Solo il suo completamento potrà far sì che l’obiettivo irrinunciabile

dell’allargamento non comporti l’involuzione dell’Unione attraverso la sua trasformazione in una semplice zona di libero scambio. Ciò che manca al completamento è meno di ciò che è stato realizzato sinora: occorre però a questo punto volere e decidere le poche essenziali riforme istituzionali necessarie alla creazione di un governo europeo che sia davvero efficace, legittimo, autorevole, residuale. E questo nel pieno rispetto delle diversità nazionali e regionali che sono una grande ricchezza della nostra civiltà.

8. Punti fermi della riforma dovrebbero essere: a) un quadro costituzionale unitario dell’Unione; b) la rimozione del potere di veto (solo chi accetta di venire messo in minoranza accetta davvero l’unione); c) un’unica voce dell’Europa in politica estera, nella sicurezza, nella difesa e negli organismi internazionali; d) un diverso rapporto istituzionale tra Consiglio, Commissione e Parlamento europeo, nel segno della democrazia e della distinzione dei poteri e delle funzioni; e) l’implementazione effettiva dei principi di sussidiarietà e proporzionalità; f) la disponibilità a procedere sulla via dell’Unione anche senza la partecipazione di tutti gli Stati membri, pur nel rispetto dell’*acquis communautaire*.

8. L’iniziativa della Convenzione e la dichiarazione di Laeken sono il sintomo chiaro di una crisi istituzionale dell’Unione in atto da anni, per la quale i governi da soli non sono in grado di individuare i rimedi. Ciò non deve sorprendere: perché l’impresa di creare un’unione di Stati nazionali attraverso il consenso – anziché con la guerra o con l’unione dinastica – è senza precedenti; e perché la cessione spontanea di poteri reali o anche solo nominali da parte di uno Stato è un evento *contro natura* nell’ottica tradizionale della politica.

9. La Convenzione è l'occasione storica per far raggiungere all'Unione europea lo stadio della irreversibilità. La composizione della Convenzione e la sua radicata legittimazione popolare potranno consentire di raggiungere gli obiettivi voluti se i suoi membri si porranno nella prospettiva di disegnare la costituzione europea per i propri figli e nipoti, cioè per i futuri cittadini europei.

10. Se il Progetto che uscirà dai lavori della Convenzione sarà davvero di alto profilo, è verosimile che la Conferenza intergovernativa decida di farlo proprio senza deformato: approvandolo, ove necessario, anche a maggioranza. Nessuno potrà costringere uno Stato europeo ad essere membro di una vera unione, ma nessuno Stato dovrà impedire agli altri Stati di realizzarla. A questo fine sarà cruciale il ruolo della Francia, sinora restia a compiere il passo decisivo. Ma per convincere la Francia a compiere questo passo è necessaria – è indispensabile – l'azione congiunta di Germania ed Italia. Né va sottovalutato il ruolo potenzialmente risolutivo degli individui, anche di un singolo uomo (si pensi a Monnet, a Spinelli, a Delors, a Kohl), in un collegio o in un'assemblea quale la Convenzione. La Convenzione è un campo aperto, in cui il confronto sarà duro e serrato. I nemici dell'Unione non mancheranno di certo.

11. Il tempo si è fatto breve. L'accelerazione impressionante del corso storico, le profonde trasformazioni demografiche politiche e sociali in atto nel mondo, le drammatiche vicende internazionali, le guerre attuali e potenziali, ma anche l'eclissi della memoria storica delle tragedie europee del secolo scorso, sono alcuni tra i fattori di crisi che mettono a rischio l'impresa, grandiosa e ovunque ammirata, dell'integrazione europea. Il disegno dell'Unione va completato ora. Domani potrebbe essere troppo tardi.

12. In questo passaggio storico decisivo, il ruolo della stampa è e sarà di importanza incalcolabile. Capire, informare, approfondire, criticare, stimolare: solo il coinvolgimento dell'opinione pubblica europea attraverso la stampa potrà dare ai membri della Convenzione – come singoli e come assemblea – la consapevolezza che le scelte di ognuno di loro saranno pesate e valutate debitamente dai cittadini.

ANTONIO PADOA -SCHIOPPA



## DIE ZUKUNFT EUROPAS: EINE DEUTSCHE PERSPEKTIVE

Der 3. Oktober 1990, der Tag der deutschen Wiedervereinigung, ist auch eine Zäsur für das Verhältnis Deutschlands zu Europa. Es gibt seit jenem Tag keine deutsche Frage mehr. Wo Deutschland liegt, wo seine Grenzen verlaufen, was dazu gehört und was nicht: das alles ist seit 1990 verbindlich geklärt. Die Klärung erfolgte zeitgleich und ursächlich verknüpft mit der Lösung eines anderen Jahrhundertproblems: der polnischen Frage. Zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gab es ein unauflösliches Junktim.

Die europäische Frage aber stellt sich seit der Lösung der deutschen Frage und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums in ganz anderen Dimensionen als vorher. Die alten, auf Westeuropa bezogenen Antworten reichten nun nicht mehr aus. Sie bedurften ebenso der Überprüfung wie die politische Selbsteinschätzung Deutschlands. Die alte Bundesrepublik hatte sich zunehmend als "postnationale Demokratie unter Nationalstaaten" verstanden: so die klassische Formel von Karl Dietrich Bracher aus dem Jahr 1976. Auf das wiedervereinigte Deutschland trifft diese Formel nicht mehr zu. Es ist ein postklassischer

Nationalstaat unter anderen: fest eingebunden in eine supranationale Staatengemeinschaft, die Europäische Union, und nicht weniger souverän als deren andere Mitglieder.

Das Bild von der Zukunft Europas war für die Deutschen im Westen vor 1990 ein erweitertes Bild ihrer Gegenwart. Aus den europäischen Gemeinschaften sollte ein europäischer Bundesstaat nach dem Vorbild der Bundesrepublik werden. Die Deutschen hatten ihren ersten, im Jahre 1871 gegründeten Nationalstaat ruiniert: Daran gab es nichts zu deuteln. Aber nun meinten viele – erst katholische Konservative, dann unabhängige Liberale und schließlich auch Sozialdemokraten und Grüne –, aus dem selbstverschuldeten Untergang des deutschen Nationalstaates lasse sich eine neue europäische Sendung der Deutschen ableiten. Katholische Politiker und Publizisten knüpften dabei gern an die universalistische Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation an, das sich 1806 unter dem Druck Napoleons aufgelöst hatte. Auf der Linken war Oskar Lafontaine ein besonders beredter Prophet des neuen Missionsgedankens. Gerade weil Deutschland mit einem "pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen" gemacht habe, sei es jetzt "geradezu prädestiniert, die treibende Rolle in dem Prozess der supranationalen Vereinigung Europas zu übernehmen". So steht es in Lafontaines Buch "Die Gesellschaft der Zukunft", das 1988 erschien. Prädestination kraft Perversion: eine kühne dialektische Volte, die an die frühchristliche Denkfigur der "felix culpa", der heilbringenden Schuld, erinnert, aber auch an den Spruch des Dichters Emanuel Geibel von 1861: "Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen".

*Tempi passati:* Inzwischen unterschreiben deutsche Politiker, von Bundespräsident Johannes Rau bis zu Außenminister Joschka Fischer, die nüchterne Formel von Jacques Delors, der Europa als "fédération d'états-nations", als eine Föderation von National-

staaten, bezeichnet. Was heißt das im Hinblick auf die Diskussion über die Finalität des europäischen Integationsprozesses ?

Die Nationalstaaten werden nicht verschwinden, sondern die wichtigsten Träger der europäischen Einigung sein. So sehen es auch die Befürworter eines Zweikammermodells für die Europäische Union, die den Ministerrat in eine Staatenkammer verwandeln wollen, die gleichberechtigt mit dem Europäischen Parlament als Gesetzgebungsorgan tätig werden soll. In diesem Sinn haben sich Bundespräsident Rau, Bundeskanzler Schröder, die Arbeitsgruppe "Europäischer Verfassungsvertrag" von CDU und CSU unter Wolfgang Schäuble und dem bayerischen Staatsminister Reinhold Bocklet und zuletzt der Nürnberger Parteitag der SPD in einem Leitantrag ausgesprochen.

Auch als Staatenkammer würde der Rat aber einen Januskopf haben, als Gesetzgebungsorgan der Union einerseits, als eines ihrer Exekutivorgane andererseits. Damit unterscheidet sich die avisierte Staatenkammer vom Bundesrat der Bundesrepublik, einem reinen Gesetzgebungsorgan des Bundes, das manchem wohl noch immer als Modell für die Mitwirkung der Staaten an der Willensbildung der Europäischen Union vorschwebt. Die europäische Staatenkammer würde eher dem Bundesrat im Bismarckreich ähneln, der auch beides war: Gesetzgebungs- und Exekutivorgan. Als Gesetzgebungsorgan könnte und sollte die Staatenkammer öffentlich tagen, als Exekutivorgan kann sie es nicht. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik würde die Staatenkammer zusammen mit der Europäischen Kommission, dem anderen Exekutivorgan, zuständig sein. Folgerichtig schlagen Schäuble und Bocklet, um Friktionen zu vermeiden, eine Personalunion der Ämter des Hohen Beauftragten des Rates für Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für Auswärtiges vor.

Wer auf eine volle Parlamentarisierung der Europäischen Union hofft, wird von den Ergebnissen des in Laeken ein-

gesetzten Konvents enttäuscht werden. Es kann nach Lage der Dinge auch nicht anders sein. Noch haben wir keine europäische Öffentlichkeit und europäische Parteien vorerst nur in embryonaler Form. Damit fehlt eine wichtige Voraussetzung für einen entwickelten Parlamentarismus auf europäischer Ebene. Der frühere Bundesverfassungsrichter und jetzige Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Dieter Grimm, hat recht, wenn er vor der Illusion warnt, Parlamentarisierung der Europäischen Union bedeute *eo ipso* schon die Behebung des Demokratiedefizits der Union. Noch verfügen die Nationalstaaten und nur sie über die Herrschaftsressource "demokratische Legitimation". *Nur* von oben kann die Demokratisierung der Europäischen Union nicht in Gang gesetzt werden. Sie muss *auch* von unten wachsen: durch die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit und die Europäisierung des Partei- und Verbandswesens.

Im Hinblick auf das Projekt einer europäischen Verfassung würde ich allerdings weniger rigide argumentieren als Grimm, der den Begriff "Verfassung" grundsätzlich und ausschließlich auf einen Staat bezieht. Die Europäische Union ist kein Staat und wird in absehbarer Zeit auch keiner werden. Sie ist ein Staaten**verbund**, wie das Bundesverfassungsgericht 1993 in seinem Maastricht-Urteil formuliert hat – ein Gebilde *zwischen* Staatenbund und Bundesstaat. Ob das Basisdokument, das aus den Arbeiten des Konvents hervorgehen kann, aber nicht muss, "Verfassung", "Verfassungsvertrag", "Charta" oder "Grundgesetz" heißen wird, die Konturen des Vorhabens zeichnen sich bereits ab. Am Beginn des Dokuments dürfte die bereits erarbeitete Grundrechtscharta stehen. Ihr müsste ein Teil folgen, der die Aufgabenverteilung der europäischen Institutionen – Europäisches Parlament, Rat oder Staatenkammer, Kommission – regelt (wobei in der Bundesrepublik Konsens darin besteht, dass die Rechte des Parlaments stark erweitert werden müssen und die Kommission zur europäischen Regierung wird). Sodann wären die Zu-

ständigkeiten von Union und Mitgliedsstaaten verbindlich zu bestimmen, und schließlich muss aus dem unüberschaubaren *acquis communautaire* herausgefiltert werden, was Verfassungsrang hat.

Auf dem Papier lässt sich das alles leicht vorstellen. Eine lebendige Unionsverfassung aber verlangt mehr als ausformulierte Artikel, nämlich ein europäisches *Wir-Gefühl* oder, anders gewendet, ein Bewusstsein von europäischer Identität. Es *gibt* diese Identität. Sie ist das paradoxe Ergebnis von kulturellen Gemeinsamkeiten und überwundenen politischen Konflikten. Die Nationen sind ein Teil dieser Identität. "Dass es Nationen gibt, ist historisch das Europäische an Europa", hat der Historiker Hermann Heimpel einmal bemerkt. Deswegen ist auch die Sprachenvielfalt kein Einwand gegen die Möglichkeit einer europäischen Verfassung. Ohne diesen Ausdruck von kulturellem Pluralismus wäre Europa nicht Europa.

Pluralismus ist auch in anderer Hinsicht konstitutiv für Europa. Die Keimzelle von Pluralismus und Freiheit ist die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt im Mittelalter. Diese Trennung hat es historisch nur in Europa, aber nicht überall in Europa gegeben, sondern nur im Okzident: Der Gegensatz von Westrom und Ostrom, beziehungsweise Byzanz, wirkt bis heute nach. Diese Feststellung reicht noch nicht aus, um die Außengrenzen der Europäischen Union und damit die Grenzen ihrer Erweiterbarkeit zu bestimmen. Aber es ist wichtig, sich klarzumachen, dass es solche Grenzen gibt. Im Zweifelsfall kann kein Land zur Europäischen Union gehören, in dem das, was europäische Identität ausmacht, nicht oder nicht ausreichend vorhanden ist.

Viele Reiche sind an räumlicher Überdehnung zugrundegegangen. Die Europäische Union ist kein Reich und wird keines werden. Die Gefahr der Überdehnung aber besteht: Im Falle eines Beitritts der Türkei würde die Union an Irak, Iran und Syrien grenzen. Auf diese Außengrenzen ist Europa nicht vorbereitet.

Die bevorstehende Osterweiterung hingegen ist etwas anderes: die räumliche Vollendung des Projekts Europa. Die Reform der europäischen Institutionen, die *Vertiefung* der Union, ist auch deshalb so wichtig, weil sie eine der Bedingungen dafür ist, dass die Erweiterung gelingt. Und sie muss gelingen, wenn das größere Europa werden will, was das kleinere bisher nicht oder nur selten gewesen ist: ein außenpolitischer Akteur, der mit *einer* Stimme spricht.

HEINRICH AUGUST WINKLER

## IL FUTURO DELL'EUROPA: UNA PROSPETTIVA TEDESCA

Il 3 ottobre 1990, il giorno della riunificazione tedesca, costituisce un punto di svolta anche per le relazioni della Germania con l'Europa. Da quel giorno, la cosiddetta *questione tedesca* non esiste più. Nel 1990, tutte le questioni riguardo al territorio nazionale della Germania e delle sue frontiere vennero risolte in modo definitivo. Tale chiarimento avvenne parallelamente alla soluzione di un altro problema chiave del '900: *la questione polacca*.

Infatti, la riunificazione tedesca era indissolubilmente legata al riconoscimento definitivo della linea dell'Oder-Neisse come confine tra la Germania e la Polonia.

Dopo la risoluzione della questione tedesca e il crollo dell'Impero sovietico, però, la questione europea assunse una dimensione del tutto nuova. D'un tratto le vecchie risposte una volta valide per l'Europa occidentale non bastarono più. Esse avevano bisogno di una revisione al pari dell'identità politica della stessa Germania.

Se la Repubblica Federale di una volta si considerava come una "democrazia post-nazionale fra Stati-nazione" – così la formula classica coniata da Karl Dietrich Bracher nel 1976 – la Ger-

mania riunificata non corrisponde più a questo *identikit*. La Germania di oggi è uno Stato-nazione post-classico come gli altri: profondamente integrato in una realtà sovranazionale, l'Unione Europea, e dotato della stessa sovranità degli altri Stati membri.

Prima del 1990, l'idea dei cittadini della Germania ovest sul futuro dell'Europa era incentrata sulla continuità. Le Comunità europee si sarebbero trasformate in uno Stato federale europeo sul modello della Repubblica Federale di Germania. Era indubbio che i tedeschi avessero distrutto il loro primo Stato-nazione fondato nel 1871. All'epoca però molti – a partire dai conservatori cattolici passando per i liberali indipendenti fino ai socialdemocratici e ai verdi – erano convinti che dalla caduta, per propria colpa, dello Stato-nazione tedesco si potesse dedurre una nuova missione europea dei tedeschi. Seguendo questa logica, politici e opinionisti cattolici sollevano riferirsi alla tradizione universalista del Sacro Romano Impero, crollato nel 1806 sotto la pressione di Napoleone.

Nello schieramento politico di sinistra è stato soprattutto Oskar Lafontaine a presentarsi come fautore della nuova idea di una missione della Germania. Proprio perché la Germania aveva fatto "pessime esperienze" con "un nazionalismo perverso", era "predestinata a diventare la forza motrice nel processo dell'unificazione sovranazionale dell'Europa", scrive Lafontaine nel suo libro *Die Gesellschaft der Zukunft* (La società del futuro), pubblicato nel 1988. Predestinazione a causa di perversione: è questo un ragionamento dialettico azzardato che ricorda il concetto paleocristiano della *culpa felix*, della *colpa felice*. Allo stesso tempo ricorda un detto del poeta Emanuel Geibel del 1861: "Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen" (Il mondo, una volta ancora, guarisca grazie alla natura tedesca).

Tempi passati: ormai i politici tedeschi, dal Presidente federa-

le Johannes Rau al ministro degli Esteri Joschka Fischer, appoggiano la sobria formula coniata da Jacques Delors di un'Europa come *fédération d'état-nations*, come federazione di Stati-nazione. Che cosa significa questo per il dibattito sulle finalità del processo d'integrazione europea?

Gli Stati-nazione non scompariranno, bensì saranno i principali protagonisti dell'unificazione europea. Così la vedono anche i fautori di un sistema bicamerale per l'Unione europea, i quali vogliono trasformare il Consiglio dei ministri in una Camera degli Stati, che dovrà fungere come organo legislativo equiparato al Parlamento europeo. Questa idea è stata finora appoggiata dal Presidente federale Rau, dal Cancelliere Schröder, dal gruppo di lavoro dedicato al *Trattato costituzionale europeo* della CDU/CSU guidato da Wolfgang Schäuble e dal Ministro bavarese Reinhold Bocklet, nonché da una mozione guida presentata al congresso dei socialdemocratici a Norimberga.

Ma anche come Camera degli Stati, il ruolo del Consiglio rimarrebbe ambiguo: organo legislativo dell'Unione da una parte, organo esecutivo dall'altra. In questo, il progetto della Camera degli Stati si distingue dal *Bundesrat* tedesco. Nell'assetto federale, la Camera dei *Länder* – che per alcuni sembra rimanere un modello per la partecipazione degli Stati membri nel processo di formazione della volontà politica in Europa – ha una funzione interamente legislativa. La Camera degli Stati europei sarebbe più vicina alla Camera dei *Länder* dei tempi di Bismarck, che era allo stesso tempo organo legislativo e esecutivo. In quanto organo legislativo, la Camera degli Stati europea dovrebbe avere delle riunioni aperte al pubblico. In quanto organo esecutivo, una tale trasparenza sarebbe impossibile. Nell'ambito della politica estera e di sicurezza comune (Pesc), la Camera degli Stati avrebbe delle competenze condivise con l'altro organo esecutivo, la Commissione europea. Di conseguenza, Schäuble (Cdu) e Bocklet (Csu) propongono la fusione delle cariche di Alto Rap-

presentante del Consiglio europeo per la politica estera e di sicurezza comune e del Commissario per gli affari esteri.

Chi punta ad una piena parlamentarizzazione dell'Unione europea rimarrà deluso dai risultati della Convenzione di Laeken. Così come stanno le cose, non potrebbe essere diversamente. Non esiste ancora un'opinione pubblica europea e anche i partiti europei sono ancora all'inizio. Pertanto, manca un prerequisito importante per un parlamentarismo maturo a livello europeo. Ha ragione l'ex giudice della Corte costituzionale Dieter Grimm, oggi rettore del *Wissenschaftskolleg zu Berlin*, se mette in guardia di fronte all'illusione che la parlamentarizzazione dell'Unione europea equivalga di per sé al superamento del *deficit* democratico esistente a livello europeo. Sono tuttora soltanto gli Stati nazionali a disporre del potere essenziale della *legittimità democratica*. Non è *solo* dall'alto che potrà essere avviata la democratizzazione dell'Unione europea. Deve svilupparsi *anche* dal basso: mediante la creazione di un'opinione pubblica europea e l'europeizzazione del sistema dei partiti e dell'associazionismo.

Riguardo al progetto di una Costituzione europea, il mio approccio è meno rigido di quello di Grimm, per il quale il concetto di *costituzione* si riferisce esclusivamente ad uno Stato. L'Unione Europea non è uno Stato e non lo diventerà nel prossimo futuro. Si tratta di una confederazione di Stati (uno *Staatenverbund*, così come formulato dalla Corte costituzionale tedesca nel 1993 nel suo verdetto sul Trattato di Maastricht), un insieme a metà tra un'unione di Stati e uno Stato federale. Resta da vedere se il documento base che potrebbe risultare dai lavori della Convenzione sarà chiamato *costituzione*, *trattato costituzionale*, *carta* o *legge fondamentale*. In ogni caso se ne intravedono già le caratteristiche fondamentali.

Molto probabilmente, il documento si aprirà con la *Carta dei diritti fondamentali* già elaborata, seguita da un capitolo che disciplini la ripartizione delle competenze fra le istituzioni europee

– il Parlamento europeo, il Consiglio o la Camera degli Stati e la Commissione (nella Repubblica federale di Germania esiste il consenso per allargare notevolmente i diritti del parlamento, e per far diventare la Commissione il governo europeo). In seguito sarà necessario determinare in maniera vincolante le competenze dell’Unione e degli Stati membri nonché rivedere l’*acquis communautaire*, che è molto confuso, e stabilire quali elementi ne avranno valore costituzionale.

Sulla carta è facile immaginare tutto ciò. Comunque, per ottenere una concreta costituzione europea ci vuole ben altro che qualche articolo ben formulato. Ci vuole un senso di appartenenza europea, cioè la consapevolezza di una comune identità europea. Questa identità esiste. È il paradossale risultato di un comune patrimonio culturale e di conflitti politici superati. Le nazioni fanno parte di tale identità. “Storicamente parlando, l’esistenza delle nazioni è quanto vi è d’europeo dell’Europa”, disse lo storico Hermann Heimpel. Perciò la pluralità linguistica non costituisce un argomento valido contro la possibilità di una Costituzione europea. Senza una tale espressione di pluralismo culturale l’Europa non sarebbe l’Europa.

Inoltre è anche sotto altri aspetti che il pluralismo ha una forza costitutiva per l’Europa. La divisione tra potere spirituale e potere temporale, che risale al Medioevo, diede il via al pluralismo e alla libertà. Tale divisione avvenne storicamente soltanto in Europa, ma solo nella sua parte occidentale: il contrasto tra l’Impero Romano d’Occidente e l’Impero Romano d’Oriente, cioè l’Impero bizantino, ha lasciato delle tracce tuttora visibili. Ovviamente, questa affermazione non basta per determinare le frontiere esterne dell’Unione Europea e per stabilire i limiti della sue possibilità di allargamento. Comunque va sottolineato che esistono tali limiti. È un dato di fatto che i paesi nei quali mancano gli elementi essenziali dell’identità europea o che non ne hanno in maniera sufficiente non possono far parte dell’Unione.

Storicamente parlando, molti imperi sono crollati a causa di un allargamento esagerato. L’Unione Europea non è e non sarà un impero. Comunque c’è il rischio di un allargamento eccessivo. Se aderisse la Turchia, per esempio, l’Unione avrebbe un confine comune con l’Iraq, l’Iran e con la Siria. L’Europa non è sufficientemente preparata per poter affrontare queste frontiere esterne. Per quanto riguarda il previsto allargamento ad est, il discorso è un altro – si tratta di completare geograficamente il progetto Europa. È anche per questo che la riforma istituzionale, il cosiddetto *approfondimento* dell’Unione, riveste una tale importanza: è una delle condizioni, dalle quali dipende il successo dell’allargamento. E l’allargamento deve essere coronato da successo, perché l’Europa allargata possa diventare un vero e proprio protagonista internazionale che parli con *una voce sola* in politica estera – cosa che l’Europa esistente finora non ha saputo fare che in poche occasioni.

HEINRICH AUGUST WINKLER

*ANHANG*

*APPENDICE*

*Grußworte an Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi und Bundespräsident Johannes Rau anlässlich ihres Besuchs im Deutsch-Italienischen Zentrum Villa Vigoni am 18. April 2002. Es begrüßen die beiden Präsidenten des Vereins Villa Vigoni e.V. Erich B. Kusch und Luigi Vittorio Ferraris.*

Saluti al Presidente federale Johannes Rau e al Presidente Carlo Azeglio Ciampi, il 18 aprile 2002, in occasione della loro visita al Centro Italo-Tedesco Villa Vigoni, da parte dei due presidenti dell'Associazione Villa Vigoni, Luigi Vittorio Ferraris e Erich B. Kusch.

Sehr geehrter Herr Staatspräsident, sehr geehrter Herr Bundespräsident,

die Italiener sind der Bundesrepublik dankbar dafür, dass sie mit großem finanziellen Aufwand die Villa Vigoni in ihrer ursprünglichen Schönheit und Einzigartigkeit wiederhergestellt hat und dass sie dem Gesamtkomplex eine größere Funktionalität ermöglicht hat, mit Tagungssaal und Bibliothek, Arbeitsräumen und Büros. Die Restaurierung und Renovierung der Schönheit und des Werts, die die Villen besaßen, ist ein Paradebeispiel dafür, dass man, wenn man will, ein *Ambiente* rekonstruieren kann: das Museum einer Epoche und einer Familie in jener Epoche; einer Familie zudem, die in zwei verschiedenen Kulturräumen zu Hause war, in der deutschen und der italienischen Kultur, ohne die besondere Identität und Kultiviertheit der Lombardei, in der sie lebte, preiszugeben.

Als Deutsche sind wir dankbar dafür, dass das intellektuelle Klima Mailands und der Lombardei im 19. Jahrhundert eine solch außergewöhnliche Symbiose der beiden Kulturen ermöglicht hat und dass die Tradition des besonderen Engagements weitergegeben worden ist. Davon zeugt der Wille, den *Besitz*, den die Kultur darstellt, als etwas zu betrachten, das durch die Zeit hindurch die Geschichten und die (oftmals mit Waffen geführten) Auseinandersetzungen der Staaten und Völker übersteigt und überwindet.

Sie befinden sich hier nicht wirklich in Italien, aber auch nicht wirklich in Deutschland, sondern an einem magischen, einzigartigen Ort, an dem sich zwei Völker treffen wollen, die durch eine bisweilen schwierige und nicht immer freundschaftliche Geschichte verbunden sind. Beide Völker wollen diese Begegnung nicht im Namen einer abstrakten gemeinsamen Kultur, sondern sie wollen mit Hilfe unterschiedlicher Kulturen eine Einheit finden, die über sie selbst hinausgeht. Sie wollen sie in der Auseinandersetzung finden und im Dialog, in der Unterhaltung und in der Forschung.

Das Bild des deutschen Malers Overbeck, Deutschland und Italien als zwei schönen Frauen, die eine blond, die andere dunkelhaarig, in trauter Einheit darstellend, ist in der Villa Vigoni gewissermaßen Realität geworden und Ansporn auch für die Zukunft.

Der historische Dialog zwischen Deutschland und Italien hat eine Vision, die beide transzendiert. Das war gestern so in den Mailänder Salons oder in den Salons der Villa Vigoni oder auch bei den gemeinsamen Unternehmungen; und das ist heute und auch in der Zukunft so, hier in der Villa Vigoni. Hier ist Europa nicht bloß eine Ansichtssache, sondern eine Lebensform, damit Europa zugleich – aber anders – Beispiel für die Welt sein kann.

Wir danken Ihnen, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit unser gemeinsames Engagement unterstreichen und dem Einsatz von al-



len, die daran mitarbeiten, neue Dynamik verleihen. Wir hoffen, dass wir uns dessen würdig erweisen: für Italien und für Deutschland, um der deutschen und der italienischen Kultur willen: zum Nutzen Europas.

Signori Presidenti,

come italiani dobbiamo essere grati alla Germania federale per l'ingente sforzo finanziario nel restituire a Villa Vigoni la sua passata bellezza e la sua originalità e a tutto il complesso la dignità necessaria per una maggiore funzionalità, dalla sala convegni alla biblioteca, dai luoghi di incontro agli uffici: l'opera di restauro e di recupero di quanto la villa possedeva di bello e di inestimabile è un esempio insigne di come si possa, ove lo si voglia, ricostituire un ambiente di vita, un museo di un'epoca, e di una famiglia in quell'epoca; una famiglia che si sentiva inserita nei due mondi culturali, tedesco e italiano, senza perdere la propria identità e le raffinatezze peculiari del mondo lombardo che la circondava.

Come tedeschi dobbiamo essere grati che il clima intellettuale della Milano e della Lombardia del secolo XIX abbia potuto produrre una straordinaria simbiosi di due culture e abbia saputo tramandarla, con una continuità di impegno che attesta la volontà di considerare il bene della cultura come qualcosa che trascende nel tempo le vicissitudini e le lotte fra stati e popoli troppo spesso anche in armi.

L'immagine del pittore tedesco Overbeck, che raffigurava l'Italia e la Germania nelle vesti di due belle signore, l'una bionda e l'altra bruna di capelli, in fidente conversazione, è divenuta in certo senso realtà a Villa Vigoni ed è incitamento per l'avvenire.

Loro qui si trovano non già in Italia, ma neppure in Germania, ma in un luogo magico ed unico in cui due popoli onusti di una storia talvolta difficile e non sempre amichevole vogliono incontrarsi attraverso culture diverse per trovare nel confronto un'uni-

tà che le trascenda, attraverso il dialogo, la conversazione e lo studio: ieri nei salotti di Milano, di villa Mylius Vigoni o nelle attività produttive comuni, oggi, e anche in futuro, qui a Villa Vigoni. L'Europa non è qui un modo di vedere le cose, ma deve essere un modo di essere perché l'Europa sia ancora, seppure in modo diverso, un esempio per il mondo.

Grazie, Signori Presidenti, di voler con la Loro alta presenza testimoniare il nostro comune impegno e di dare un nuovo slancio all'impegno di tutti noi, di tutto il personale e simbolicamente dei tanti ospiti di Villa Vigoni. Confidiamo di esserne tutti degni, per l'Italia, per la Germania, per i due mondi culturali tedesco e italiano, per l'Europa.

ERICH B. KUSCH

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Staatspräsident,

es ist uns eine große Freude und Ehre, den Präsidenten der Italienischen Republik und den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland in der Villa Vigoni in Loveno di Menaggio willkommen heißen zu dürfen.

Der heutige Besuch der Staatsoberhäupter Deutschlands und Italiens ist eine Ehre für das Deutsch-Italienische Zentrum. Denn die Bedeutung Ihrer Anwesenheit geht über den Moment des Besuchs in diesem großartigen Ensemble aus Kulturgeschichte und politischer Geschichte am Comer See hinaus.

Nach Don Ignazio Vignis testamentarischem Willen ist die Bundesrepublik Deutschland Erbe des Besitzes am Comer See. Aber nicht nur aufgrund dieses Testaments, sondern auch aufgrund der langen, eng miteinander verflochtenen Geschichten der Familien Mylius und Vigoni hat die Villa Vigoni die Aufgabe, mit ihren kulturellen und politischen Initiativen einer europä-

ischen Zukunft Ausdruck zu verschaffen, die auf der Kenntnis der Vergangenheit aufbaut. Dem Geist der Villa Vigoni entspricht es, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien – zwischen dem deutschsprachigen Kulturraum und dem italienischen Kulturraum – nicht der gegenseitigen Lobhudelei dienen, sondern dass sie einen tatkräftigen Beitrag zum europäischen Bewusstsein darstellen. Damit weisen sie über die beiden Kulturen hinaus auf ein Ganzes: auf ein Europa, das sich beständig weiterentwickelt. Es ist kein Zufall, dass in der Villa Vigoni, die Eigentum des Bundes ist, das Deutsch-Italienische Zentrum seinen Sitz hat. Dieses Zentrum wird vom Verein Villa Vigoni getragen, der in singulärer Weise eine doppelte juristische Person darstellt: Es gibt zwei gleichberechtigte Präsidenten und einen Generalsekretär. Dieses Amt hat derzeit Professor Aldo Venturelli inne, der nach einer Reihe deutscher Generalsekretäre (Paul Harro Piazzolo, Rudolf Lill und Bernd Roeck) der erste italienische Generalsekretär des Vereins ist.

Das intensive Programm des Zentrums seit nunmehr fünfzehn Jahren zeigt, dass die Ziele, die Ignazio Vigoni hatte und die sich die italienische und die deutsche Regierung im Jahr 1986 zueigen gemacht haben, mit viel Engagement verfolgt werden. Das wird durch den Beitrag der beiden Regierungen ermöglicht (das italienische Parlament hat soeben die Erhöhung des italienischen Beitrags bewilligt). Auch einige Bundesländer und italienische Regionen tragen dazu bei. Der Radius der Themen und der wichtigen Publikationen spiegelt die Breite der deutschen und italienischen Beteiligung, zu der oft Vertreter Österreichs oder der Schweiz oder anderer europäischer Länder hinzukommen. Die Villa Vigoni kann stolz darauf sein, eine Kultur zum Blühen gebracht und vermittelt zu haben, die Deutschland und Italien erfasst und dabei *europäische Kultur* ist.

Signori Presidenti,

con sincera gioia abbiamo l'onore di dare il benvenuto ai Presidenti della Repubblica Italiana e Federale di Germania a Villa Vigoni. La presenza dei Capi di Stato è un onore per il Centro italo-tedesco – un magnifico complesso d'arte e di storia civile sul Lago di Como – e assume un significato che trascende la visita.

La volontà del testatore, don Ignazio Vigoni, nell'idea del lascito alla Germania, intendeva gettare un ponte sul futuro europeo attingendo alla conoscenza del passato, alla storia di due famiglie italiane e tedesche. Nello spirito che aleggia nella villa, il rapporto fra la Germania e l'Italia, fra il mondo di lingua tedesca e il mondo di lingua italiana, deve assumere una funzione non di reciproco elogio, bensì divenire momento di azione per una consapevolezza europea, che trascenda persino quelle due culture, che si devono quindi vedere come parte integrante di un tutto: l'Europa nel suo eterno divenire. Non a caso nella villa, proprietà del governo tedesco, opera il Centro, gestito dall'Associazione Villa Vigoni, che gode di una doppia personalità giuridica in termini unici o persino singolari: due Presidenti a eguale titolo e un Segretario generale, ora nella persona del professor Aldo Venturelli, che succede a tre Segretari generali tedeschi (Paul Harro Piazzolo, Rudolf Lill e Bernd Roeck).

Il programma, intenso, delle attività del Centro nei suoi quindici anni di vita dimostra come i fini voluti dal donatore e fatti propri dai governi italiano e tedesco nel 1986 vengano perseguiti con tenacia. Ciò è reso possibile dal sostegno dei due governi – e il Parlamento italiano ha pochi giorni or sono approvato un aumento del contributo – di *Länder* tedeschi e di Regioni italiane. La ricchezza e la varietà dei testi e delle pubblicazioni offrono uno specchio ampissimo sulla partecipazione non solo italiana e tedesca, ma spesso anche austriaca, svizzera e di altri paesi europei. Villa Vigoni può vantarsi di aver fatto fiorire e di poter tra-

smettere una cultura che, attraverso la Germania e l'Italia, vuol essere europea.

LUIGI VITTORIO FERRARIS

		WOLFGANG SCHILL	
		<i>Der Euro: seine internationale Rolle</i>	
		L'euro e il suo ruolo internazionale	119
		AXEL SIEDENBERG	
		<i>EU-Erweiterung: der Wirtschaftsaspekt</i>	
		L'allargamento dell'Unione Europea: gli aspetti economici	133
		<b>DIE ZUKUNFT EUROPAS</b>	
		Vorträge zur Einführung in die dritte Sektion	
		<b>IL FUTURO DELL'EUROPA</b>	
		Relazioni introduttive alla terza sessione	151
		ANTONIO PADOA-SCHIOPPA	
		<i>Die Zukunft Europas: eine italienische Perspektive</i>	
		Il futuro dell'Europa: una prospettiva italiana	153
		HEINRICH AUGUST WINKLER	
		<i>Die Zukunft Europas: eine deutsche Perspektive</i>	
		Il futuro dell'Europa: una prospettiva tedesca	163
		<b>ANHANG</b>	
		<b>APPENDICE</b>	175
		ERICH B. KUSCH - LUIGI VITTORIO FERRARIS	
		<i>Grußworte an Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi und Bundespräsident Johannes Rau</i>	
		Saluti al Presidente Johannes Rau e al Presidente Carlo Azeglio Ciampi	177
ALDO VENTURELLI			
<i>Einleitung / Introduzione</i>	5		
<i>Verzeichnis der Teilnehmer / Elenco dei partecipanti</i>	17		
<b>DIE EUROPÄISCHE UNION AUS DEUTSCHER UND ITALIENISCHER SICHT</b>			
Gesprächsrunde mit Johannes Rau und Carlo Azeglio Ciampi	23		
<b>L'UNIONE EUROPEA NELLA PERCEZIONE ITALIANA E TEDESCA</b>			
Tavola rotonda con Johannes Rau e Carlo Azeglio Ciampi	68		
<b>PERSPEKTIVEN NACH DER EINFÜHRUNG DES EURO</b>			
Vorträge zur Einführung in die zweite Sektion			
<b>LE PROSPETTIVE APERTE DALL'ATTUAZIONE DELL'EURO</b>			
Relazioni introduttive alla seconda sessione	107		
FABRIZIO SACCOMANNI			
<i>Die Integration der Finanzsysteme in Europa</i>			
L'integrazione finanziaria in Europa	109		

*Redazione/Redaktion – Traduzioni/Übersetzungen*

Jürgen Badura, Serena Bertolucci, Jens Bortloff, Anke Fischer,  
Christiane Liermann, Maria Angela Magnani, Giovanni Meda Riquier

*Foto/Photos:*

Emilio Lanfranconi, Menaggio  
Archivio Villa Vigoni

*Stampa/Druck*

New Press, Como